Mittwoch, 16. Januar 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG: Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 13 - 3.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 38,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Flüchtlinge: Nach fast dreieinhalb Monaten haben die letzten sechs von zeitweise 160 „DDR"-Flüchtlingen die Prager Botschaft der Bundesrepublik verlassen und sind in die „DDR" zurückgekehrt. Die Bundesregierung erwartet jetzt eine zügige Bearbeitung ihrer Anträge auf Ausreise in die Bundesrepublik. (S. 4)

Wartestellung: Belgien wird nicht, wie im NATO-Doppelbeschluß vorgesehen, im März mit der Stationierung von Marschflugkörpern beginnen. Regierungschef Martens teilte Präsident Reagan mit, Belgien würde die Flugkörper jedoch 1987 akzeptieren, wenn bis dahin kein Rüstungskontrollabkommen mit der UdSSR erreicht sei. (S. 10)

Wohnungsbauförderung: Die sogenannte Kinderkomponente ist jetzt endgültig beschlossen. Das bedeutet, daß Eigenheimer je Kind 600 Mark von der Steuerschuld absetzen können. (S. 11)

Unerwünschte Person: Wegen Spionageverdachts ist der Kulturattaché der sowjetischen Botschaft in Madrid, Kolesnikow, des Landes verwiesen worden. Er ist der 14. Sowjetdiplomat, der seit 1977 Spanien verlassen mußte.

Abtreibungen: Präsident Reagan hat zur Aufhebung jenes Gesetzes aufgerufen, das Abtreibungen in den USA ermöglicht. Es sei unerträglich, wenn jedes Jahr das Leben von 1,5 Millionen Menschen zerstört werde.

Brasilien: Der liberal-konservative Politiker Tancredo Neves (74) ist vom Wahlmännerkollegium zum ersten zivilen Präsidenten nach 21 Jahren Militärherrschaft gewählt worden. (S. 7)

Bangladesh: Am 6. April sollen Parlamentswahlen abgehalten und danach das Kriegsrecht aufgehoben und die Demokratie wiederhergestellt werden, teilte die Regierung mit.

WELT-Report Frankreich

Daß Frankreich technologisch ein Zwerg wäre, ist ein Vorurteil. Ein WELT-Report räumt damit auf, zeigt, was unsere Nachbarn leisten. *Autoren von Rang sagen sogar, daß Frankreich* aufgrund seiner Grandes Ecoles, der 25 Prozent der Firmenchefs ihre Ausbildung verdanken, die Zukunft besser meistern werde als wir Deutschen.

WIRTSCHAFT

Dollar: Vor hektischen Reaktionen auf den hohen Dollar-Kurs – er erreichte gestern mit fast 3,20 DM den höchsten Stand seit zwölf Jahren – warnen die Volks- und Raiffeisenbanker. Auf keinen Fall sollte versucht werden, den Kurs der DM durch eine Erhöhung der Leitzinsen zu festigen. (S. 11)

General Motors: Der größte Automobil-Konzern der Welt hat seit gestern eine sechste Marke mit dem Namen Saturn im Programm. Die neue Division soll einen technisch anspruchsvollen Kleinwagen bauen, der mit den preiswertesten Importmodellen konkurrieren kann. (S. 18)

Stahlfusion: In Frankreich steht der Zusammenschluß der beiden staatlichen Stahlkonzerne Usinor und Sacilor bevor, der zur Bildung des zweitgrößten Stahlunternehmens der Welt nach Nippon Steel führen würde. (S. 12)

Börse: Kaufaufträge aus dem Ausland führten an den deutschen Aktienmärkten zu einer freundlichen Tendenz. Der Rentenmarkt stand weiter unter Druck. WELT-Aktienindex 165,5 (164,5). BHF-Rentenindex 102,336 (102,460). Performance Index 99,749 (99,841). Dollarmittelkurs 3,1947 (3,1647) Mark. Goldpreis 302,50 (299,00) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Das Godesberger Programm schließt insgesamt, insbesondere auch in seinem Abschnitt über die staatliche Ordnung, jede prinzipielle Opposition gegen das Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland aus"

Bundestags-Vizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) gestern in einer Rede anläßlich der Eröffnung der Kurt-Schumacher-Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche (S.4) FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Grabschätze: Der Achtlosigkeit eines Schweizer Sammlers verdankt das Antikenmuseum Preußischer Kulturbesitz in Berlin die spektakulärste Neuerwerbung seit 60 Jahren. Es handelt sich um 20 keramische Objekte der Spätklassik aus einem Grab in Apulien. (S. 17)

Robert Odeman: Der Dichter, Kabarettist und Musiker ist im Alter von 80 Jahren in Berlin gestorben. Odeman, der während der Nazi-Zeit acht Jahre im Konzentrationslager verbrachte, schrieb unter anderem Texte für die Stachelschweine und die Diseuse Olga Rinnebach.

SPORT

Tennis: Die 21jährige Saarbrückerin Claudia Kohde schob sich in der neuen Weltrangliste der „Women's Tennis Association" (WTA) auf Platz sieben vor.

Ski: Wegen einer Knieoperation kann der Schweizer Weltcup-Sieger Zurbriggen vermutlich nicht an den Ski-Weltmeisterschaften in Bormio teilnehmen.

AUS ALLER WELT

Taxi: Sicherer, umweltfreundlicher und wirtschaftlicher soll ein neues Taxi sein, das in Berlin vorgestellt wurde. Es entstand auf der Basis eines VW-Busses und bietet sechs Gästen Platz. (S. 18)

Wetter: Der klirrende Frost und starker Schneefall forderten gestern im Teutoburger Wald ein ungewöhnliches Opfer: Ein 300 Meter hoher Sendemast des WDR stürzte um und zerbarst. Die starke Frostperiode ist jetzt vorerst vorbei. Im Laufe der Woche steigen die Temperaturen auf etwa minus zwei Grad. Heute leichter Schneefall, -10 bis -5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Bonn stellt Äthiopien kritische Fragen. Spender beunruhigt

Umstrittene Nahrungsmittel-Lieferungen an Ägypten / Druck Moskaus?

E. N./kie./H. H. **Bonn**

Mit großer Betroffenheit ist gestern in Bonn die Nachricht aufgenommen worden, daß das vom Hunger bedrohte Äthiopien an das Nachbarland Ägypten Vieh, Fleisch, Rinderhäute und ähnliches verkauft, und dafür neben harten Devisen medizinisches Gerät, Medikamente, Baumaterialien u. a. erhält. Die Regierung in Addis Abeba hatte versucht, die weltweite Kritik mit der Bemerkung zu dämpfen, es liege bislang nur eine „Grundsatzvereinbarung" vor.

„Äthiopien ist der internationalen Öffentlichkeit eine Erklärung schuldig", meinte gegenüber der WELT Staatsekretär Volkmar Köhler vom Bundesentwicklungsministerium. Die Meldungen aus Addis Abeba hätten schon jetzt „eine verheerende Wirkung auf spendefreudige Menschen auch in unserem Lande" ausgeübt, fügte Köhler hinzu. Der Politiker wies gleichzeitig darauf hin, es könne „durchaus begründet sein", daß man aus Dürregebieten Vieh und Felle exportiert. Äthiopien verfügt über einen Bestand von ca. 80-90 Millionen Vieh und war auch in der Vergangenheit immer ein Fleischexporteur.

Auch der Vorsitzende der Caritas/-Misereor-Hilfsorganisation, Prälat Norbert Herkenrath, wollte sich nicht in eine Kontroverse um die äthiopischen Fleischverkäufe hineinziehen lassen, sondern erwähnte vor der Presse in Bonn den großen Viehbestand des Landes, der „zugrunde gehen würde, wenn man nicht rechtzeitig schlachtet". Zu der Frage, warum die Mengistu-Regierung dann nicht das Fleisch an die eigene hungernde Bevölkerung verteile, wollten sich Herkenrath und andere Vertreter deutscher Hilfsorganisationen, die in Bonn auf den kommenden 23. Januar als den Tag der Hungerhilfe für Afrika hinwiesen, nicht äußern.

Die Äthiopien-Frage will der Vorsitzende der deutschen Afrika-Stiftung, der Bundestagsabgeordnete Hans Stercken, in einer aktuellen Stunde des Bundestages noch in dieser Woche behandelt sehen. Stercken vermutete in einem WELT-Gespräch, Addis Abeba fühle sich von der Sowjetunion unter Druck gesetzt, Waffenkredite in Höhe von zweieinhalb Milliarden Dollar an Moskau zurückzuzahlen. „Ich fordere die Sowjetunion auf, in dieser Stunde eine große Geste des Verständnisses zu machen und den Äthiopiern die Schulden zu erlassen, damit das Land nicht seinen eigenen Fleischvorrat verkaufen muß", meinte der Abgeordnete. Auch Stercken sieht durch die jüngsten Nachrichten aus Addis Abeba die langfristige Hilfsbereitschaft in der Bundesrepublik und in anderen Ländern gefährdet.

„Einen Bärendienst an den Hungernden in Äthiopien" nannte dagegen der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Klein die Meldungen aus Addis Abbeba. Der Vorgang illustriere „auf bizarre Weise eine grundlegende Problematik in vielen Ländern der Dritten Welt", sagte Klein gegenüber der WELT. „Da werden Devisen eingenommen, die nicht dem Volke dienen, sondern für Revolutionsfeste mit Whiskey-Schiffen".

Mit Unbehagen haben die deutschen Hilfsorganisationen die Publicity um die äthiopischen Fleischlieferungen an Ägypten registriert. Die

● Fortsetzung Seite 10

Rätsel um verschobenen Ost-Gipfel

Neben Krankheit Tschernenkos auch aktuelle politische Gründe? / Der Kreml schweigt

DW. **Moskau**

Die Absage des für gestern und heute in Sofia vorgesehenen Gipfels des Warschauer Pakts ist nach fast übereinstimmenden Kommentaren westlicher Beobachter eine Folge des schlechten Gesundheitszustandes von Kreml-Chef Konstantin Tschernenko. Bereits in der vergangenen Woche hatten sowjetische Kreise von der Möglichkeit gesprochen, daß das Treffen wegen des Zustands von Tschernenko nach Moskau verlegt werden könnte. Die Zeitungen im Ostblock druckten gestern lediglich die Meldung der Nachrichtenagentur Tass ab, die Konferenz sei in „gegenseitiger Übereinstimmung" verschoben worden.

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Die mehr oder weniger offizielle Begründung, wonach der Gesundheitszustand Parteichef Tschernenkos so angegriffen sei, daß man ihm eine Reise nach Sofia nicht zumuten könne, hat zwar einiges für sich; auch beim Begräbnis des Verteidigungsministers Marschall Ustinow war Tschernenko nicht an der Kreml-Mauer zugegen. Wie es hieß, dürfe er sich auf Grund eines Lungenemphysems keiner großen Kälte aussetzen.

Aber man fragt sich, warum es denn nicht möglich war, die Konferenz nach Moskau zu verlegen. Ist Tschernenkos Zustand derart schlecht, daß er auch in Moskau nicht mehr verhandlungsfähig wäre – oder aber gibt es noch andere Gründe? Für die Sowjets wäre es sehr wichtig gewesen, vor Beginn der auf März anberaumten Verhandlungen mit den Amerikanern eine einheitliche Linie des gesamten Ostblocks durchzusetzen. Das um so mehr, als in der Abrüstungsfrage recht unterschiedliche Vorstellungen herrschen. Nach der versuchten „Extratour" der „DDR", angesichts ungarischen Drängens auf eine Intensivierung der Ost-West-Kontakte und der Eigenwilligkeiten der Rumänen wäre es an der Zeit gewesen, den Amerikanern einen einheitlichen Warschauer Pakt zu präsentieren. Die Frage lautet jetzt: Traut sich Moskau im jetzigen Augenblick nicht zu, mit den Osteuropäern einen Konsens in wichtigen weltpolitischen Fragen zu erzielen? Fürchten gewisse Kreise im Kreml, die osteuropäischen Verbündeten würden zu sehr auf Nachgeben gegenüber Amerikanern und NATO drängen? Die mangelnde Begeisterung für die Stationierung sowjetischer Raketen in der „DDR" und der Tschechoslowakei ist bekannt.

SEITE 2:
Zum Beispiel Äthiopien

Zugleich sollte beim abgesagten Gipfeltreffen die Verlängerung beziehungsweise Neuformulierung des Warschauer Pakts besprochen werden. Die Diskussion, die von den Rumänen in Gang gebracht worden war, ist inzwischen weitgehend verstummt. Ceausescu hat sich sogar für eine Verlängerung des östlichen Militärbündnisses ausgesprochen. Allerdings hört man immer wieder von Meinungsverschiedenheiten zwischen den sowjetischen Militärs, die dem Warschauer Pakt eine „integrierte" Struktur verleihen wollen und den Vertretern einiger mittlerer und kleinerer Pakt-Mitglieder, die größere Mitsprache wünschen.

Israel: Rückzug bis Sommer geplant

Kabinett faßt Drei-Stufenplan für Räumung Südlibanons / Gefahr durch Shiiten?

PETER M. RANKE, **Tel Aviv**

Bis Sommer diesen Jahres will die israelische Armee das gesamte Gebiet Südlibanons, das sie noch besetzt hält, räumen. Ministerpräsident Shimon Peres beantwortete gestern nach dem Rückzugsbeschluß des Kabinetts eine entsprechende Frage des israelischen Rundfunks: „Ich will nichts prophezeien, aber das ist tatsächlich unsere Absicht."

Der Rückzug aus Südlibanon soll in drei Hauptphasen stattfinden, die erste soll bis zum 18. Februar beginnen. Zunächst soll die Hafenstadt Saida (Sidon) den libanesischen Behörden übergeben werden.

Verteidigungsminister Rabin warnte, Israel werde nicht zögern, militärisch aktiv zu werden, wenn wieder Terroristen in den Südlibanon einsickern sollten. Die Gefahr geht vor allem von radikalen Schiiten und jetzt nicht mehr so stark von den Palästinensern aus. Die von Israel aufgebaute Miliztruppe „Südlibanesische Armee" unter Oberst Lahad bleibt an der Grenze stationiert.

Der Entschluß des Kabinetts am Montagabend zum vollständigen Rückzug ohne Abkommen mit Libanon oder Syrien wurde beeinflußt durch die Ermordung zweier israelischer Soldaten am Montag und durch das einigermaßen gelungene Vorrücken libanesischer Armee-Einheiten auf der Küstenstraße. Um Blutvergießen zwischen verfeindeten libanesischen Milizen zu vermeiden, soll jede Rückzugsphase mit den Libanesen abgesprochen werden.

SEITE 2:
Um Arm und Kopf

In der zweiten Etappe wird der Ostabschnitt gegenüber der syrischen Armee in der Bekaa-Ebene geräumt, einschließlich des elektronischen Horchpostens auf dem Berg Baruk. In der dritten Etappe zieht sich die israelische Armee völlig zurück.

Im Kabinett hatten in einer als Kampfabstimmung gewerteten Entscheidung 16 Minister für den baldigen Rückzug gestimmt. Sechs Minister, unter ihnen Außenminister Shamir, stimmten dagegen, weil sie sich einer totalen Räumung widersetzen. Die israelische Armee hatte zuvor garantiert, daß sie den Frieden in Galiäa sichern könne. Das gab den Ausschlag für den Rückzugsbefehl.

Mit dem Räumungsbeschluß lösen Peres und die Arbeiter-Partei ihr Wahlversprechen vom Juni 1984 ein, „unsere Jungen nach Hause zu bringen". Politische Beobachter rechnen damit, daß er nach einem unblutigen und geglückten Rückzug Neuwahlen herbeiführen will, um eine sichere Mehrheit ohne Likud-Block zu erhalten. Seit Beginn des Libanon-Feldzuges im Juni 1982 sind dort 603 israelische Soldaten gefallen. Das Hauptziel, die Zerschlagung der PLO-Basen und des PLO-Staates in Beirut und Südlibanon, wurde jedoch erreicht. (SAD)

Kfz-Steuer: Stoltenberg mahnt Länder

HEINZ HECK, **Bonn**

Im Vorgriff auf die in Kürze zu verabschiedende gesetzliche Regelung erheben die Bundesländer seit Montag für Katalysatorfahrzeuge mit Benzinmotor bei der Neuzulassung keine Kfz-Steuer. Das hat Finanzminister Gerhard Stoltenberg gestern auf einer Pressekonferenz bestätigt. Nach ergänzenden Informationen sind jedoch entsprechende Dieselfahrzeuge, die den gesetzlichen Normen genügen, bisher nur in Hessen steuerfrei.

Mit Blick auf das heutige Gespräch der Koalitionsexperten über die steuerliche Behandlung der Nachrüstung von Altfahrzeugen hat Stoltenberg seine Position bekräftigt, daß nur ein zusätzlicher Grenzwert eingeführt werden sollte. Diese Frage liege jedoch in der Verantwortung der Länder (sowohl vom Steueraufkommen wie von der Verwaltung her); er wolle deshalb diesen Hinweis nur als Rat verstanden wissen. Offenbar erwartet auch Stoltenberg, daß sich die Forderung von Innenminister Friedrich Zimmermann nach Einführung zweier weiterer Werte durchsetzen wird. Das abschließende Koalitionsgespräch wird voraussichtlich am Dienstag stattfinden.

Stoltenberg dringt darauf, daß die gesamte gesetzliche Regelung (also für Neu- und Altfahrzeuge) im Februar verabschiedet wird, damit weitere Unsicherheit in der Industrie wie bei Autokäufern vermieden werde. Entscheidend ist für ihn, daß das „Kernstück der Konzeption", die Kfz-Steuerbefreiung für die Einführung schadstoffarmer Neufahrzeuge, unumstritten sei. Zimmermann hatte zunächst eine zusätzliche Kaufprämie gefordert, um die Umstellung zu beschleunigen.

Stoltenberg sieht die Festlegung von zwei weiteren Grenzwerten als „nicht optimal" an, will sie aber hinnehmen. Nach dem derzeitigen Stand der Koalitionsberatungen dürften diese bei etwa 30 und 50 Prozent Schadstoffminderung liegen, während Katalysatorfahrzeuge rund 90 Prozent bringen müssen. Stoltenberg sieht ein zusätzliches Problem in der Höhe der künftigen Steuersätze für nicht nachgerüstete Altfahrzeuge. Den Grundsatz der Aufkommensneutralität hält er für richtig. Da man jedoch bei der Steuerfestsetzung auf vage Annahmen angewiesen sei, könnte die Fehlerquote sehr hoch sein. Vom derzeitigen Pkw-Bestand von etwa 25 Millionen könne über die Hälfte nicht nachgerüstet werden. Dennoch müßten die Fahrzeugeigentümer eine höhere Kfz-Steuer bezahlen.

Die Autoindustrie zeigt großes Interesse an der steuerlichen Regelung der Nachrüstung – dies vor allem, um zu vermeiden, daß sich das Käuferinteresse allzu sehr auf Katalysatorfahrzeuge konzentriert. Denn die Produktion könne nicht so rasch auf diese Fahrzeuge umgestellt werden. Im letzten Quartal 1984 habe es einen deutlichen Einbruch der Inlandsnachfrage gegeben.

DER KOMMENTAR

Die Absage

CARL GUSTAF STRÖHM

Die sowjetische Supermacht leidet seit vielen Jahren unter dem altersbedingten Gesundheitsproblem ihrer höchsten Führer. Das war unter Breschnew nicht anders als unter Andropow – und es setzt sich jetzt unter Tschernenko fort. Die plötzliche Absage des für heute nach Sofia anberaumten Ostblock-Gipfels läßt allerdings die Frage aufkommen, ob die sowjetische Handlungs- und Entscheidungsschwäche nicht auch noch andere als biologische Ursachen haben könnte.

Die Sowjetunion steht heute vor einer der folgenschwersten Entscheidungen ihrer Geschichte: vor einer Alternative, die rasches und konsequentes Handeln notwendig macht. Das von den Amerikanern entwickelte Konzept der strategischen Verteidigung bringt die gesamte Raketenrüstung Moskaus in eine Sackgasse. Anders als die Amerikaner sind aber die Sowjets eine Supermacht, die ihren Status nicht einer technologischen oder ökonomischen Führungsposition, sondern einzig ihrer militärischen Aufrüstung verdankt. Ideologisch ist der sowjetische Kommunismus längst erledigt und uninteressant.

Es scheint in der sowjetischen Führung durchaus Persönlichkeiten zu geben, die diese Tatsachen erkennen. Ebenso ist deutlich zu sehen, daß die osteuropäischen Verbündeten und Vasallen Moskaus für diese Entwicklung nicht blind waren. Was aber fehlt, ist der Archimedische Punkt, von dem aus irgend jemand an der Kreml-Spitze das sowjetische System zu einer Reform und einem Umdenken veranlassen könnte.

Zu denken gibt jedenfalls die Tatsache, daß im Kommuniqué des Politbüros die übliche Formulierung, wonach die Verhandlungen Gromykos mit den Amerikanern in Genf „gebilligt" würden, fehlt. Heißt dies, daß irgend jemand in Moskau die Verhandlungen nicht gebilligt hat? Sicher sollte man Gromykos Forderung an die Amerikaner auf seiner Moskauer Pressekonferenz – Einstellung der Nachrüstung, Verzicht auf Weltraumwaffen – nicht überbewerten. Das ist auch Theaterdonner, wie man ihn im Kreml am Vorabend von Verhandlungen gerne veranstaltet. Aber die Frage stellt sich immerhin, ob die sowjetische Führung, erstens *innerhalb ihrer eigenen* Reihen und zweitens gemeinsam mit ihren Verbündeten, eine verbindliche Marschroute für Genf und für das, was danach kommt, erarbeiten kann. Manchmal möchte man meinen, daß es gerade daran im Kreml hapert.

Hessen-SPD: Absage an Große Koalition

DW. **Wiesbaden**

Die hessische SPD setzt bei ihrer Suche nach einer parlamentarischen Mehrheit für den diesjährigen Landeshaushalt und einer stabilen Regierungsgrundlge auf die Neuauflage des vorerst gescheiterten Bündnisses mit den Grünen. Der SPD-Landesvorstand lehnte in einer gestern veröffentlichten Erklärung das Angebot der CDU zur Bildung einer Großen Koalition ab. Gleichzeitig kündigte die SPD-Führung an, die Landesregierung werde in der nächsten Plenarsitzung des Landtags vom 30. Januar bis 1. Februar einen Teilhaushalt zur Abwicklung des kommunalen Finanzausgleichs vorlegen.

Der stellvertretende Ministerpräsident und stellvertretende Landesvorsitzende der Sozialdemokraten, Hans Krollmann, erklärte nach Beratungen des SPD-Landesvorstandes und der SPD-Landtagsfraktion, die Verhandlungen seiner Partei mit FDP, CDU und Grünen hätten ergeben, daß die Freien Demokraten für eine dauerhafte Zusammenarbeit nicht zur Verfügung stünden. Die CDU wolle dem Landeshaushalt nur zustimmen, wenn sie an der Landesregierung beteiligt werde. Sie habe dies mit der Forderung verknüpft, die SPD solle bis Ende Januar eine grundsätzliche Entscheidung über ihren künftigen Kurs herbeiführen; dieses „Ultimatum" könnten die Sozialdemokraten nicht akzeptieren. Die Grünen hätten in den Gesprächen deutlich gemacht, daß sie einen Gesamthaushalt derzeit nicht verabschieden könnten.

Seite 10: Hessen-SPD hofft

Attentat auf Gebäude der US-Armee

DW. **Brüssel**

Bei einem Sprengstoffanschlag linksextremer Terroristen ist gestern morgen ein Verwaltungsgebäude der US-Armee in Brüssel schwer beschädigt worden. Zwei Angehörige der amerikanischen Militärpolizei wurden bei dem Attentat, zu dem sich die „Zellen Kommunistischer Kämpfer" (CCC) bekannten, leicht verletzt. Diese Organisation hat seit Oktober 1984 insgesamt 13 Anschläge gegen NATO-Einrichtungen und Unternehmen verübt, die mit den alliierten Streitkräften zusammenarbeiten. Im Dezember sprengte sie die NATO-Pipeline in Belgien an fünf verschiedenen Stellen.

Ziel des jüngsten Anschlags war ein Gebäude, in dem die Brüsseler Niederlassung der sogenannten NATO-Shape-Support-Group der US-Armee untergebracht ist, die in der NATO-Zentrale in Brüssel und auch im militärischen Hauptquartier Shape die dort stationierten amerikanischen Soldaten betreut. Der Sprengsatz, der in einem vor dem Gebäude geparkten Auto versteckt war, zerstörte gegen 3.30 Uhr vor allem eine öffentliche Armee-Bibliothek, in der sich nach Angaben des Sprechers der US-Armee keine Geheimdokumente befanden.

In einem an die belgische Tageszeitung „Le Soir" gerichteten Bekennerbrief der linksextremen Organisation hieß es: „Die heutige Aktion, die bisher offensivste ihrer Art, schließt die erste Phase unserer anti-imperialistischen Kampagne ab."

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Generationenvertrag

Von Peter Gillies

Aus Furcht vor einer (Fast-)Null-Runde für die Rentner will die Bundesregierung jetzt doch siebenhundert Millionen Mark locker machen. Der Kunstgriff: Der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner wird nur um 1,5 statt um die geplanten zwei Prozent aufgestockt. Die Durchschnittsrente von 1 315 Mark erhöht sich zur Jahresmitte um 17,10 Mark statt um 10,52 Mark (bei einer Nettoerhöhung von 1,3 Prozent) – also 6,58 Mark mehr.

Wenn die Kritiker der Regierung Recht hätten und das Rentnerdasein tatsächlich ein Synonym für Verelendung darstellte, änderten diese oder andere Kunstgriffe daran überhaupt nichts. Aber der Masse der Rentner geht es gut, so gut wie noch nie. Auch der Blick auf den Kleinrentner täuscht, denn 74 Prozent der Kleinrentner leben in Haushalten mit mehr als 2 000 Mark netto Haushaltseinkommen.

Die Unterstellung, die Ruheständler-Einkommen seien gegenüber den aktiven Arbeitnehmern zurückgefallen, ist erfunden. Vielmehr hat sich nach Jahren überdurchschnittlicher Rentensteigerungen in den letzten Jahren der – von allen Politikern – gewollte Gleichschritt bei der Kaufkraftentwicklung zwischen beiden eingestellt. Das Jahr 1985 stellt lediglich ein unglückliches Zusammentreffen von niedriger Lohn- und Rentensteigerung dar, verzerrt durch die gleichzeitige Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge.

Dem Vorteil, daß man nicht an der bewahrenswerten Rentenformel herumfummelte, stehen falsche Signale gegenüber. Wieder einmal hat sich die Politik zu Eingriffen in das Leistungssystem hinreißen lassen. Den Rentnern wird eine Senkung des Krankenversicherungsbeitrags suggeriert, während am gleichen Tag für die Aktiven neue Erhöhungen angekündigt werden (von einstweilen weiter steigenden Steuern ganz abgesehen). Und was geschieht, wenn sich die Gewerkschaften mit weiteren Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen (und damit zwangsläufig Rentenerhöhungen verhindern)? Die gutgemeinte Geste stellt ein weiteres Stück politische Beliebigkeit für den Generationenvertrag dar.

Verlorene Jahrgänge

Von Detlev Ahlers

Das Hamburger Verhältnis kam nicht zustande – die SPD flüchtete vor den Grünen in Neuwahlen. Das hessische Toleranz-Verhältnis scheiterte an grüner Intoleranz. In Nordrhein-Westfalen, so versicherte Minister Farthmann gestern, will die SPD sich auf gar kein Verhältnis mit den Grünen nach den Landtagswahlen einlassen. Warum es so verhältnismäßig schlecht aussieht um eine Zusammenarbeit „links von der Union" (Brandt), hat der Fraktionsvorsitzende Vogel in einem Brief dargelegt: man müsse zweifeln an der „Kompromiß-, Abrede- und Verantwortungsfähigkeit" der Grünen.

Aber Vogel hat doch noch Hoffnungen, die er in dem erwähnten Brief an seine Fraktion nennt: „mit den Grünen" böte sich eine „Chance zur System-Innovationen und zum Abbau ... der Einflußnahme von Großkonzernen auf politische Entscheidungen". Allerdings müßten die Grünen zuvor kompromiß-, abrede- und verantwortungsfähig geworden sein.

Eine so veränderte grüne Partei wäre – und es ist gut möglich, daß solche Kräfte in ihr weiter an Einfluß gewinnen – eine normale linkssozialistische und Äquidistanz zu den Weltmächten haltende Partei. Auf dem Wege dorthin hat sie bereits vielen Kaderkommunisten die Tür vor der Nase zugeschlagen, utopistischen Schwärmern wie Bahro eine letzte Rede gegönnt und diejenigen in Bremen und Baden-Württemberg herausgedrängt, die eine Umweltschutz-Zusammenarbeit mit allen Parlamentsparteien für möglich halten. Vielleicht wird sich die SPD mit einer so gearteten Partei einigen wollen. Dann kann sich vielleicht auch Peter Glotz beruhigen, der besorgt ist, weil die SPD „sechs bis sieben Jahrgänge" an Unruhepotential an die Grünen verloren hat. Eine an eine solche grüne Partei angelehnte SPD könnte attraktiv sein für die nachwachsenden Aufmüpfigen.

Doch es kann sein, daß die heutige Jugend, die vor dem Abitur oder in der Lehre ist, gar nicht so systemkritisch wird wie der Nachwuchs, den Glotz meint, und die Protestler, die die SPD zwischen 1968 und 1972 integrierte. Denn die konservative, leistungsbezogene junge Welle, die in den USA Reagan wählte, kann auch zu uns schwappen; schon viele Strömungen kamen über den Atlantik. Dann verlöre die SPD wieder ein paar Jahrgänge – an die Union.

Um Arm und Kopf

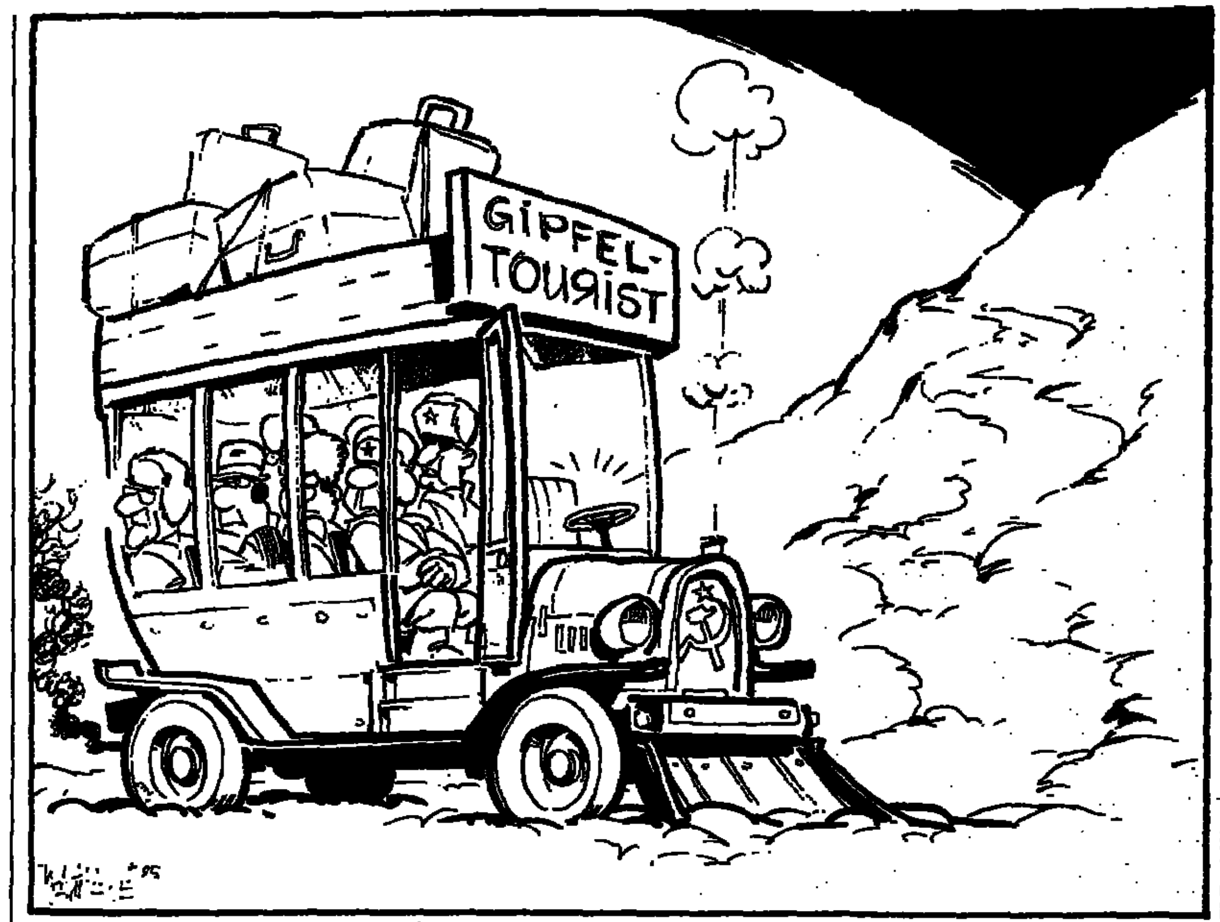
Von Jürgen Liminski

Fünf Wochen – das ist die Frist, die Jerusalem sich und der libanesischen Regierung bis zum Beginn des auf drei Phasen angelegten Abzugs der israelischen Truppen aus Libanon gesetzt hat. Es ist eine diplomatische Frist, denn die wenigen Kilometer von den jetzigen Stellungen bis hinter die Stadt Saida (die erste Phase) würde Israel lieber heute als morgen räumen. Man will der Regierung in Beirut Zeit lassen, um bei den israelisch-libanesischen Militärverhandlungen in Nakura, die demnächst wieder aufgenommen werden sollen, Fortschritte zu erzielen.

Sie wären vor allem für die zweite Phase notwendig. Gelingt es nicht, über eine Beteiligung der UNO-Puffertruppen zu einem für beide Seite annehmbaren Ergebnis zu kommen, ist die Verwirklichung der zweiten Phase ernsthaft in Frage gestellt. Denn es geht für Israel um die Sicherheit der Nordgrenze. Nach Lage der Dinge besteht aber keine Aussicht auf eine Einigung; der syrische Einfluß auf die Beiruter Regierung wird das zu verhindern wissen. Deshalb ist heute auch bei allen feierlichen Begleitworten in Jerusalem keineswegs ausgemacht, daß der Abzug über die erste Phase hinausgeht.

Selbst die Verwirklichung der ersten Phase wäre schon ein bemerkenswertes Ereignis; Israels Bereitschaft dazu ist riskant. Erst rückten die Israelis aus Beirut ab, dann akzeptierten sie die Annüllierung des Abkommens vom 17. Mai 1983 und schließlich gaben sie auch die Forderung auf, daß die syrischen Besatzungstruppen gleichzeitig mit den israelischen aus Libanon abziehen sollten. Die Syrer aber haben bisher immer nur blockiert. Damaskus sieht sich durch die Zugeständnisse Israels in dieser Haltung bestärkt. Die Syrer legen die Konzessionen als Schwäche aus und versuchen, die arabischen Königshäuser von dieser Auslegung zu überzeugen.

Das sind keine guten Voraussetzungen für mögliche israelische Gespräche mit Jordanien oder Ägypten. Konzessionen ohne Gegenleistungen haben sich in der arabischen Welt nie ausgezahlt. Hier greift man nach dem Arm und dem Kopf, wenn man eine ausgestreckte Hand sieht.



Warten auf Chauffeur KLAUS BÖHLE

Zum Beispiel Äthiopien

Von Herbert Kremp

Wenn die Hilfswerke die Deutschen in der Bundesrepublik als das spendenfreudigste Volk ausweisen, sprechen sie zu zufriedenen Menschen. Die Spende für Arme und Geschädigte setzt einen seelischen Mechanismus in Gang, der zur angenehmen Selbstbetrachtung führen kann und zu den Menschen, für die man gab, sorgsam Distanz hält. Es gibt den Freikauf des Gewissens, aus dem manche Organisationen ein Geschäft machen. Das sagt aber eigentlich nur, daß es trotz aller Klagen über das Abendlandsende das Gewissen noch gibt – im Falle des narzißtischen Spenders etwas verbeult, aber immerhin. Das Gewissen, dem wir begegnen, ist grundsätzlich christlich geprägt. Wenn es sich vom Fett des Egoismus befreit, kommt es, wie Hegels Idee, zu sich selbst. Daher gibt es den altruistischen Spender, den aus Nächstenliebe. Er leistet Hilfe aus dem christlichen und humanistischen Motiv. Dieses bewegt die Mehrheit der Spender.

Bei den heftigen Diskussionen über den Hunger in der Welt, seine Ursachen und die Gegenmittel stellt man nach kurzem Zuhören fest, daß es nicht nur verschiedene Ausformungen des Gewissens, sondern auch sehr unterschiedliche Grade des Wissens gibt. Die Erregung macht dies offenbar. Wenn aus der Europäischen Gemeinschaft berichtet wird, die Legehühner des Einzugsbereichs litten unter psychosomatischen Störungen, erschallt noch befreiendes Gelächter. Wenn das Publikum jedoch die Meldungen über die Vernichtung von Millionen Tonnen Obst und Gemüse in der gemäßigten EG-Zone vernimmt, schwillt die Zornesader. Wenn man nun aber liest, der Diktator Mengistu Haile Mariam liefere aus seinem Hungerland Äthiopien Vieh, Fleisch und Häute an Ägypten, um dafür Werkzeuge, medizinische Geräte und Baumaterial einzuhandeln, schlägt der Zorn in Empörung um. Was geschieht mit den Hilfslieferungen an Äthiopien? Erreicht das Gros die Hungernden oder die Kasernen?

Es gehört zu den harten Brocken des Wissens, daß in den Teilen Afrikas, die heute hungern – es sind achtzehn Staaten –, die Humanität des Spendens nicht auf eine entsprechende Humanität des Verteilens trifft. Für das Mißverhältnis sind mentale, historische und politische Gründe maßgebend. In Äthiopien zum Beispiel überlagert ein sozialistisches Revolutionsregime die Stämme und Religionen. In den Aufstandsgebieten Tigre (koptisch-christlich) und Erithrea (islamisch) leben 6,5 Millionen Menschen, die keine Hilfe erreicht. Hunderttausende bewegen sich aus den Hungergebieten in den Sudan, wo Nahrung, Wasser und Ärzte knapp sind. Megistu läßt die Flüchtlinge beschießen. Der Diktator, dem Militär entstammend, ist Zentralist. Von der Bundesrepublik Deutschland erhielt er 1984 rund 143 Millionen Mark Entwicklungshilfe, der deutsche Spendenanteil betrug in der selben Zeit 60 Millionen. Die Sowjets liefern Waffen. Die Vereinten Nationen beschlossen, in Addis Abeba für 220 Millionen Mark ein UNO-Zentrum zu bauen. Bonn fand von der Stimmenthaltung zum Nein.

Der Fall ist extrem. Er unterscheidet sich vom Sudan, von Kenya, von Nigeria, von Togo, von Kamerun, wo die dezentrale Wirtschaftsstruktur und ein „Hauch von Demokratie" bessere Lebensbedingungen schaffen. Aber auch in gemäßigten Ländern drapiert sich die alte Herrschaftsform mit den Attributen der modernen Repräsentation: Waffen (aus Ost und West), Stahlwerken und Privilegierung der Städte. Es ist schwierig, gezielte Entwicklungshilfe zu leisten. Ihre Mittel müßten vorrangig der Landwirtschaft zugute kommen, werden aber gern in Prestigeobjekte umgeleitet. Man kann das ebensowenig moralisieren wie die Korruption, die auf dem ungehemmten Wohlstandsempfinden der einflußreichen und mächtigen Familien beruht. Sich in erster Linie um den Clan zu sorgen ist auch asiatische Eigenart. Der vierte Vetter, der in den Hof tritt, war dem Chinesen seit jeher wichtiger als einhundert Arme vor dem Tor.



Die Geringsten meiner Brüder FOTO: AP

Menschheit und Individuum sind christliche Bildungen. Konfuzius sagt, Mensch werde und bleibe man nur als Mitglied der Familie. Früher kritisierten die Jünger Maos den Chinesen, der unter Lebensgefahr seinen ins Eis gebrochenen Verwandten rettete, vor dem ertrinkenden Fremden aber davonlief. Das christliche Denken, in der Historie freilich selten praktiziert, befiehlt Nächstenliebe gegenüber jedermann (dem Geringsten deiner Brüder), ja sogar Fernstenliebe, aber der Inder bleibt in der Kaste. Wer dem Moslem sagt, er solle dem Hindu helfen, trifft auf taube Ohren. Das ist nicht Fühllosigkeit, sondern eine besondere Form des Geborenseins. Warum traf den Shylock der Haß Antonios? Warum bestand Shylock auf einem Stück Fleisch des Antonio? Wir haben uns entschlossen, die Andersartigkeit zu erkennen und zu akzeptieren – aber das war nicht immer so, und es ist als Prinzip des Denkens und Handelns nicht auf die Welt zu übertragen.

Das bedeutet nicht Resignation, sondern höchstens das Ende der Naivität: also Erkenntnis. Sinnvolle Entwicklungshilfe beruht auf der genauen Kenntnis der Verschiedenheiten, die in erster Linie ethnisch, religiös und historisch ausgelegt sind. Auch sinnvolles Spenden setzt diese Kenntnis voraus. Gefühlige oder ideologische Spendenappelle können Fehler nach sich ziehen. Es ist besser, die Afrikaner in der Bodenbearbeitung zu unterstützen, als Getreide zu liefern – von Notfällen abgesehen. Kulturen entstehen durch Herausforderung, nicht durch milde Gaben. Es wäre im akuten Fall besser, die Entwicklungshilfe für den Sudan zu erhöhen und die Hilfe für den Diktator Mengistu zu kürzen. Der Hunger kommt bei ihm nicht allein aus der Dürre, sondern aus dem Lauf der Gewehre. Erkenntnis zieht Entscheidungen nach sich.

IM GESPRÄCH Tancredo Neves

Die Kunst der Konzilianz

Von Werner Thomas

Er ist ein Traum für Karikaturisten. Auf dem 1,60 Meter kleinen, breiten Körper sitzt ein massiver Kopf mit einem spärlichen Haarkranz. Die markante Nase hat einen schwungvollen Bogen. Der Mann wirkt freundlich, lächelt viel und redet gern. Er erweckt einen sympathischen Eindruck.

Tancredo Neves (74) mag wie eine Witzfigur aussehen, aber er wird ernst genommen und respektiert wie kein anderer Politiker Brasiliens. Auf dem nächsten Präsidenten ruhen die Hoffnungen der Nation: Er soll das größte Land Lateinamerikas nach fast einundzwanzigjähriger Herrschaft der Militärs in eine neue Ära der Demokratie führen. Diplomaten in Brasilia sprechen von einem Glücksfall. Der Rechtsanwalt aus dem südöstlichen Bundesstaat Minas Gerais sei aufgrund seiner reichen Erfahrungen geeignet, die schwierige Aufgabe zu bewältigen.



Der älteste Staatschef Lateinamerikas: Der Brasilianer Neves FOTO: DPA

Neves' politische Karriere begann früh mit Abgeordneten-Mandaten in der Heimatstadt São João del Rei (1934 bis 1947) und im Staatsparlament (1947 bis 1951). 1952 bis 1954 diente er dem Ministerpräsidenten Getulio Vargas als Justiz- und Innenminister. Während eines kurzen demokratischen Interregnums (1961 bis 1962) war Neves der erste und bisher einzige Premierminister der brasilianischen Geschichte. Vor dem Militärputsch 1964 übernahm er das Amt des Präsidenten der Banco do Brasil und der nationalen Entwicklungsbank. 1971 ließ sich der Politveteran zum Vorsitzenden der Einheitsoppositions-Partei „Demokratische Bewegung Brasiliens" (MDB, heute PMDB) in Minas Gerais wählen, 1979 zum Bundessenator. Im November 1982 gewann der Senator die Gouverneurswahlen seines Heimatstaates.

Tancredo Neves ist im August vergangenen Jahres zum Präsidentschaftskandidaten der PMDB nominiert worden. Nicht nur seine Erfahrungen spielten dabei eine Rolle, auch seine Persönlichkeit.

Der Vater zweier Töchter und eines Sohnes hat Umgänglichkeit und Verbindlichkeit zur Kunst erhoben. Seine versöhnliche und verbindliche Art beeindruckt auch seine Gegner. So litt Neves nie unter der Verfolgung der Militärs wie Leonel Brizola, der feurige Sozialist, der 1964 das Land verlassen mußte und heute Gouverneur von Rio de Janeiro ist. So unterstützten viele Anhänger der Sozialdemokratischen Partei (PDS) nun seine Kandidatur und verhinderten die Wahl des PDS-Kandidaten Paulo Maluf zum Nachfolger des Generals João Baptista Figueiredo.

Es existieren Meinungsverschiedenheiten über die Frage, wo Tancredo – die Brasilianer nennen ihn vertraulich beim Vornamen – politisch steht. Das ideologische Spektrum der PMDB reicht von sozialistischen bis zu konservativen Kreisen. Da der neue Präsident ein frommer Katholik ist, ein soziales Gewissen und kein gegnerisches Verhältnis zur US-Regierung hat, könnte er am besten als linker Christdemokrat eingestuft werden.

Neves wird der älteste Staatschef Lateinamerikas sein. Elf Tage vor seiner Amtseinführung am 15. März vollendet er sein 75. Lebensjahr. Er wirkt jedoch jünger, körperlich rüstig und geistig wach. Ohne Ermüdungserscheinungen bewältigte er die Strapazen der letzten Monate, die endlosen Reisen und Reden. So kann er zu einem der stärksten Präsidenten Brasiliens und einem über die Grenzen des Landes hinaus einflußreichen Politiker werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Rundschau

Sie meint zum Wert von Vorleistungen:

Die Amerikaner sagen, man könne eventuelle Verhandlungsergebnisse nicht durch einseitige Vorleistungen vorwegnehmen. Andernfalls würden die USA ihre besten Karten wegwerfen. Die Sowjetunion hätte dann gar kein Interesse mehr, ihrerseits Zugeständnisse am grünen Tisch zu machen. Moskaus Taktik zielt auf einseitigen Nutzen ab. Solange dieser unter Umgehung des Konferenzsaals erreichbar scheint, werden Verhandlungsergebnisse ausbleiben.

TAGESANZEIGER

Die Zürcher Zeitung beurteilt die Nach-Genf-Äußerungen:

Die Zweideutigkeiten der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 8. Januar – hinter denen sich natürlich Differenzen verbergen – dienen jetzt dazu, dem eigenen Standpunkt Nachdruck zu verleihen. Damit laufen die Unterhändler Gefahr, wieder auf ihr Ausgangsfeld zurückgeworfen zu werden.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie geht auf den Pershing-Unfall ein:

Nun dürften die Sowjets wohl die letzten sein, die propagandistisch tönen und die Gefahr eines Atomkrieges an die Wand malen sollten, ruft man sich den jüngsten Irrflug eines ihrer Marschflugkörper über Skandinavien ins Gedächtnis zurück. Verständlich erscheint indessen, daß die Friedensbewegung in Baden-Württemberg Sturm gegen die Mittelstreckenraketen läuft und einen sofortigen Stationierungsstopp verlangt. Kaum verwunderlich klingt es auch, wenn jetzt wieder linke Sozialdemokraten und Grüne ... in diesen Chor einstimmen. Voreiligkeit dürfte jedoch nicht weiterhelfen, eine Neuauflage des alten Streits um die Pershing-2-Systeme kaum förderlich sein, wenn es darum geht, solchen Unglücksfällen vorzubeugen. Gefordert ist ein Höchstmaß an Sicherheitsvorkehrungen.

DEUTSCHE TAGESPOST

Das Würzburger Blatt meint zum Hungerstreik:

Die Methode der „Zwangsernährung" ist für alle Beteiligten schlimm. Doch für den Rechtsstaat gibt es wohl auch eine Pflicht, die „Zwangsernährung" durchzuführen – jedenfalls dann, wenn der Gesundheitszustand lebensbedrohend ist und eine freiwillige Entscheidung, den Hungerstreik auch fortsetzen zu wollen, nicht mehr gewährleistet erscheint. Von daher erfährt die Aussage des niedersächsischen Justizministers, daß die RAF-Häftlinge „allein das Risiko tragen", ihre Begrenzung ... Die Schutz- und Obhutspflicht des Rechtsstaats auch unter extremen Voraussetzungen hochzuhalten fällt jedoch um so leichter, wenn man im Politischen jeden Kompromiß ablehnt.

Hunger- und Durststreik als moralische Erpressung

„Der politisch-militärische Kampf gegen die imperialistische Bundesrepublik" / Von Werner Kahl

Kein Teach-in, kein Go-in beim Pen-Club, nichts bei der Schriftstellergewerkschaft, nichts an die Adresse der Kirchen, ... keine Demo in Hamburg, München und Berlin, Frankfurt und Heidelberg, von mehr militanten Aktionen zu schweigen – sehr schlecht." So rügte Ulrike Meinhof während des Hungerstreiks der RAF-Spitze 1973 die schwache Resonanz in der Unterstützerszene. Parallelen zu dem in diesen Tagen organisierten Hungerstreik drängen sich auf. Aber jetzt wollen reisende Agitatoren die Szene aus ihrer Erstarrung lösen.

Ein anonymes Flugblatt ruft in dieser Woche zu „Nationalen Demonstrationen" auf, wobei offenbleibt, ob die Bezeichnung mangels ausreichender internationaler Solidarität gewählt wurde. Und „Radikal", das vor der Berliner Staatsanwaltschaft nach Zürich ausgewichene Anzeigenblatt des Untergrundes, bietet eine „Anleitung für den Herzinfarkt von Staat und Staatsanwaltschaft".

Die Aufmerksamkeit richtet sich auf die Organisatoren dieses zwischen den Häftlingen aus der „Roten Armee Fraktion" und dem Umfeld abgestimmten Hungerstreikes. Auf dieser Bühne agieren einige Anwälte, die sich wie Kollegen in den siebziger Jahren dem Verdacht ausgesetzt sehen, zwischen denen drinnen und denen draußen zu koordinieren.

Zu Beginn der siebten Woche ähnelten die Symptome dieser Aktion denen der vorausgegangenen acht Hungerstreiks seit 1973: zunächst eine Welle von Gewalttaten und Demonstrationen, danach Selbstzweifel unter Häftlingen, Kontroversen um die richtige Strategie und Taktik und schließlich die bohrende Frage der Frustration: Wie soll's weitergehen?

Die Organisatoren machen ihre Entschlossenheit deutlich, Einheit und Kampfkraft der terroristischen Szene zu wahren und die älteste bewaffnete Gruppierung der radikalen Linken virulent zu halten, wobei ein oder mehrere Todesopfer während eines Hungerstreiks dieser Strategie nicht entgegenstehen.

Es fragt sich nur, ob diese Rechnung von den betroffenen Häftlingen so quittiert und mit dem Leben eingelöst wird? Ursprünglich war in der RAF Anfang der siebziger Jahre der Hungerstreik gegen die allgemeine Erscheinungsform des Todes gerichtet: das Draufgehen. „Ein Hungerstreik kann demzufolge nicht mit Selbstmord enden", schrieb ein Anwalt Häftlingen, bevor er sich 1973 selber dem Untergrundkampf anschloß.

Für die RAF ist der augenblickliche Hungerstreik wiederum ein moralisches Kampfmittel, das jetzt ohne Rücksicht auf Gesundheit oder gar Leben eingesetzt werden soll. Es muß abgewartet werden, ob demnächst der Durststreik als letzte Waffe ausgerufen wird. Die mit dem Hungerstreik verknüpften Forderungen in den Jahren 1973 bis 1981 waren im wesentlichen nur vorgeschoben, heißt es in einer Untersuchung des Kriminalisten Alfred Klaus.

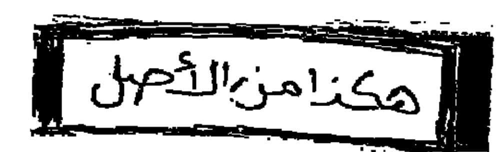
Wie diese Kampagnen gezeigt haben, wurden damals wie heute andere Zwecke verfolgt. Die meisten der inhaftierten RAF-Mitglieder haben von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, daß es ihnen darum geht, ihre politischen Ziele mit allen Mitteln weiterzuverfolgen und dafür zu werben. Diese Ziele sind der „politisch-militärische Kampf gegen die imperialistische Gesellschaftsform in der Bundesrepublik", die „Schwächung des imperialistischen Weltsystems" und, damit verbunden, die Zerstörung des NATO-Bündnisses und ein „weltweiter antiimperialistischer Befreiungskrieg".

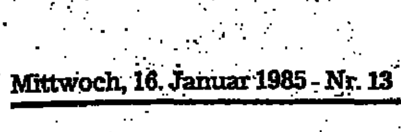
Die „Anti-Terrorismus-Gesetzgebung" war die Antwort des Staates auf die Herausforderung durch die terroristische Gewaltkriminalität. Dazu gehört das als Folge der Entführung Hanns Martin Schleyers 1977 eingeführte Kontaktsperre-Gesetz. Es soll verhindern, daß Straftaten von Inhaftierten fortgesetzt oder gefördert werden.

Unter den Parteien im Bundestag wird augenblicklich darüber diskutiert, ob das Gesetz in seiner unveränderten Form jetzt angewendet werden sollte, wobei es bisher allerdings an einer Voraussetzung, der Gefahr für Leib und Leben einer dritten Person, fehlt, oder ob der Bundestag über eine Milderung – wie von der FDP bei den Koalitionsverhandlungen vor zwei Jahren verlangt – entscheiden sollte?

Die andere Frage, die sich bei anhaltendem Hungerstreik stellt, ist die nach den Konditionen einer Zwangsernährung der Häftlinge. Sobald es der Arzt für geboten hält, muß der Häftling künstlich ernährt werden, wenn gesundheitliche Schäden oder gar der Tod verhindert werden sollen. So sieht es das geltende Recht vor.

Nach einer Gesetzesänderung, die auf eine Initiative des Landes Berlin im Rechtsausschuß des Bundestages beraten wird, soll es eine Pflicht zur Zwangsernährung jedoch erst geben, wenn der Häftling die freie Willensbestimmung verloren hat. Bei Juristen wie Medizinern herrscht die Auffassung vor, daß eine Entscheidung getroffen werden sollte, die einen Hungerstreik mit Zwangsernährung nicht „berechenbar" macht.







An der Küste geht manche Rechnung nicht auf

Mobil Oil schließt seine Raffinerie in Wilhelmshaven. Es geht nicht nur um 300 Arbeitsplätze, es geht um Sinn und Nutzen einer aufwendigen Infrastruktur-Politik zur Förderung der Wirtschaft. Und auch deshalb kämpft die Regierung in Hannover verbissen um den Fortbestand der Raffinerie – doch ohne große Chancen.

Von DOMINIK SCHMIDT

Die goldenen siebziger Jahre, als in Wilhelmshaven spektakuläre Ansiedlungserfolge gefeiert wurden und der einstige Marinehafen den Wandel zur zukunftsträchtigen Industriestadt zu vollziehen schien, sind Vergangenheit. Zwar werden die Lichter am Jadebusen nicht ausgehen, wenn die Mobil Oil AG *Ende März ihre Raffinerie stillegt.* Zweifellos aber ist dieser Beschluß für die ohnehin geschwächte Wirtschaftskraft der Stadt ein weiterer empfindlicher Rückschlag. Mehr noch: Der Anspruch Wilhelmshavens als „Deutschlands Energiedrehscheibe" läßt sich in dieser Form nicht mehr aufrechterhalten.

Gegen die vor zwei Monaten bekanntgewordenen Schließungspläne läuft die niedersächsische Landesregierung von Anfang an Sturm. In geharnischten Protestbriefen wurde der Mobil-Oil-Vorstand aufgefordert, seine Entscheidung zu überdenken. Wirtschaftsministerin Birgit Breuel wird nicht müde, die Vorzüge Wilhelmshavens als den mit Abstand günstigsten Raffinerie-Standort in der Bundesrepublik zu beschwören.

Die Jade-Stadt verfügt über den *einzigen Tiefwasserhafen an der deutschen* Nordseeküste; dort können Tanker mit einer Ladekapazität von bis zu 250 000 tdw gelöscht werden. Die Nähe der Raffinerie zu den Nordsee-Ölfeldern und zu den Kavernen, in denen ein großer Teil der deutschen Krisenvorräte lagert, sind weitere Argumente für Wilhelmshaven. Besonders positiv aber sollte die intakte Infrastruktur für die Mineralöl-Industrie zu Buche schlagen. Die Pipeline-Systeme der Firmen Nord-West-Ölleitung und der Norddeutschen Ölleitung sorgen für den problemlosen Transport des Rohöls nach Rhein/Ruhr und Hamburg.

Die Suche nach all diesen Vorzügen dürfte dem Wirtschaftsministerium in Hannover keine sonderlichen Probleme bereitet haben. Die gleichen Argumente nämlich listete die Mobil Oil AG auf, als sie 1972 den Entschluß zum Bau der Raffinerie faßte. In einem Punkt allerdings erwiesen sich die Kalkulationen als falsch, und zwar in der Einschätzung des Marktes: Der damals prognostizierte Verbrauchsanstieg fand nicht statt.

Auf die Entwicklung des Mineralölmarktes und die vorhandenen Raffinerie-Kapazitäten dürfte auch die Landesregierung ganz wesentlich in ihrer Antwort auf eine dringliche Anfrage der SPD-Fraktion abstellen. Die Opposition im Niedersächsischen Landtag will wissen, wie es zu erklären sei, daß die „neueste und modernste Rohölverarbeitungsanlage der Bundesrepublik stillgelegt werden soll".

Die Gründe dafür sind einleuchtend. Zwar sind seit 1978, als in der Bundesrepublik 159 Millionen Tonnen *Rohöl verarbeitet und damit der* bisherige Höchststand erreicht wurde, fast 40 Prozent der Raffinerie-Kapazitäten aus dem Markt genommen worden. Die Branche aber läßt keinen Zweifel daran, daß dieser Abbau noch immer nicht ausreicht. Nach wie vor sind die Anlagen nur zu etwa zwei Dritteln ausgelastet. In Wilhelmshaven gar produzierte man zuletzt nicht einmal die Hälfte der auf 8 Millionen ausgelegten Kapazität.

Trotz dieser vielsagenden Zahlen bleibt die Landesregierung darum bemüht, Lösungen für die Weiterführung der *Raffinerie* zu finden. Der Erfolg dieser Anstrengungen allerdings steht derzeit noch in den Sternen.

Kaum Hoffnung auf einen Nachfolger

Der Versuch, andere Mineralölgesellschaften – vor allem Esso und Shell – als Betreiber der Wilhelmshavener Raffinerie zu gewinnen, muß als gescheitert betrachtet werden. Beide Gesellschaften verfügen in Hamburg über eigene moderne Raffinerien und müssen sich fragen, wie sie eine Neuorientierung gen Wilhelmshaven in Hamburg verständlich machen sollen. Ein Signal besonderer Art setzte derweil Mobil Oil. Zeitgleich zur Mitteilung an die 300 *Mitarbeiter, den Betrieb am 31. März* einzustellen, bot der Vorstand die Raffinerie kurzerhand der niedersächsischen Landesregierung zum Kauf an.

Selbst bei gutem Willen kann dieser Vorschlag natürlich nicht ernsthaft diskutiert werden. Als einen Erfolg indes wertet das Wirtschaftsministerium die Tatsache, daß Mobil Oil nicht sofort mit dem Abriß der Anlagen beginnt, sondern die Raffinerie lediglich „einmottet". So bleibt zumindest die theoretische Möglichkeit, eine anderweitige Verwendung zu finden. Bei all diesen Überlegungen aber steht fest, daß die gleichen Gründe, die Mobil Oil zur Stillegung der Raffinerie bewogen, für jeden Nachfolger ebenso gelten.

Die Einmottung der Raffinerie ruft Erinnerungen wach an ein ähnliches Projekt in Emden. Dort mußte nach knapp zweijähriger Betriebsdauer 1982 die Norddeutsche Ferrowerke GmbH Konkurs für ihr nach dem Midrex-Reduktionsverfahren arbeitendes Eisenschwammwerk anmelden. Das mit mehreren hundert Millionen Mark von der öffentlichen Hand geförderte Stahlwerk wurde *konserviert* – und wartet seither auf einen Interessenten und die Reaktivierung.

Die Dinge in Wilhelmshaven liegen ähnlich. Wieder sieht sich die öffentliche Hand um den Lohn ihrer Anstrengungen gebracht. Mobil Oil investierte in die Raffinerie rund 900 Millionen Mark; 700 Millionen davon sind bislang abgeschrieben worden.

Die Rechnung für das Land Niedersachsen, für den Bund und die Stadt Wilhelmshaven sieht anders aus. Die Investitionszuschüsse von etwa 100 Millionen Mark sind dabei eher als das kleinere Übel zu betrachten. Schwerer wiegen die Aufwendungen für die Infrastruktur. So mußten das Gelände, auf dem die Raffinerie angesiedelt wurde, neu gewonnen werden, die Verkehrsanbindung sichergestellt und hafentechnische Einrichtungen am Voslapper Groden installiert werden. Die Geländegewinnung im Watt zwischen Voslapp und Hooksiel sollte für Wilhelmshaven die Möglichkeit schaffen, weitere Großprojekte aus den Bereichen Chemie und Energietechnik zu verwirklichen.

Diese Rechnung schien zunächst auch aufzugehen. Immer wieder wurden Ansiedlungserfolge angekündigt und Verträge unterzeichnet. Daß letzten Endes fast alle Projekte sehr viel weniger spektakulär gerieten, als zunächst beabsichtigt worden war, ist die eine Seite; der britische Chemiekonzern ICI und Alusuisse haben immerhin tatsächlich den Weg nach Wilhelmshaven gefunden.

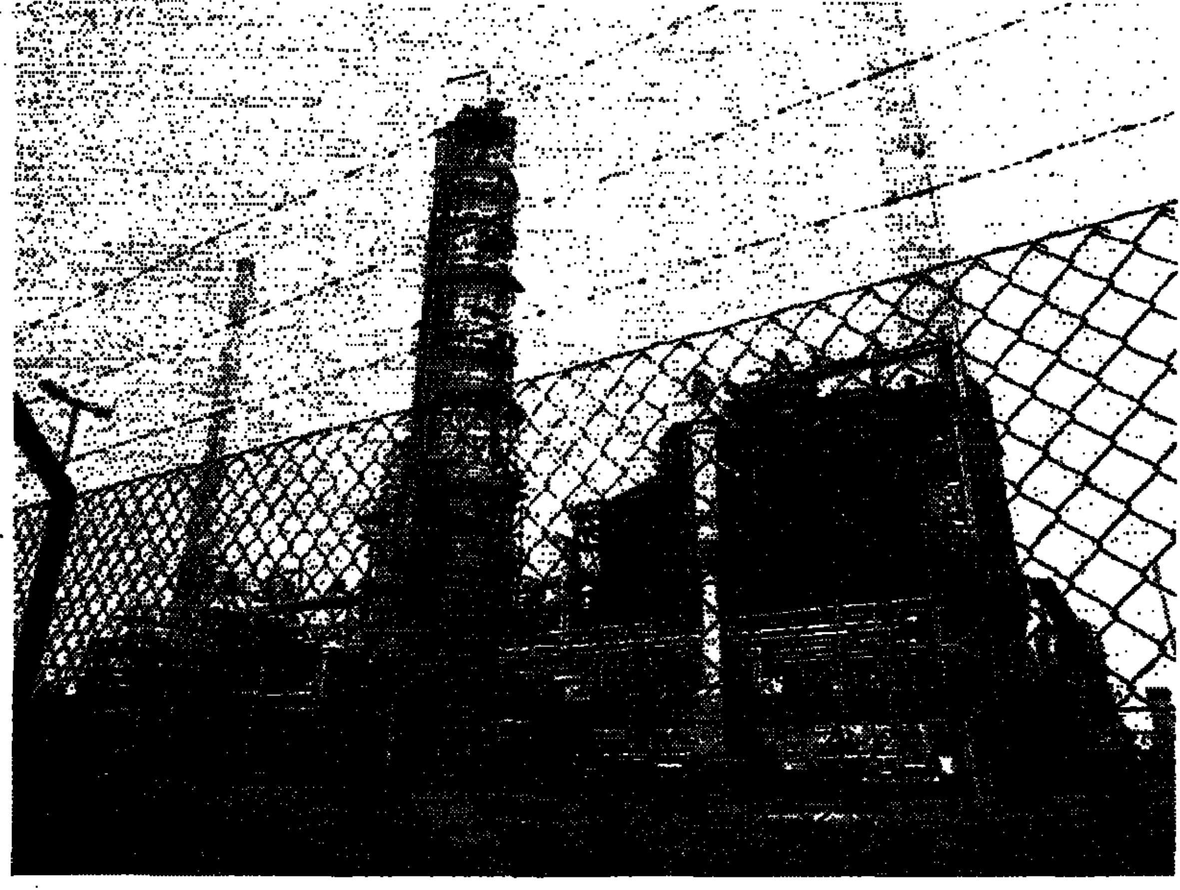
Weniger Glück hatte das Land im April 1981, als Verträge mit der bereits ansässigen Mobil Oil sowie mit Shell unterzeichnet wurden, die den Firmen Optionen für Geländeflächen einräumten. Nach Abschluß des Vertrags über die (allerdings nie erfolgte) Ansiedlung und den Erwerb der Flächen wollten die beiden Unternehmen Kohleveredlungs-Anlagen errichten. Die als „Meilensteine auf *dem Weg zur Kohletechnologie*" bejubelten Projekte sollten nach damaliger Planung anfangs 350 und später über 1000 Menschen Arbeit geben.

Arbeitslosenquote höher als 15 Prozent

In Wilhelmshaven wurde dieser Nachricht besondere Aufmerksamkeit beigemessen. Längst war das Pendel umgeschlagen. Die dominierenden Wirtschaftszweige der Stadt *und ihrer Region* waren nämlich zu Problemkindern geworden. Erschwerend kam hinzu, daß die Olympia-Werke, das größte regionale Unternehmen, sich mitten in einer Krisensituation befand und die Belegschaft kontinuierlich abbaute.

Heute gehört Wilhelmshaven zu den Regionen Niedersachsens mit der höchsten Arbeitslosigkeit. Ende Dezember erreichte die Arbeitslosenquote 15,8 Prozent. Lediglich die traditionell schwachen Bezirke in Ostfriesland und im Oldenburgischen liegen darüber. Gemessen am Land Niedersachsen insgesamt, das mit einer Arbeitslosigkeit von 12,5 Prozent den Bundesdurchschnitt (9,4 Prozent) deutlich übertrifft, bedeutet dies eine Schlechterstellung von nahezu 30 Prozent.

Eine Besserung dieses Trends schließt sich nahezu von selbst aus. Spätestens im März, wenn die Mobil-Oil-Raffinerie ihre Tore schließt, werden zusätzliche negative Effekte wirksam. Die Wilhelmshavener Stadtväter weisen darauf hin, daß beileibe nicht nur die 300 Beschäftigten der Raffinerie von der Stillegung betroffen sind. Zu Einbrüchen werde es auch bei heimischen Firmen kommen, die eng mit dem Betrieb zusammenarbeiten.



Opfer der Flaute auf dem Mineralöl-Markt: Die Raffinerie der Mobil Oil in Wilhelmshaven FOTO: DPA

Ein Ausschuß dreht sich im Kreis: Flick und kein Ende

Der Flick-Ausschuß geht in das zweite Jahr. Je geringer das Interesse der Öffentlichkeit wurde, je höher wuchsen die Papierberge, in denen der Ausschuß zu ertrinken droht. Noch viel Nebel liegt über der Affäre.

Von STEFAN HEYDECK

Eigentlich muß heute im Sitzungssaal 1903 des Bonner Abgeordneten-Hochhauses, dem „Langen Eugen", Manfred Langner (CDU) die Sektkorken knallen lassen. Denn es geht um ein Jubiläum: Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre unter der Leitung von Langner und seinem Stellvertreter Willfried Penner (SPD) geht mit seinen Zeugenvernehmungen ins zweite Jahr. Das elfköpfige Gremium hat seit dem *18. Januar 1984 an 48 Tagen bisher 31* Politiker und Wirtschaftler teilweise bis zu sechsmal vernommen. Hinzu kommen seit der Konstituierung des Gremiums am 9. Juni 1983 weitere 14 vertrauliche Sitzungen. Aus Gründen der Wahrung des Steuergeheimnisses wurde bisher nur einmal, bei der Vernehmung eines Flick-Managers, die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die wurde damals – dem allgemeinen Interesse entsprechend – von gerade zwei Journalisten dargestellt.

Bei den hinter in Hufeisenform angeordneten, mit Mikrophonen be*stückten Tischen sitzenden Abgeord*neten herrscht – vielleicht mit Ausnahme von Otto Schily (Grüne) – alles andere als eine gelöste, fröhliche Champagner-Laune. Nicht einmal in Richtung Schaumwein tendiert die Stimmung. Sind doch schon bis März weitere 17 Vernehmungstage angesetzt, ohne daß sich konkret ein Ende der Beweisaufnahme abzeichnen würde. Denn vor allem Schily meldet am Abend fast jedes Sitzungstages, auch unter Berufung auf den Minderheitenschutz, „weiteren Fragebedarf" an.

*Dabei drehen sich die Abgeordne*ten in ihren stundenlangen, oft genug ermüdenden Befragungen immer wieder und in letzter Zeit immer häufiger im Kreis. Das führt dazu, daß Penner fast schon regelmäßig mit hinter dem Kopf verschränkten Armen, verzweifelnd die Augen verdrehend, an die Decke schaut und der auf äußerste Neutralität bedachte Langner neben ihm die Beine weit von sich streckt und, nicht weniger verzweifelt, vorgebeugt mit einer Hand den Kopf stützt. Denn inzwischen werden – gemessen am Untersuchungsauftrag – vor allem Banalitäten und Kleinigkeiten für die schon lange nicht mehr staunende Öffentlichkeit zutage gefördert.

Da geht es zum Beispiel um die Reise nach Rottenheim zu einer Hirschbrunft, die Finanzierung eines Schwabinger Fischessens oder die Einladung zu einem Kölner Altstadtbummel. Und in einer „Schießveranstaltung" bei der Flick-Tochter Dynamit Nobel für SPD-Politiker und Gewerkschafter, die sich der Konzern einschließlich „rustikaler Bewirtung" ganze 3000 Mark kosten lassen wollte, wird, je nach Parteizugehörigkeit, mindestens etwas „Anstößiges" gesehen, ebenso wie in einer 10 000-Mark-Spende für den SPD-Landtagsabgeordneten Kurt Bandle, die Flick aufgrund eines Bittbriefes des frühe*ren Parlamentarischen Staatssekre*tärs im Bundesfinanzministerium, Rainer Offergeld (SPD), 1976 „lockermachte".

Das sind im Grunde zeitraubende Fragen nach „Trinkgeldern", deren Höhe wohl kaum einen Politiker und erst recht keinen Minister dazu bewogen hätte, in der zweiten Hälfte der 70er Jahre bei der steuerbegünstigten Wiederanlage des 1,9-Milliarden-Mark-Erlöses aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets durch Flick gegen Recht und Gesetz zu entscheiden. Allenfalls ist klar geworden *– und in der Bewertung ist dies nicht* zu unterschätzen –, daß die Strategie des Konzerns „ein Lehrstück für die Politik" darstellt (so Langner in einem WELT-Gespräch).

So richtig ernst genommen, wenn auch mit eher vordergründiger politischer Absicht hochgespielt, werden auch Fragen an den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt und SPD-Chef Willy Brandt nach ansehnlichen Geschenken zu „runden" Geburtstagen nicht. Hat Schmidt einen Kerzenleuchter (der mittlerweile zum mehrdeutigen „Armleuchter" avan*ciert ist) schon vor langer Zeit an die* Asservatenkammer des Kanzleramts weitergeleitet, so war Brandts Münzhumpen zunächst in dessen Bundestagsbüro neben besonderen Auszeichnungen zu besichtigen und wird jetzt für einen guten Zweck versteigert. Ähnlich sieht es mit einem Los aus, das der ehemalige Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch beim Mainzer Ball des Sports der Frau des damaligen Bundesfinanzministers Hans Matthöfer schenkte und für das es einen Ring (Matthöfer: „Ein scheußliches Ding") gab.

Auch das hat dazu geführt, daß der Ausschuß bisher 222,5 Stunden getagt hat. Dabei hatten CDU/CSU 108,25 und SPD 54,75 Stunden lang das „Fragerecht". Während sich die FDP auf 8,25 Stunden beschränkte, schossen die Grünen prozentual mit 52,25 Stunden „den Vogel" ab. Vielleicht sollte Langner doch den Wunsch von Schily, der außer bei Zwischenfragen immer als letzter seine Fragen stellt, erfüllen, ihn „nur einmal als ersten" fragen zu lassen?

Inzwischen droht das Gremium in Papieren förmlich zu ertrinken: Es hat von der Justiz und der Bundesregierung 329 Akten und Ordner mit rund 100 000 Blatt erhalten, die alle etwa 40 mal kopiert worden sind. Hinzu kommen weitere 222 Ausschuß-Drucksachen. Alles in allem über eine *halbe Million Seiten. Daß ein Teil der* Akten erst nach Klagen beim Bundesverfassungsgericht freigegeben worden war, wird als „wichtiger" und „bedeutsamer" Erfolg auch mit Blick auf künftige Ausschüsse gewürdigt.

Obwohl das Gremium nach der Strafprozeßordnung sowie den Regeln der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (IPA) vorgeht und somit fast wie ein Gericht Zeugen vereidigen oder Falschaussagen strafrechtlich verfolgen lassen kann, gibt es die im ersten Halbjahr 1984 immer gern beschriebene „Gerichtsatmo*sphäre" nicht mehr. Bei belegten* Brötchen und Kaffee (am Vormittag) und einem Stück Torte (nachmittags) macht sich zunehmend eine lockere, fast familiäre Stimmung breit. Da spricht plötzlich Langner seinen CDU-Kollegen Bohl mit „Fritz" an. Der wendet sich quer durch den Saal an den SPD-Obmann Struck mit der trauten Anrede „Peter". Und Struck betont, daß er zugunsten von „Otto" (Schily) auf sein Fragerecht verzichte. Dem wiederum macht es überhaupt nichts aus, zusammen mit seinen „etablierten" Kollegen in Akten nach *„Fundstellen" zu suchen und sich* über Fragen abzustimmen.

Das hat zum Beispiel dazu geführt, daß trotz des parteipolitischen Hickhacks Rainer Barzel von den Abgeordneten aus allen Lagern „wie im Schulterschluß" vernommen wurde und dann das „Handtuch" als Bundestagspräsident werfen mußte. Ähnlich geschlossen war die Front bei von Brauchitsch. Nur: Der von seinem Anwalt Reinhold Vester begleitete und bestens präparierte Ex-Manager (ein Ausschußmitglied: „Man hat das Gefühl, ein Kampfpanzer vom Typ *T 34 rollt auf einen zu.*") ließ „gefährliche" Fragen praktisch an sich abtropfen.

Der Auftrag des Ausschusses ist es, zu klären, „ob – und falls ja, in welcher Weise – es der Flick-Konzern unternommen hat, auf Entscheidungen" der Bundesregierung, von Abgeordneten oder Beamten Einfluß zu nehmen". Diese Arbeit muß noch rechtzeitig vor der Sommerpause beendet sein. Denn sonst kann das Parlament in dieser Legislaturperiode keine Konsequenzen mehr ziehen. Dabei wissen schon viele Ausschußmitglieder, was zu geschehen hat: mehr als deutlich skizzieren sie Möglichkeiten zur Novellierung des Einkommensteuer-Paragraphen 6b.



Fragebedarf umstritten: Otto Schily, Vorsitzender Manfred Langner FOTOS: LOTHAR KUCHARZ

Renger: Scharfe Trennlinie zu Grünen ziehen

DW. Bonn/Frankfurt

Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) hat sich bei der Eröffnung der Kurt-Schumacher-Ausstellung, veranstaltet von der Friedrich-Ebert-Stiftung, gestern in Frankfurt ausführlich mit den Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Grünen auseinandergesetzt. Die WELT zitiert aus dem vorab verteilten Redemanuskript:

„Das Godesberger Programm schließt insgesamt, insbesondere auch in seinem Abschnitt über die staatliche Ordnung, jede prinzipielle Opposition gegen das Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland aus. Ich betone dies deshalb so deutlich, weil sich starke Züge einer solchen Gegnerschaft in der Bewegung der Grünen zeigen und auch im Deutschen Bundestag manifestieren.

Das den Sozialdemokraten entgegengesetzte Demokratie- und Staatsverständnis läßt eine Gemeinsamkeit mit den Grünen nicht zu. Der Unterschied, der mit aller Trennschärfe betont werden muß, liegt eben darin, daß die Sozialdemokratie aus erlebter und langer Erfahrung diesen Staat, den sie aus ihren geschichtlich begründeten Überzeugungen mitgeschaffen hat, trägt, die grüne Bewegung aber nicht.

Auf diesem Hintergrund ist es nahezu nebensächlich, ob es in der einen oder anderen Sachfrage Übereinstimmungen zwischen Sozialdemokraten und den Grünen wie mit den anderen Parteien gibt.

Aus meiner Sicht ist dafür bezeichnend, daß die Grünen die repräsentative parlamentarische Demokratie eben nicht als gewollte Lebensform betrachten, sondern lediglich deren Darstellungsmöglichkeiten benutzen, ohne den ihr zugrundeliegenden Sinn und die sowohl theoretische Unsinnigkeit als auch politische Gefährlichkeit ihrer Vorstellungen von einer plebiszitären Basisdemokratie begriffen zu haben.

Die SPD berät zur Zeit, wie das Godesberger Programm an veränderte Bedingungen angepaßt werden kann, ohne daß sein Wesenskern, das Bekenntnis zur reformerischen Volkspartei im freien und funktionierenden Staatswesen Bundesrepublik Deutschland, angetastet wird. Das ist sicherlich eine nützliche, zur Klärung der eigenen Position beitragende Aufgabe, wenn man sie richtig anpackt und sich dabei der Verantwortung bewußt bleibt, die einem der Umgang mit den Ergebnissen einer über hundertjährigen geschichtlichen Erfahrung auferlegt.

Unsere eigentliche Aufabe aber bleibt es, nach manchen Irritationen in der jüngsten Vergangenheit und damit das Vertrauen in unsere moralische Kraft und politische Fähigkeit wiederzugewinnen, um den Aufgaben von Gegenwart und Zukunft gerecht zu werden. Dazu gehört auch, daß wir uns zu den großen Leistungen einer zwölfjährigen Regierungsverantwortung bekennen."

Differenzen der SPD mit Paris

PETER PHILIPPS, Bonn

Nach rund 18-monatiger Diskussion in einer gemeinsamen Kommission von SPD und französischen Sozialisten haben gestern praktisch zeitgleich Egon Bahr in Bonn und Jacques Huntzinger, der Internationale Sekretär von Mitterrands Partei, in Paris ein erstes Ergebnis vorgelegt. Darin betonen beide übereinstimmend, daß – so Bahr – „nach gemeinsamer Überzeugung der amerikanische Atomschirm für die Sicherheit Europas nicht entbehrlich ist". Aber „in diesem Rahmen" müsse ein Weg gefunden werden, zu einer „größeren Verantwortlichkeit und einer stärkeren Bekräftigung der Unabhängigkeit Europas" im sicherheitspolitischen Bereich zu kommen.

„Ohne den Dialog mit den USA zu verringern oder einzuschränken", sagte der Sozialdemokrat, bestehe nach gemeinsamer Auffassung sowohl die „Notwendigkeit einer breiteren europäischen Zusammenarbeit", als auch die „Notwendigkeit einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit über Rüstungskontrolle, Abrüstung und Verteidigung". In diesen Zusammenhang gehöre auch, daß eine „Präferenz für das französische Angebot", sich an einem eigenen Beobachtungssatelliten zu beteiligen, „unausweichlich" und logisch konsequent sei. Außerdem wird in eindeutiger kritischer Zielrichtung auf Washington „die Ablehnung und Verurteilung der Entwicklung destabilisierender Technologien, insbesondere der Verzicht auf den Rüstungswettlauf im All" genannt.

Bahr räumte ein, daß es in der deutsch-französischen Parteikommission, die weiterarbeiten und die bisherigen Ergebnisse „fortentwikkeln und konkretisieren" soll, durchaus auch noch erhebliche Differenzen gibt. Dazu gehöre, daß sich die „Idee der nationalen Strategie" Frankreichs nicht „ohne weiteres mit der These von der gemeinsamen europäischen Sicherheit auf einen Nenner" bringen lasse. Diese Differenzen ergäben sich vorrangig aus der unterschiedlichen Situation, beispielsweise, daß Frankreich Nuklearmacht sei und die Bundesrepublik Deutschland nicht.

Zweifel an Raus Willen zu Medien-Kompromiß

Will Düsseldorf neue Fakten über WDR-Gesetz schaffen?

GERNOT FACIUS, Bonn

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat sich sichtlich zufrieden über den Beschluß seiner Kollegen von CDU und CSU geäußert, noch keinen eigenen Staatsvertrags-Entwurf zur Medienordnung zu verabschieden. In einem Journalisten-Gespräch verwies Rau auf „mehrere Signale", daß die sogenannten B-Länder einen bundeseinheitlichen gemeinsamen Vertrag wünschten. Die Ministerpräsidenten der CDU-regierten Länder und der bayerische Staatssekretär Edmund Stoiber hatten am Montag den SPD-Ländern eine Frist für neue Verhandlungen bis Ende März gesetzt. Für diese Marschrichtung hatte sich vor allem der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth stark gemacht. Vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht war für eine schnellere Entscheidung plädiert worden.

In Unionskreisen wurde die Festlegung auf eine neue Frist allerdings auch mit Skepsis begleitet. Die Politik der SPD, in der Frage der Einführung des Privatfunks auf Zeit zu spielen, werde durch den jüngsten Beschluß gestützt, hieß es in Bonn. Die Bereitschaft Raus, noch vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 12. Mai überhaupt zu einem Kompromiß zu finden, der eine dauerhafte Existenzsicherung privater Rundfunk- und Fernsehveranstalter garantieren könnte, wurde in Zweifel gezogen. Rau wird eher die Absicht zugeschrieben, erst sein neues WDR-Gesetz, das dem größten Sender der ARD auch eine – zusätzliche – privatwirtschaftliche Betätigung ermöglicht, durchzubringen. Damit, so wird vermutet, könnte der Düsseldorfer Regierungschef neue medienpolitische Fakten schaffen. Rau hat die Verhandlungen ohnedies durch seine Forderung belastet, daß der WDR-Hörfunk im „Mittel" aller ARD-Anstalten Werbespots ausstrahlen darf – 110 Minuten an Werktagen. Der NRW-Ministerpräsident selber spricht von einer „unterschiedlichen Bereitschaft" zu einer Einigung im Lager der Union.

Offensichtlich als Reaktion auf diese WDR-Forderungen fand in die Beratungen der Unions-Ministerpräsidenten der als Frage formulierte Vorstoß Niedersachsens Eingang, ob nicht private Rundfunkanbieter an den Gebühren beteiligt werden sollen. Eine entsprechende Anregung hatte auch der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Weirich, gegeben. Die Landesregierung in Hannover hatte ihren Vorstoß so begründet: Wenn der WDR ohne Not Hörfunkwerbung einführen wolle, habe dies das Ziel, den privaten Anbietern den Start so schwer wie möglich zu machen.

Gibt es einen Fall Dieter Haak?

Fragen nach Anwalttätigkeit und Eigentumswohnungen des NRW-Justizministers

W. HERLYN, Düsseldorf/Hagen

Die Nachricht, Justizminister Dieter Haak ziehe sich aus der Bürogemeinschaft einer Hagener Anwaltskanzlei zurück, löste Anfang Januar in Düsseldorf Verwunderung aus. Der Zeitpunkt schien ungewöhnlich und Gerüchte waren wohlfeil. Denn schnell stellte sich heraus, daß die Schwerpunktstaatsanwaltschaft Bochum Ermittlungen wegen des Verdachtes der Steuerhinterziehung und des Betruges gegen den Hauptklienten der Anwaltspraxis „Dr. Grawert und andere" aufgenommen hatte. Dieser Klient, Klaus-Dieter Levy, ist Geschäftsführer der „BGA Betreuungsgesellschaft für Anlagevermögen mbH", die nebulöse Geschäfte mit NATO-Wohnungen und Bauherrenmodellen betrieb. Er sitzt schon seit Juni vergangenen Jahres in Untersuchungshaft. In einer Blitzaktion nahm nun eine zwölfköpfige Sonderkommission des Landeskriminalamtes den Hagener Anwalt und Notar Friedrich Grawert fest.

Dessen Kanzlei gehörte Justizminister Haak seit 1978 an. Er war damals noch Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag und strebte eine Zulassung als Anwalt zur Sicherung seiner Existenz an. Als Haak im Mai 1980 Landesminister für Bundesangelegenheiten in Bonn wurde, ruhte seine Zulassung als Rechtsanwalt. Dieses änderte sich auch nicht nach seiner Bestallung als Justizminister vor gut einem Jahr.

Den Hauch der Anrüchigkeit erhält der Fall dadurch, daß Haaks Ehefrau Regine von der „Betreuungsgesellschaft für Anlagevermögen" des Klaus-Dieter Levy drei Eigentumswohnungen im Zeitraum von 1980 bis zum Februar 1982 gekauft hatte. Der Gesamtwert betrug – laut Prospekt der Gesellschaft – 1,048 Millionen Mark. Frau Haak erhielt diese Wohnungen allerdings mit einem Preisnachlaß von 144 655 Mark. In einem Interview erklärte Haak: „Es ist doch ganz normal, daß wir – wie andere Käufer auch – den Preis heruntergehandelt haben." Demgegenüber aber steht die Aussage des Kölner Anwaltes Gebauer, der die Interessen von mehr als 700 Geschädigten der BGA vertritt. Er kenne keinen anderen derartigen Fall: „Über den Kaufpreis konnte nicht verhandelt werden." Auch Volker Cramer, Rechtsanwalt der BGA-Geschäftsführung, sagte: „Mir ist nicht bekannt, daß derartige Nachlässe anderen Personen gewährt wurden."

Gestern noch bestätigte Haak, die Verträge mit seiner Frau seien „ordnungsgemäß beurkundet" und die gezahlte Kaufsumme „ortsüblich und marktgerecht" gewesen. Bei Abschluß des Vertrages seien weder ihm noch seiner Frau „irgendwelche Umstände bekannt gewesen, die Zweifel an der Seriosität dieses Geschäftsführers hätten begründen können". Auch die Kreditgeber – die Deutsche Bank und die Hessische Landesbank – hatten Haak gegenüber keine Zweifel angemeldet.

Das Ehepaar Haak hatte die Eigentumswohnungen unter dem Namen von Regine Haak gekauft, um damit die Zukunft ihres dritten, 15jährigen Sohnes Christian zu sichern, der behindert ist und voraussichtlich keinen Beruf ausüben können wird.

Nun aber hat die Staatsanwaltschaft konkrete Hinweise darauf, daß Grawert, der als SPD-Mitglied Haak 1978 in seine Kanzlei geholt hatte – offensichtlich um durch die landesweiten Kontakte des damaligen Fraktionschefs zu profitieren – über seine notarielle Tätigkeit hinaus „wirtschaftlich mit den Levy-Geschäften verbunden war", wie es ein Sprecher in Bochum formulierte. Schon im Sommer, als Levy festgenommen wurde, hatte Haak als zuständiger Justizminister die Aufsicht an seinen Staatssekretär Heinz-Hugo Röwer delegiert. Er habe auch auf eine Unterrichtung in diesem Komplex verzichtet, um so „jeglichen Anschein einer Einflußnahme zu vermeiden".

Die Schwerpunktstaatsanwaltschaft sagte jetzt in Bochum, der Fall Levy sei eines der „größten und kompliziertesten Verfahren, in dem wir je ermittelt haben". Die BGA habe offenbar mehr als tausend Geldanleger im gesamten Bundesgebiet betrogen und ihnen nicht zu realisierende Steuervorteile mit NATO-Wohnungen vorgegaukelt. Die Steuerhinterziehungen, die Levy begangen haben soll, bewegten sich in einer Höhe von etwa 30 Millionen Mark.

Junge Schlesier beklagen Mangel an Diskussion

DW. Bonn

Mangelnde Diskussionsbereitschaft hat die schlesische Jugend der von dem Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka geführten Landsmannschaft Schlesien vorgeworfen. Der Bundesvorsitzende der Jugendorganisation, Hartmut Koschyk, schrieb in einem Beitrag für die Wochenzeitung „Der Schlesier", eine breitere Diskussion innerhalb der Landsmannschaft unter der Beteiligung ihrer Landesverbände und einzelnen Gliederungen hätte die Suche nach einem Motto für das Schlesier-Treffen im kommenden Juni erleichtert. Koschyk beklagte den geringen Einfluß der einzelnen Landesverbände und ihrer Gliederungen auf die Politik des Geschäftsführenden Bundesverbandes. Das umstrittene Motto „Schlesien bleibt unser" sei vom Vorstand „zusammengebastelt" worden. Koschyk hält es „für unglücklich".

Die deutschen Heimatvertriebenen dürfen sich nicht durch tagespolitische Diskussionen von der Grundhaltung abbringen lassen, auf Haß, Rache und Gewalt zu verzichten. Dies betonten Vertreter der Trägervereinigungen des Heimatwerks schlesischer Katholiken auf einer Arbeitstagung in Münster. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es zugleich unter Hinweis auf die Stuttgarter Charta von 1950: Wer das menschliche Grundrecht, seine eigene Heimat nicht zu verleugnen, als Revanchismus verteufele, behindere die Aussöhnung der Völker durch friedliche Annäherung und Ausgleich. Weiter heißt es, zur dauerhaften Verwirklichung der Stuttgarter Charta sei die Förderung der politischen Einigung Europas mit dem Ziel vorrangig, die Grenzen zu öffnen.

Ehemaliger Chefredakteur zeigt sich selbstkritisch

Koch: Von Geheimniskrämerei um ‚Tagebücher' angesteckt

UWE BAHNSEN, Hamburg

„Ich habe sehr früh versucht, die Quelle zu erfahren. Mein eigenes Versagen liegt, wie ich glaube, vor allem darin, daß ich mich damit zufrieden gegeben habe, als sie mir nicht enthüllt wurde." Mit dieser selbstkritischen Feststellung hat der frühere „Stern"-Chefredakteur Peter Koch (46) sich gestern zu seiner Mitverantwortung in dem Skandal um die gefälschten „Hitler-Tagebücher" bekannt.

Als Zeuge in dem Betrugsprozeß gegen den früheren „Stern"-Reporter Gerd Heidemann und den geständigen Tagebuch-Fälscher Konrad Kujau erklärte Koch, das gesamte Projekt habe sich lange in einem „Niemandsland der Verantwortlichkeit" befunden; in die sachliche Zuständigkeit der Chefredaktion sei das Vorhaben erst wenige Monate vor der Veröffentlichung durch eine entsprechende Bemerkung des Vorstandsvorsitzenden Gerd Schulte-Rillen übergegangen. Ihm selbst seien die Darstellungen, die ihm im Hinblick auf den Transport der Tagebücher aus der „DDR" gegeben worden seien – Übergabe von Fahrzeug zu Fahrzeug auf Transitstrecken oder Schmuggel bei Klaviertransporten in die Bundesrepublik – schon frühzeitig als „faul" erschienen. Auch die Auskünfte zu den damit verbundenen Zahlungsvorgängen habe er bezweifelt. Er habe sich aber von der „Geheimniskrämerei um die Tagebücher" anstecken lassen.

Koch, der in der dreiköpfigen Chefredaktion für die Bereiche Politik, Wirtschaft und Ausland und damit auch für die Veröffentlichung der „Hitler-Tagebücher" zuständig war, schilderte dem Gericht, wie der damalige Zeitschriftenchef des Hauses Gruner + Jahr, Jan Hensmann, ihn zunächst in einem Gespräch unter vier Augen über das Projekt informiert und ihm die ersten Kladden gezeigt habe. Dieser Unterredung sei eine zweite mit dem Vorstandsvorsitzenden Manfred Fischer gefolgt, an der auch die beiden anderen Chefredakteure Felix Schmidt, zuständig für Kultur und Unterhaltung, und Rolf Gillhausen, dem die optische Gestaltung der Illustrierten oblag, sowie der Beschaffer Gerd Heidemann und Ressortleiter Thomas Walde teilgenommen hätten. Er selbst habe auf die Präsentation der Tagebücher zunächst mit Verärgerung reagiert, weil dieses Vorhaben hinter dem Rücken der Chefredaktion betrieben worden war. Koch: „Ich habe jedoch die Kooperation nicht verweigert." In dieser Haltung sei er sich auch mit seinen Kollegen Schmidt und Gillhausen einig gewesen. Er habe seine Überzeugung, daß es sich um echtes Material handele, auf Heidemanns und Waldes plausible Erläuterungen, vor allem aber auf das Urteil Gillhausens gestützt, der einen sicheren Blick für die Echtheit von Dokumenten gehabt und schon mehrfach angebotenes Material als Fälschungen erkannt habe.

Die Chefredakteure seien, so Koch weiter, vom Verlag nicht über den Ankauf der einzelnen Bände und die dafür gezahlten Summen unterrichtet worden; die insgesamt ausgegebene Summe habe er bis zum Schluß nicht erfahren. Bei Heidemann, mit dem er journalistisch gut habe zusammenarbeiten können, sei ihm im Laufe der Zeit dessen „aufblühender Lebensstil" aufgefallen; das habe ihn mißtrauisch werden lassen, jedoch nur im Hinblick auf das Geld, nicht auf die Tagebücher.

Stationierung: Martens weicht aus

Noch kein Datum genannt / USA befürchten Schwächung ihrer Verhandlungsposition

FRITZ WIRTH, Washington

In dem überaus heiklen und schwierigen Entscheidungsprozeß seiner Regierung über die Stationierung amerikanischer Marschflugkörper hat der belgische Premierminister Wilfried Martens vorerst weiter Wartestellung bezogen. Er gab nach einem zweistündigen Gespräch mit Präsident Reagan ein eindrucksvolles Bekenntnis zum Atlantischen Bündnis und zu allen Verpflichtungen, die sich aus dem NATO-Doppelbeschluß ergeben, doch er vermied es, das von den Amerikanern erwartete Datum zur Stationierung von Marschflugkörpern zu nennen.

Stattdessen wurde von belgischer Seite in Washington angekündigt, daß Martens zunächst noch weitere Konsultationen mit anderen NATO-Partnern suchen werde. Das läßt eindeutig erkennen, daß Martens, der in dieser Frage mit erheblicher innenpolitischer Opposition konfrontiert ist, vorerst weiter Zeit gewinnen möchte. Da es nach dem ohnehin langen belgischen Zögern in dieser Frage nicht mehr sehr viel zu beraten gibt, nimmt man in Washington an, daß Martens diese Konsultationen nutzen will, um die innenpolitischen Widerstände über außenpolitischen Zuspruch der engsten Verbündeten zu vermindern.

Präsident Reagan besorgt

In Washington, wo man erwartet hatte, daß im Laufe des März mit der Stationierung der 48 Marschflugkörper begonnen wird, ist man bei allem Verständnis für die Lage Martens' über diese Verzögerung nicht glücklich. Man fürchtet, daß eine weitere Verzögerung die amerikanische Verhandlungsposition bei den bevorstehenden Abrüstungsgesprächen mit den Sowjets belasten und den Kreml ermutigen könnte, seine Propagandakampagne gegen diese Stationierung weiter zu intensivieren. Präsident Reagan drückte diese Besorgnis nach seinem Gespräch mit Martens öffentlich aus, als er darauf hinwies, daß „die jüngsten Fortschritte in den Abrüstungsdiskussionen mit der Modernisierung unseres Verteidigungssystems und der Herstellung eines Gleichgewichts der Nuklearwaffen in Mitteleuropa zu tun hat".

In der amerikanischen Administration bemühte man sich inzwischen, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Verteidigungsminister Weinberger und Außenminister Shultz in der Interpretation der letzten Fernseh-Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko auszuräumen. Während Shultz bisher anzudeuten schien, daß es eine Verbindung zwischen den drei vereinbarten verschiedenen Verhandlungsrunden (Mittelstrecken-, Interkontinentalraketen und Waffensysteme im Weltraum) gebe, hat es Verteidigungsminister Weinberger strikt abgelehnt, daß an einem der drei Verhandlungstische Konzessionen zugunsten eines anderen gemacht werden können.

Der für Europafragen im State Department zuständige Staatssekretär Richard Burt hat darauf hingewiesen, daß eine derartige „Linkage", also eine Verbindung zweier getrennter Verhandlungsrunden, bei den Sowjets durchaus üblich sei. Eine derartige „Linkage" sei von ihnen schon bei den vergangenen INF-, START- und MBFR-Verhandlungen hergestellt worden.

Die Sowjets versuchen nun nach Meinung Burts ganz offensichtlich, mit Hilfe der „Linkage" in den bevorstehenden Gesprächen eine „Geiselnahme der Mittel- und Interkontinentalraketenfrage" zu unternehmen, um das amerikanische SDI-Programm („Krieg der Sterne") auszuschalten. Burt erklärte, dies werde keinen Erfolg haben. SDI sei ein Forschungsprogramm, das sich nicht effektiv verbieten lasse, weil ein solches Verbot nicht verifizierbar ist. Die Sowjets wüßten dies.

Die Ziele der Sowjets

Wenn die Sowjets dennoch die SDI-Frage hochspielen, so verfolgen sie nach Ansicht amerikanischer Beobachter drei Ziele: Die Atlantische Allianz zu verunsichern, Meinungsverschiedenheiten in der Reagan-Administration bloßzustellen und diese möglichst zu vertiefen sowie die USA in die Defensive zu drängen und ihre Verhandlungsposition in den bevorstehenden Treffen aufzuweichen.

Burt kündigte an, daß man im Augenblick dabei sei, die amerikanischen Verhandlungsteams für die bevorstehenden Gespräche zusammenzustellen, um in Kürze mit den Sowjets Kontakt aufnehmen zu können, damit ein Termin und ein Verhandlungsort für die nächsten Gesprächsrunden festgelegt werden kann. Inoffiziell ist zu erfahren, daß die Amerikaner Genf als Verhandlungsort bevorzugen würden: In der amerikanischen Administration ist man im übrigen nicht der Meinung, daß die Krankheit des sowjetischen Staatschefs und Parteivorsitzenden Tschernenko zu einer Verzögerung oder gar Gefährdung dieser vereinbarten Verhandlungen führen könnte. Tschernenko habe ohnehin bei der Vereinbarung dieser neuen Abrüstungsdiskussionen keine zentrale Rolle gespielt.

Anwalt Vogel warnt vor Wiederholung

dpa, Ost-Berlin

Der als Vermittler eingeschaltete Ostberliner Rechtsanwalt Vogel hat nach der Abreise der letzten sechs „DDR"-Bewohner aus der deutschen Botschaft in Prag vor „jedwedem Wiederholungsversuch" gewarnt. In einer dpa übermittelten Erklärung heißt es: „Die letztlich verbliebenen sechs DDR-Bürger mit Problemen primär aus dem kriminellen Bereich haben die Botschaft der Bundesrepublik in Prag freiwillig verlassen. Sie sind auf dem Rückweg in ihre Heimatorte, um dort ihre Ausreiseanliegen straffrei vorzutragen. Ab 16. Januar hätte meine Vermittlervollmacht mit der Zusage der Straffreiheit und Bearbeitung durch die zuständigen Behörden nicht mehr gegolten. Künftig würde ich sie auch nicht mehr erhalten. Ich warne daher mit viel Ernst und Nachdruck vor jedwedem Wiederholungsversuch. Niemand soll mir vorhalten können, ich hätte mich nicht ausreichend verdeutlicht."

Mehr Angestellte zur IG Druck

nl. Stuttgart

Der Arbeitskampf in der Druckindustrie 1984 hat der IG Druck und Papier keinen Mitgliederschwund beschert; vielmehr ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder um rund 2000 auf nunmehr 144 000 angewachsen. Demgegenüber hat sich die Zahl der Beschäftigten in der Druckindustrie im vergangenen Jahr um 1,8 Prozent auf 162 000 (1983: 165 000) verringert. Der Gewerkschaftsvorsitzende Erwin Ferlemann erläuterte in Stuttgart den unerwarteten Mitgliederzuwachs damit, daß vor allem eine beträchtliche Anzahl von Angestellten zur IG Druck gestoßen sei.

Ein neuer Mythos und ein positives Meinungsbild

Von H. R. KARUTZ

Hinter den Berlinern liegt das Jahr des großen Atemholens vor dem Wahl-Termin: Die Stadt bekam nach den Jahren des Verdrusses und der Apathie sichtbar wiederum mehr festes Land unter die Füße.

Und das, obwohl der Lotse von Bord ging – Eberhard Diepgen löste mit Lampenfieber, aber in professioneller Manier Richard von Weizsäkker ab. Er konnte mit dem Pfunde wuchern, das Weizsäcker zurückließ. Der „neue Aufbruch", den der heutige Bundespräsident 1981 für die Hauptstadt prophezeit hatte, schlug Wurzeln. Optimismus, Kraft und Stolz, wieder „wer" zu sein, klangen nicht mehr nur als Wunschdenken.

Im Orwell'schen Jahr 1984 erwies sich, daß die Angst, die sich noch 1981/82 angesichts von Krawallen und „Tuwat"-Eskapaden auf die Gemüter legte, wieder verschwand. Die Stadt vibriert als Prüfstand neuer Technologien und Visionen – ein „Schwabenland des Nordens".

Umfragen zeigten an: Auch die Berliner verstanden, was sich in den vergangenen Jahren ereignete und sich 1984 vollends in eine breite, ruhige Strömung der Zuversicht bettete. 34 Prozent sahen Berlins Ansehen gestiegen. Die Deutschen insgesamt neideten Berlin nichts. Sie billigten der Stadt in einer weit ausholenden Befragung noch stärker als früher zu, „Hauptstadt aus eigenem Rang" zu sein. Eine Metropole verflüchtigt sich eben auch in Problemlagen nicht.

Der „Mythos Berlin", dieses Weltstadt und Provinz zugleich zu sein, changiert zu einem neuen „Berlin-Mythos".

Unternehmer und Wirtschaftsmanager sehen die Trends ganz sachlich. Horst Kramp, Präsident der Industrie- und Handelskammer in seinem Jahresrückblick: „Besonders bemerkenswert ist das positiv gewandelte Meinungsklima für Berlin, das sich in den Medien widerspiegelt. Es hat nicht nur Einfluß auf die Berliner selbst. Es ist geeignet, das Vertrauen in die Stadt wieder herzustellen und zu festigen. Die Negativ-Klischees früherer Jahre sind weit in den Hintergrund getreten."

Lob kam auch aus dem Bonner Bundeswirtschaftsministerium. Ein ausführliches Papier des Ministeriums lag dem Bundestag bei den Etatberatungen für 1985 vor:

- „1980 und 1983 hatte Berlin erstmals seit 12 Jahren höhere Zuwachsraten beim realen Bruttoinlandsprodukt als der Bundesdurchschnitt.
- Bei den Investitionen lag Berlins Zuwachsrate 1983 mit 13 Prozent deutlich über dem Bundeswert von 2 Prozent.
- Die Investitionsausgaben je Beschäftigten stiegen mit 13 000 Mark pro Kopf mehr als doppelt so stark wie im übrigen Bundesgebiet.
- Die jahrelang hohen Wanderungsverluste der Bevölkerung konnten erstmals 1983 in einen Zuzugsüberschuß umgewandelt werden. Bei den deutschen Berufstätigen gibt es einen für Berlin günstigen Wanderungssaldo. Die Tendenz hält an."

Was nicht in dieser Unterlage stand, aber auch die steigende Kurve verdeutlicht:

- Berlin schob sich in der Arbeitslosenquote an die fünftbeste Stelle der Bundesländer.
- 1983 faßten 70 neue Firmen in der Stadt Fuß, die 430 Millionen investieren und 1000 neue Arbeitsplätze einrichten.
- Im vergangenen Jahr investierte der Senat selbst 3,5 Milliarden, vornehmlich im Baubereich.
- Die Zahl der Touristen kletterte nach einem Plus von 9,3 Prozent



(1983) nochmals um 10 Prozent auf knapp 1,2 Millionen.
- Das letzte der 167 einst besetzten Häuser erhielt einen vertraglichen Status.
- Der Kurfürstendamm, Sinnbild Berliner Vitalität, blieb friedlich.
- Polizeipräsident Klaus Hübner stellte fest: „Die 'Szene' ist durch uns ausgetrocknet worden. Sie ist zwar noch lebendig, besitzt aber kein Zündthema mehr."

Gewiß, auch die Probleme rissen nicht ab. Berlin ertrank zeitweilig in einer neuen Asylantenschwemme – vorwiegend aus Ceylon und Ghana. Nahezu jeder zweite der 12 006 Asylbewerber stammte aus diesen beiden Ländern. Noch immer bleibt Berlin die beliebteste, weil am leichtesten zu öffnende Tür nach Westen: Jeder dritte Bewerber reiste über Ost-Berlin ein.

1984 war ein Jahr der Wechsel: Die Sozialdemokraten tauschten Harry Ristock gegen Hans Apel aus, der seither gegen linke „Wagenburgen" innerhalb der Partei kämpfen muß. Es war das Jahr, in dem Ost-Berlin überraschend beschloß, den Kontrollpunkt Staaken in Richtung Hamburg bis Ende 1987 offen zu halten – als kleine Gegenleistung für den neuen 980-Millionen-Kredit.

Aber es war auch eine Zeit der Enttäuschung: Die Berliner nehmen nicht an den ausgehandelten innerdeutschen Erleichterungen teil. Sie können bei ihren Freunden und Verwandten im Osten nicht mit einem Tagesvisum übernachten. Diepgen sprach von einem „schweren Mangel".

Der 10. März 1985 markiert die Weggabelung, ob auch dieses Jahr in zuversichtlicher Gelassenheit verlaufen kann: Der Senat kann mit dem beruhigenden Gewissen vor die 1,5 Millionen Wähler treten, seine Arbeit redlich getan zu haben.

Die Union spielt zur Zeit jedoch mit dem Gedanken, ihren wichtigen Partner, die FDP, mit einer Kampagne „Alles für die Union" überflüssig zu machen. Noch bremst Diepgen den CDU-Überschwang, angesichts der inneren Labilität der FDP auf eine Zeit ohne die Liberalen zu setzen. Die FDP-Warner reichen von Genscher über Hans-Günter Hoppe bis Walter Rasch.

Was versäumt wurde, liegt auf der Hand: CDU und FDP als „bürgerlichen Block" vor Augen zu führen, zu dessen Wahl jede Stimme gleichgewichtig beiträgt. CDU und FDP kämpfen nun getrennt. Selbst wenn am 10. März eine von Hans Apel strategisch nicht ausgenutzte rot-grüne Mehrheit zustande kommen sollte, steht sie vorerst nur auf dem Papier. Berlins Verfassungsväter sorgten 1950 für nahezu unübersteigbare Hürden, um einen Senat zu stürzen und durch ein neues Regiment zu ersetzen. Das bislang erfolgreiche Team kann ohne weiteres vorerst im Amt bleiben. Allenfalls steht eine Senats-Duldung durch verantwortungsbewußte Kräfte der „alten" Berlin-SPD zu erwarten.

Es war Ronald Reagan, der Wahl-Sieger, der im Mai im Berlin-Report der WELT schrieb, was diese Stadt als Ermunterung in dieses Wahljahr nehmen sollte: „Ich bin optimistisch über die Zukunft Berlins. Berlin ist eine ungewöhnlich vitale Weltstadt, in vollem Aufschwung. . . . Vor allem ist Berlin gesegnet mit den Berlinern selber, deren Kraft und Geist ihm wohl gedient haben. Die Sicherheitsgarantie der Westalliierten ist dauerhaft und unverbrüchlich. Die amerikanischen Freundschaftsbande mit Berlin sind fest."

Für einen besseren Kontakt zu Kuba

rtr, Bonn

Die kubanische Regierung ist nach den Worten des außenpolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion, Helmut Schäfer, dringend an besseren Kontakten zu den westeuropäischen Staaten und den USA interessiert. Schäfer, der Kuba in der vergangenen Woche einen Besuch abgestattet hatte, befürwortete deshalb die Aufnahme des Dialogs zwischen der Bundesregierung und Havana auf Staatssekretärs-, zumindest aber auf Abteilungsleiterebene. Der FDP-Politiker sagte gestern in Bonn, seine Gesprächspartner in Havana hätten ihm erklärt, Kuba sei ein unabhängiges sozialistisches Land und nicht der verlängerte Arm Moskaus. Die Regierung sei offensichtlich bemüht, über die Aufnahme von Kontakten zum Westen einen stärkeren Handlungsspielraum zu gewinnen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Moskaus Armada macht den Chinesen Sorgen

Pekings Marine war immer schwach / Hilfe aus USA

OSKAR WEGGEL, Hamburg

Die USA wollen China bei der Modernisierung der Marine helfen. Das hat seinen Grund. Die Marine ist der schwächste Teil der chinesischen VBA (Volksbefreiungsarmee). Chinas Strategen haben von jeher in Landkriegskategorien gedacht. Zur Gründung einer Flotte kam es deshalb erst am 14. April 1950. Generelle Aufgabe der Marine ist es, offiziellen Angaben zufolge, den Schutz 18 000 Kilometer Küstenlinie, von 6000 Inseln so wie von 3,5 Millionen Quadratkilometer Meeresfläche zu übernehmen, womit auch das gesamte Südchinesische Meer gemeint ist, in dem während der letzten Jahre immer größere Einheiten der sowjetischen Pazifikflotte aufkreuzen.

Besaß die Marine anfangs nur kleinere Kanonen- und Torpedoboote, so ist sie inzwischen zu einer Waffengattung herangewachsen, die über Unter- und Überwasserboote, über Marineinfanterieverbände und Seeluftstreitkräfte verfügt. Die Volksrepublik China hat (mit 100 Einheiten) die drittgrößte U-Boot-Flotte der Welt und ist neben den USA, der Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien das fünfte Land, das über (einige wenige) nukleargetriebene und Nuklearwaffen-bestückte U-Boote verfügt. Von einem dieser Boote aus wurde zum erstenmal 1982, und zwar in getauchten Zustand, eine Rakete auf 3000 Kilometer Entfernung abgefeuert. Wenige Monate vorher war es bei einem ähnlichen Versuch zu einer Katastrophe gekommen. Ausgereift dürfte die Technik auch heute noch nicht sein. Hier könnten die Amerikaner helfend einspringen.

An Überwasserschiffen zählt die Marine rund 1850 Einheiten, von denen die stärksten Kontingente zur Mittelflotte (750 Einheiten), die übrigen etwa anteilig zur Nord- (500) und zur Südflotte (600 Einheiten) gehören. Rückgrat der Kampfverbände sind 14 Zerstörer und 21 Fregatten. Angeblich plant China inzwischen auch den Bau von fünf Flugzeugträgern. Die Modernisierung läuft einerseits auf Neubauten hinaus, besteht im übrigen aber – angesichts der schrumpfenden Militärausgaben – aus kleineren Verbesserungsmaßnahmen, zum Beispiel der Nachrüstung vorhandener Einheiten mit leistungsfähigerer Elektronik und mit Raketen.

Stichwort „pazifische Identität“

Japans Premier besucht Neuseeland, Australien, Papua-Neuguinea und die Fidji-Inseln

FRED de LA TROBE, Tokio

Der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone besucht seit heute Australien und Neuseeland. Am Montag war er auf den Fiji-Inseln und in Papua-Neuguinea, den ersten beiden Stationen seiner achttägigen Reise in die Südpazifische Region. Er traf dort mit den Ministerpräsidenten dieser beiden Staaten, Kamisese Mara und Michael Somare, zusammen und sagte finanzielle Hilfe für den Ausbau einer Universität und Straßenbauprojekte zu.

„Neues Zeitalter“

Es handelt sich um die erste Reise eines japanischen Regierungschefs in *diese Region seit fünf Jahren. Die* Vierländertour soll nach den Worten Nakasones dazu beitragen, „ein neues Zeitalter für Asien und den Pazifik einzuleiten“. Die Japaner weisen darauf hin, daß sich der wirtschaftliche und technologische Schwerpunkt der Welt auf die Anrainerstaaten des Pazifiks zu verlagern beginnt. Auch die Ministerpräsidenten von Australien und Neuseeland, Robert Hawke und David Lange, äußern Interesse, ihre pazifische Identität zu betonen.

Ein engeres Aneinanderrücken der Länder dieser Region hatte der ehemalige japanische Premier Masayoshi Ohira mit besonderem Nachdruck gefordert. Er besuchte 1980 als Vorkämpfer des panpazifischen Gedankens Australien und Neuseeland. Als die südostasiatische Staatengemeinschaft Asean aber gegen diese Idee Bedenken äußerte, schlugen die Japaner eine vorsichtigere Gangart ein.

Auch Nakasone äußert sich zurückhaltend. Er erklärt jetzt, eine neue Initiative für den organisatorischen Zusammenschluß der Länder am Pazifik müsse von der Asean ausgehen. Damit will er das Mißtrauen der kleineren Nationen gegen vermutete egoistische Ziele der beiden industriellen Supermächte der Region, USA und Japan, abbauen.

Nach den japanischen Vorstellungen, die auch Washington unterstützt, soll es sich bei dem pazifischen Miteinander um eine lose Ländergruppierung handeln, die nicht so fest gefügt wäre wie die Gemeinschaften der europäischen Staatenwelt. Die Kooperation solle sich allenfalls auf wirtschaftliche, technische und kulturelle Bereiche erstrecken, keinesfalls auf den militärischen. Den Anfang sollten private, nicht aber staatliche Stellen machen.

Ein weiteres vordringliches Thema, das Nakasone während seines Aufenthalts in Neuseeland zur Sprache bringen will, ist der umstrittene antinukleare Kurs der Regierung Lange. Anläßlich seines Besuchs in den Vereinigten Staaten Anfang Januar wurde der japanische Premier von Präsident Reagan gebeten, in dieser heiklen Frage zwischen Washington und Wellington zu vermitteln.

Für Einheit des Westens

Die Regierung Lange hat erklärt, sie werde amerikanischen Kriegsschiffen, die mit Atomenergie angetrieben werden oder Kernwaffen an Bord haben, das Einlaufen in neuseeländische Häfen verwehren. Nach Ansicht Washingtons ist damit die unbehinderte Ausführung des Sicherheitsvertrags zwischen den Vereinigten Staaten, Australien und Neuseeland nicht mehr gewährleistet. Ministerpräsident Nakasone will seinen neuseeländischen Amtskollegen darauf hinweisen, daß das nukleare Abschreckungspotential der USA sowie die Einheit im westlichen Lager unentbehrliche Voraussetzungen für den Frieden in der Region sind.

(SAD)

Die „Times“ würdigt das „neue deutsche Wunder“

Lob für Effizienz der Industrie und Investitionen

dpa/VWD, London

Die britische Tageszeitung „Times“ hat gestern die Stärke der deutschen Wirtschaft gewürdigt. In Anlehnung an den Wirtschaftsboom der unmittelbaren Nachkriegszeit wird der neue Wirtschaftsaufschwung als „Westdeutschlands neues Wunder“ bezeichnet. In einem Korrespondentenbericht aus Bonn heißt es unter anderem, daß kaum ein Tag ohne neue Beweise für die bemerkenswerte Erholung der westdeutschen Wirtschaft vergehe. „Das wirtschaftliche Herz Europas schlägt mit solcher Kraft, daß Bonn fast atemlos scheint über den Erfolg seiner Politik, und nach der letzten Voraussage wird die Wirtschaft in diesem Jahr um etwa drei Prozent wachsen.“

Der Erfolg auf wirtschaftlichem Gebiet ist nach Ansicht der „Times“ der Hauptgrund für die anhaltende Popularität der Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Stärke der drittgrößten Wirtschaft der westlichen Welt werde durch eine Reihe „gesunder“ Zahlen demonstriert, „die wiederum frischen Optimismus in die deutsche Industrie brachten, der sichtbare politische und soziale Konsequenzen hat“.

Das Blatt wies auf die gestiegene Effizienz der Industrie hin: „Die kürzeren Arbeitszeiten, die in mehreren wichtigen Industrien – besonders im riesigen Metallbereich – vereinbart wurden, haben die Kosten bisher noch nicht wieder hochgetrieben ... Es hat massive neue Investitionen gerade in jenen Bereichen gegeben, in denen Deutschland zurückzubleiben schien – in der Hoch-Technologie und im Kommunikationsbereich.“

Einschränkend wies die „Times“ auf „Probleme und Gefahren“ hin: Das größte politische Problem sei die hartnäckig hohe Arbeitslosenquote, für deren Absinken in absehbarer Zeit es kaum Anzeichen gebe. „Verbunden damit ist der stetige Wandel in der Haltung der Gewerkschaften, symbolisiert durch den Metallarbeiterstreik im vergangenen Jahr.“ Obwohl die industrielle Harmonie wiederhergestellt worden sei, leite die neue Generation von Gewerkschaftsführern nicht mehr dieselbe willfährige Arbeitnehmerschaft, die das erste Wirtschaftswunder schuf.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN



beschäftigt rund 1500 Mitarbeiter und baut luft- und wärmetechnische Anlagen sowie Textilveredlungsmaschinen.

Energiesparende Strahlungsheizung

Wir suchen zur Forcierung dieses Produktes mit Anwendung in Produktions-, Lager-, Ausstellungshallen und dgl.

Industrie-/Handelsvertretungen

Sie sind unser Partner, wenn Sie in diesem speziellen Kundenkreis bereits Erfolg haben.

Die nachweislich hohe Energieeinsparung und technische Reife des Systems geben die Grundlage für überdurchschnittliche Provisionsaussichten.

Die gesamte Angebots- und Auftragsbearbeitung erfolgt vom Stammhaus aus, welches Sie auch akquisitorisch unterstützt.

Ihr Vertretungsgebiet innerhalb der Bundesrepublik und Westberlins würden wir je nach Ihren Möglichkeiten mit Ihnen abstecken.

Senden Sie bitte Ihre schriftliche Bewerbung mit Referenzen ein oder wenden Sie sich vorab an Herrn Bosten.

H. Krantz GmbH & Co.
Luft- und Wärmetechnik
Postfach 20 40, 5100 Aachen, Telefon: 02 41 / 4 34 – 2 04

Micro Computer GmbH in Hamburg
sucht tätige Beteiligung (Hardware- od. Software-Bereich).
Angeb. u. PL 48 546 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Schweizer Kaufmann
(viersprachig) sucht Lizenzprodukt für Schweiz evtl. auch Frankreich. Solide finanzielle Grundlage vorhanden.
Zuschriften bitte unter R 12 414 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Neue Existenz
krisensicher, hoher Verdienst. Gebiet: Gewichtsabnahme, Raucherentwöhnung etc. Start: Sofort, mit konkurrenzloser Methode. Haupt- od. nebenberuflich. Bedingung: Telefon, geringes Eigenkapital (Kapitaleinsatz innerh. 1 Monats wieder heraus).
Ang. u. X 12 574 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Export-Marketing für mittelständische Betriebe
Versierter Exportkaufmann mit vorh. Kundenstamm übernimmt Marktbearbeitung für USA, Kanada u. Asien.
Zuschriften bitte mit kurzer Produktbeschreibung unter X 12 552 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Direktvertriebsgesellschaft
sucht im Alleinvertrieb Produkte aus den Bereichen:
1. Haus- u. Sicherheitstechnik
2. Hobby und Freizeit
– auch andere Erfindungen und Neuheiten.
Zuschrift. unt. Z 12 576 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wer möchte seine Interessen in Thailand vertreten lassen?
Bin bis Mitte Februar noch in Deutschland.
Tel. 0 41 52 / 36 92 oder unter B 12 578 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Unser vielseitiger Dämmbelag für Boden, Wand und Decke ist beim Fachhandel bestens eingeführt. Zur Ausweitung des Vertriebsnetzes suchen wir noch mehrere

freie Handelsvertreter

für den Raum Niedersachsen, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Saarland und Rheinland-Pfalz,

die an einer lukrativen Nebenvertretung interessiert sind.

Vertriebs-Schwerpunkte sind Bau- und Heimwerkermärkte, die regelmäßig besucht und betreut werden müßten.

Bitte melden Sie sich unter E 12 581 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Lagerposten
Textilien und Sportartikel, z. B. Dekken, Bettbezüge, Hemden, Unterwäsche, Damen-, Herren- und Kinderkonfektion sowie Textilien und Sportartikel aller Art aus Konkursmasse oder günstig zu kaufen gesucht.
Eurabeo Farhat GmbH.
Postfach 10 08 04, 5650 Solingen 1, Telex 8 514 447, Tel. 0 21 22 / 20 22 15 oder 20 44 98

Aktive Beteiligung
an Gesundheitsfarm in Spanien geboten. (Deutsche KG) Ausbildung u. Einarbeitung am Ort gesichert. Hohe Rendite. Einlage ab DM 250 000,–.
Angeb. erb. u. A 12 423 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Internationaler Film- und Video-Vertrieb sucht neben- u. hauptberufl. Provisionsvertreter, die unser konkurrenzloses Videomietprogramm anbieten wollen. Weit überdurchschnittl. Verdienstmöglichkeiten, auch für bisher Branchenfremde. Ausführl. Informationen senden wir Ihnen sofort zu. Rufen Sie uns an unt. 0 89 / 33 70 16 – 18 oder richten Sie Ihre Bewerbung unt. W 12 573 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

... und die Dinge dazwischen. Grenzwissenschaftsprogramm zur Nutzung des eigenen Unbewußten.
Verzichten Sie darauf ...
wenn Sie es sich leisten können.
Unverb. Info. (0 30) 3 93 11 59

1985 – ein Jahr Ihres persönlichen Erfolges?
Berate mittelständische Unternehmen u. Kleinbetriebe. Kostenrechnung (DB-Rechnung), Soll/Ist-Vergleiche, Kalkulation, Vertriebsanalyse, Rationalisierungsmaßnahmen im kaufm. u. Fertigungsbereich, Ideengebung für neue Initiativen, psychologische Beratung von Führungskräften durch das uns angeschlossene Institut.
Angeb. unt. A 12 577 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Teilhaber
für Heilcassettenvertrieb, Hypnose/Selbstfernstudium gesucht. Offener Markt, hohe Rendite.
Angeb. erb. u. B 12 424 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihre Adresse in der Schweiz
mit Telefon, Telex und Postanschrift.
J. Richter, P.O. Box 50, CH-6825 Capolago

Vertriebspartner
in Australien
Kaufmann, 41, Deutscher, techn. versiert, derzeit in Bundesrepublik Deutschland, lange Erfahrung als Leiter von Handelsniederlassung in Australien, seit 4 J. eig. Import-Fa., die jetzt v. Partner geleitet wird, sucht Unternehmen, das eig. Vertrieb in Australien aufbauen möchte in Form einer joint venture o. ä.
Angeb. u. PM 48547 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Wiesbaden
Ehemaliger Kaufhaus-Zentraleinkäufer, beste Referenzen, übernimmt Ihre Interessen/Vertretung. Laden, Lager, kl. Büro, Tel. u. PKW vorhanden.
Zuschr. u. R 12 546 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Maklerfirma
alt eingesessen, renommiert, großer Kundenstamm, i. e. mittelrhein. Großstadt, ganz oder gegen Beteiligung aus Altersgründen abzugeben.
Zuschr. u. Y 12 575 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Gebietsrepräsentanten
(Handelsvertreter) für den Vertrieb von EDV-Produkten gesucht.
Angeb. erb. u. Z 12 422 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Firmengründungen
weltweit – Steuerdomizile.
J. Richter, P.O. Box 50, CH-6825 Capolago

Telex-Nr. 857634 Tel. 0201/460024
DM 4,70 !
je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4 mal p.a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederwenigerstr. 49 – 43 ESSEN 15

Verlagsbeteiligung geboten
lukrativ, Einlage ab DM 100 000,–.
Angeb. u. V 12572 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Fliesenleger-Team übernimmt Verlegearbeiten in Keramik und Naturstein-Material als Sub-Unternehmer im Ausland.
Auslandserfahrung vorhanden.
Informationen:
Franz Pfisteirer, Leitzachstraße 34, 8200 Rosenheim

STELLENGESUCHE

Lebensmitteltechnologe
Dr.-Ing., 37 J., verh., Labor- und Projektleiter in ungek. Position, Lebensmittelindustrie
bietet: Erfahrungen, Kenntnisse der instr. Analytik (insb. GC, HPLC, GC-MS), Aromastoff-, Lebensmittel-, Umweltanalytik, Produktentwicklung, Sensorik.
sucht: neue, verantwortliche Stelle in der Lebensmittelindustrie. Rhein-Main-Gebiet, Hessen, Raum HH-HL, Hannover.
Angebote erbeten unter P 12 413 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Advertising/Public Relations
German executive with experience in Europe and U.S.A. looks for new challenge. Diversified international background in advertising, public relations, financial planning, analysis, sales promotions, royalty and licensing agreements.
Chiffre K 12 409 to WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsleiter
Technische Anlagen, Maschinen und Geräte, Mitte 40, sucht interessante Aufgabe im Innen- oder Außendienst. Langjährige Erfahrung in Organisation, Training und Großkunden-Betreuung.
Zuschriften unter M 12 543 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Singapur-Geschäftsführer
Deutscher, 40 Jahre, verheiratet, ausführl. Asienerfahrung, techn. und kaufm. Ausbildung, ungekündigt in Vertrieb von Maschinen und Anlagen, möchte sich verändern.
Zuschriften unter V 12550 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wer sucht im Großraum Hamburg/Hannover
VERTRAUENSPERSON
zur Durchführung von Spezialaufgaben (auch Beratertätigkeit oder Vermögensverwaltung), die Zuverlässigkeit, Geschick und Diskretion erfordern? Pens. Beamter im Leitenden Kriminaldienst = stabserfahren, erfüllt hohe Anforderungen.
Seriöse und aussagefähige Zuschriften unter S 12 569 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Marketingorientierter Vertriebsleiter
Dipl.-Brm. (TH), 45 J., verh., system. Berufsweg (Maschinen, Anlagenbau, Produktionsverf.), kaufm. geprägte techn. Führungskraft, langjährig erfolgreich tätig in leitender Position, gewandt im Umgang auf Führungsebene, Sprachen, sucht neue Aufgabe.
Angebote u. T 12 570 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kosten- und Leistungsrechnung/Controlling
Präziser und belastbarer Praktiker mit langjähriger Erfahrung im betrieblichen Rechnungswesen, 46 Jahre, Abitur, abgeschlossener kaufm. Lehre als Industriekaufmann und erstklassigen Fachkenntnissen in EDV-gesteuerter Kostenrechnung, möchte mithelfen, anspruchsvolle Probleme bei der Entwicklung neuer oder beim Ausbau vorhandener Informations- und Steuersysteme zu lösen.
Ich suche zum 1. 4. 1985 oder später im Raum Hamburg entsprechende Position.
Angeb. erb. unter K 12 563 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter für RGW-Länder
Mitte Vierzig, Ausbildung: Elektro-Maschinenbau-Meister, Service- und Product-Manager, seit 10 Jahren tätig als Service- und Verkaufsleiter.
Gesucht wird aus ungekündigter Position eine neue verantwortungsvolle Aufgabe im Export-Sektor. Bereitschaft zur intensiven Reisetätigkeit. Englisch-Kenntnisse vorhanden.
Angebote erbeten unter U 12 571 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erf. Hausangestellte
sucht ab sofort Stellung mit Kost und Logie.
Zuschr. u. A 12508 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Erfolgreicher Propagandist
sucht Stellung. Zuschriften erb. u. M 12 411 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bauingenieur, 27 J.
in ungek. Stellung, 2 J. Berufserf. i. mod. Schalungsbau sowie Kalkulat., Konstrukt. u. Bauablauf, Auslandserf., Fachengl., su. neu. Wirkungskreis.
Zuschr. u. PS 48 551 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Unabhängige Dame
übernimmt f. Reisegesellschaften unentgeltlich Reiseleitung.
Zuschr. u. U 12 549 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Deutsch-amerik. Geschäftsmann
US-Staatsbürger, z. Zt. in Deutschl. wohnhaft, bis zum Verkauf meiner Firma 16 J. selbst. Unternehmer in den USA. Suche Vertrauensstellung bei Firma m. Interessen od. Niederlassung in den USA.
Zuschr. u. W 12 551 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Außenhandelskfm.
41 J., 12 J. Leiter von Handelsniederlassung in Übersee, technisch versiert, ungekündigt, derzeit in der Bundesrepublik Deutschland, sucht neue herausfordernde Aufgaben im Außenhandel oder englisch-spr. Ausland.
Ang. u. PO 48 548 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Argentinien
Seit 30 J. in Argentinien lebender Hamburger Exportkaufmann sucht verantwortungsvolle Stellung in dort ansässiger oder einzurichtender deutscher Firma. Auch Übernahme von Vertretungen. Bis 23. Jan. in Deutschland.
Ang. u. R 12 568 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Staatl. gepr. Hauswirtschaftsleiterin
42 J., mit langjähriger Berufserfahrung (auch im Ausland), sucht geeignete Stelle. Spanisch u. Englisch.
Angebote an: E. Raju b. M. Pohle, Breitenbachplatz 16, 1000 Berlin 33

GERMANIST
45 Jahre, promoviert und habilitiert (Ältere deutsche Sprache und Literatur) sucht Stellung im außeruniversitären Bereich (Bibliothek, Volkshochschule, Redaktion, Verlag etc.). Örtlich nicht gebunden.
Angeb. u. G 12583 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ehem. polit. Häftling der „DDR",
Kfz-Meister, 43 J., mit langjähriger Erfahrung, sucht baldmöglichst Anstellung im Kfz-Gewerbe als Geselle mit Aufstiegsmöglichkeiten.
Tel. 0 64 32 – 49 61

TOP-FRAU
37, mit Niveau, sehr gut aussehend, flexibel, modebewußt, absolut vertrauenswürdig u. verschwiegen, sucht neuen Top-Wirkungskreis als Gesellschafterin, Begleiterin, od. Mode-Branche.
Zuschr. mit detaillierten Angaben u. Z 12 554 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Jg. dyn. Gemmologin
Diamantgutachterin, Einzelhandelskauffrau, Fremdspr.-Kenntn. vorh., sucht neuen Wirkungskr. a. d. Gebiet des Edelsteinhandels.
Angeb. erb. u. M 12 565 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dynamischer Verkäufer
für Spezialprodukte (Investitionsgüter und chemische Produkte), Dipl.-Kfm., 29 J., gute Referenzen, internationale Erfahrung, engl. Sprachkenntnisse, sucht nach zweijähriger Selbständigkeit ausbaufähige Anstellung.
Angeb. erb. u. N 12 368 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sekretärin/Assistentin
42 J., unabh., Engl., Span., langj. In- u. Auslandserf., in ungek. Stellung, sucht verantw. selbst. Tätigkeit, auch als Sachbearbeiterin.
Zuschr. erb. u. L 12 410 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Schiffsingenieur (FH)
Patent C 6, 35 J., verh., 1 Kind, regional ungebunden, Erf. im Schiffsmaschinenbetrieb auf Seeschiffen, Kesselhausbetrieb u. i. d. Instandhaltung gebäudetechn. Anl., Kenntn. Industriehydraulik/Pneumatik, praktisch veranlagt, gewohnt mit anzupacken, su. Tätigkeit in Industrie, Kraft- od. Wasserwerk, auch artfremde Tätigk.
Angebote bitte unter N 12 412 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STEUERSACHBEARBEITER, REVISIONSASSISTENT
Dipl.-Kfm., präd. Examen, 29 J., 1½ J. Berufserfharung, sucht zum 1. 4. 85 neue Stellung bei Stb/WP, Raum HH.
Ang. u. P 12 567 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Holzwirt
mit dreijähr. Erf. in Marketing/Vertrieb sucht Tätigkeit im Raum Norddeutschland.
Angeb. u. PP 48549 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

INGENIEUR
43 J., langjährige Erfahrung als Verkaufsdirektor im chem. Apparatebau, sucht neue verantwortungsvolle Position. Verhandlungssicher in Englisch und Italienisch; gute Französisch- u. Spanischkenntnisse.
Zuschr. u. N 12544 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Resident Manager Fernost
AHKFM, 30 J., mit solider kfm. Ausbildung, seit 1980 in ungekündigter, alleinverantwortlicher Führungsposition in Fernost, Englisch in Wort und Schrift, fließend Indonesisch/Malayisch, jahrelange Erfahrung in Betriebsführung und Organisation, spezielle Kenntnisse in Handel und Verschiffung, sucht leitende Position in Industrie/Handel mit Sitz in Fernost-Metropole.
Angeb. u. L 12564 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Wirtsch.-Ing.
Kapitän AG
u. gelernter Schiffahrtskaufm. sucht ab August 85 interessante Tätigkeit.
Angeb. u. F 12582 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

EDV-Kaufmann
Angebote oder Näheres bitte unter N 12 566 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kalkulator
46 J., Dipl.-Ing. FH f. Hoch- u. Tiefbau, ungek., su. neuen Wirkungskreis (auch andere Branchen) im Raum Hamburg.
Ang. u. D 12 580 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

STELLENANGEBOTE

incon GmbH — INDUSTRIE CONSULTING • TECHNISCHE ASSISTENZ

Herausforderung; Aufbauarbeit

Als bekanntes Dienstleistungsunternehmen in den Bereichen Planung, Konstruktion, Fertigung und Montage sind wir seit vielen Jahren erfolgreich für die deutsche Industrie im In- und Ausland tätig.

Unsere Marktchancen möchten wir in NRW (Dortmund, Essen, Duisburg) durch größere Marktanteile besser nutzen, konsequent wahrnehmen und ausbauen. Für die Neugründung dieser Geschäftsstelle als Profit-Center suchen wir Sie als

Niederlassungsleiter

- Auf- und Ausbau der Niederlassung durch Verkauf unserer Dienstleistungen und Kundenpflege;
- Markterschließung durch systematische und gezielte Akquisitions-Aktivitäten;
- Führung und Motivierung der Außendienst-Mitarbeiter sowie die wirtschaftliche Steuerung der Niederlassung

gehören zu Ihren Hauptaufgaben und Verantwortlichkeiten.

Von einem marktorientierten „Praktiker" aus dem maschinenbautechnischen Konstruktions- oder Fertigungsbereich mit Vertriebs- bzw. Akquisitionserfahrungen (30–40 Jahre alt) ist dieses Aufgabenprofil am besten zu erfüllen.

Leistungsgerechtes Einkommen inkl. Erfolgsbeteiligung, gesetzliche Sozialleistungen, Spesenvergütung und Firmen-Pkw entsprechen der Bedeutung dieser Position.

Ihre Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte mit Angabe Ihrer Einkommenserwartung und Verfügbarkeit z. Hd. Frau Winker an
incon GmbH, Goethestraße 29a, 5000 Köln 51 (Marienburg), ☎ 02 21 / 38 30 76



seeks qualified candidates for the post of Training Officer (P-4 level) in the Training and Fellowship Unit of the Research and Development Division of the United Nations Centre for Human Settlements (UNCHS). Women candidates are encouraged to apply.

Duty station: Nairobi, Kenya

Functions: Develops new concepts, techniques, policies and programmes for human settlements training of diverse target groups, by conducting research in the development of training materials and methodologies and by determining technical support measures needed in different regions to satisfy national and regional training needs. Plans, co-ordinates and directs human settlements training programmes in the United Nations system. Assists member governments of developing countries in the development and improvement of their training centres and in the training abroad of their nationals in the field of human settlements.

Qualifications: Advanced university degree in urban planning, civil engineering or architecture. Eight years' practical experience, at the national and international or bilateral level, in the field of human settlements, with emphasis on development of training programmes in developing countries. Fluency in English; knowledge of French and Spanish desirable.

Salary: Depending on qualifications and number of dependants, the minimum net base salary per annum is U. S. $ 25,671 with a post adjustment of $ 4,061 (as of November 1984).

Deadline for applications: 31 January 1985.

Please send detailed resume (including date of birth and nationality) to:
Professional Recruitment Service
Room 2485
United Nations Secretariat
New York, N. Y. 10017, USA

Verkaufsorientierter dynamischer
Verkaufsberater
für schlüsselfertiges Bauen gesucht.
Zuschr. u. P 12 545 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind ein im Sanitärbereich führendes, mittelständisches Unternehmen und suchen für den norddeutschen Raum einen verkaufserfahrenen, kontaktfreudigen und dynamischen

Außendienst-Mitarbeiter

im Alter von 30–40 Jahren, der gewillt ist, unsere hochwertigen Produkte und unser Haus beim Sanitär-Fachhandel erstklassig zu vertreten.

Unserem neuen Mitarbeiter, der seinen Wohnsitz möglichst im Großraum Bremen–Hamburg–Lübeck haben sollte, bieten wir eine sichere, ausbaufähige Position, neutralen Firmenwagen (gehobene Klasse) und zusätzliche soziale Leistungen.

Angebote unter S 12415 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Als Leiter Personalentwicklung

sind Sie gefordert, sich in einem innovativen Personalmanagement ständig mit den Mitarbeitern unseres Unternehmens und der Organisation sowie ihren Abläufen zu befassen.

Die von Ihnen zu gestaltenden Entwicklungsmaßnahmen sollen sicherstellen, daß sowohl der einzelne Mitarbeiter wie auch die verschiedenen Organisationsbereiche zukünftige Herausforderungen annehmen und möglichst eigenständig zu bewältigen lernen.

Diese Überlegungen gelten auch für die Berufsausbildung und für die innerbetriebliche Weiterbildung – zwei Schwerpunkte innerhalb der Gesamtaufgabe.

Nach Inhalt und Umfang der Funktion sind Sie in die Planungs- und Entscheidungsprozesse des Personalwesens unmittelbar und ständig einbezogen.

Den zukünftigen Positionsinhaber stellen wir uns so vor:

- Studium der Rechts-, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften
- im Anschluß an das Studium praktische Erfahrung in der Linie
- erste Führungserfahrungen
- spezifische Erfahrungen aus dem Personal-, womöglich auch dem Bildungsbereich
- Neigung und Fähigkeit, in gehobene Führungsaufgaben eines modernen Personalwesens hineinzuwachsen.

Wir sind ein zukunftsorientiertes Produktionsunternehmen südlich von Frankfurt mit über 3000 Mitarbeitern.

Wenn Sie sich für diese reizvolle und anspruchsvolle Aufgabe interessieren, dann senden Sie bitte Ihre Bewerbung mit tabellarischem Lebenslauf und Zeugniskopien an Herrn Dipl.-Psych. Uhlenbrock, tpm, Birkenallee 86, 8526 Bubenreuth. Er garantiert Ihnen persönlich das Einhalten von Sperrvermerken und informiert Sie gerne über weitere Einzelheiten.

tpm — Team für Psychologisches Management
Beratungsgesellschaft mbH
Birkenallee 86 · 8526 Bubenreuth b. Erlangen

Herzlich willkommen im Axel Springer Verlag!

WELT am SONNTAG

Die Redaktion unserer überregionalen Sonntagszeitung WELT am SONNTAG sucht dringend einen



Der Bewerber sollte eine umfassende grafische Ausbildung haben. Zum Beispiel Absolvent einer Kunsthochschule sein. Er muß ein erfahrener Zeitungslayouter sein. Der Bewerber muß in der Lage sein, nach den Informationen des redaktionellen Konzepts, schnell und sicher die Seiten (dem Stil von WELT am SONNTAG gemäß) zu gestalten.

Bitte schreiben Sie uns, wenn Sie das können. Richten Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen an die Chefredaktion von WELT am SONNTAG. Danke!



Axel Springer Verlag
Kaiser-Wilhelm-Straße 6, 2000 Hamburg 36

„Time“ widerruft Darstellung im Sharon-Prozeß

dpa, New York

Das US-Nachrichtenmagazin „Time“ hat in dem seit zwei Monaten laufenden Prozeß um die Verleumdungsklage des früheren israelischen Verteidigungsministers Ariel Sharon gegen das Magazin einen Passus des umstrittenen Berichts zurückgezogen. Sharon hat „Time“ wegen Rufschädigung auf Zahlung von 50 Millionen Dollar verklagt, weil ihm die Zeitschrift fälschlich unterstellt habe, er hätte von den geplanten Massakern *in den* Beiruter Palästinenser-Lagern Sabra und Schatila im Herbst 1982 gewußt, aber nichts dagegen unternommen. „Time“ widerrief die in seiner Reportage enthaltene Darstellung, ein geheimes Zusatzprotokoll zu dem israelischen Untersuchungsbericht enthalte Einzelheiten über einen Besuch Sharons bei den Führern der christlichen libanesischen Milizen am Vortage des Massakers. Israel hatte zugestanden, daß je ein Anwalt beider Prozeß-Parteien das Geheimdokument lesen dürfte. In der Sache aber hält „Time“ an seiner Darstellung fest, habe aber zu keiner Zeit gesagt, daß Sharon das Massaker gewollt oder die Falangisten dazu ermutigt habe.

Neves muß dämpfen: „Wunder sind nicht möglich“

WERNER THOMAS, Brasilia

Die Vision von der „Nova Republica“, von der neuen Republik, macht die Runde. Soziale Gerechtigkeit, regionale Gleichheit, Demokratie und Freiheit, kurz: Brasilien soll besser werden, vielleich sogar ein irdisches Paradies.

Tancredo Neves (74), der gestern zum Präsidenten der größten lateinamerikanischen Nation gewählt wurde, steht unter einem enormen Erwartungsdruck. Seine Popularität kennt keine Grenzen. Eine optimistische Stimmung beherrscht das Land. Mit seiner Amtszeit, die am 15. März beginnt, verbinden sich Hoffnungen, die sich sicher nicht alle erfüllen lassen. Neves, ein gschickter Taktiker, der über ein halbes Jahrhundert politischer Erfahrung verfügt, spielt noch mit versteckten Karten. Er schweigt und vermeidet große Versprechungen. *Er enttäuschte* aber auch bisher kaum einen Gesprächspartner, weil er selten Vorschläge und Anregungen ablehnte. „Gute Idee“, sagt er meistens.

Typisch ist die Reaktion auf ein programmatisches Dokument seiner „Partei der demokratischen Bewegung Brasilien“ (PMDB), 600 Seiten stark, „Die neue Republik“ betitelt, das die Marschrichtung der Neves-Regierung markieren sollte. Populi*stische Wirtschaftsmaßnamen wie* eine sechsmonatige Preiskontrolle für Lebensmittel und öffentliche Verkehrsmittel werden darin empfohlen. Neves begrüßte das Programm und betonte, er werde auch Empfehlungen „anderer demokratischer Kräfte“ berücksichtigen. So will die „Partei der Liberalen Front“ (PFL), der künftige Koalitionspartner, ebenfalls Richtlinien unterbreiten.

Tancredo Neves verdankt seine Präsidentschaft der Unterstützung eines breiten politischen Spektrums mit unterschiedlichen Interessen. Die Unternehmer und die Gewerkschaften stehen hinter ihm. Seine PMDB vereint Sozialisten und konservative Kreise. Die PFL, von dem Vizepräsidenten Aureliano Chaves geführt, ist durch eine Abspaltung von den – konservativen – Sozialdemokraten (PSD) *entstanden, der* bisherigen Regierungspartei. Der frühere PSD-Chef José Sarney, einst rechts ausgerichtet, dient nun Neves als Vizepräsident. Seit Wochen herrscht turbulentes Gerangel um hohe Posten: Viele Gruppen bitten um Belohnung.

Der lateinamerikanische Riese wird mit großer Wahrscheinlichkeit weiterhin die Verteidigung der Interessen der Dritten Welt, gleichzeitig aber auch die Kontakte zu den westlichen *Industrienationen pflegen.* Neves schätzt besonders die Bundesrepublik als zweitgrößtes Investitionsland (zehn Milliarden Dollar) nach den USA. Entschieden lehnt er die Forderungen linker Parteifreunde für ein einseitiges Schuldenmoratorium ab. Er schimpft nicht über die Multis von São Paulo. Er hält Distanz zu Kommunisten und beabsichtigt



vorerst *nicht die Aufnahme diplomatischer* Beziehungen zu Kuba. Das sei „ein Problem der nationalen Sicherheit“, erläuterte Neves. Mit anderen Worten: Das würden die Militärs nicht gern sehen.

Der neue Präsident plant umfassende institutionelle Veränderungen. Brasilien soll während seiner Amtszeit ein liberales Land werden. Eine neue Verfassung wird die Direktwahl des Präsidenten ermöglichen. Die Wünsche linker Gruppen, ein parlamentarisches System einzuführen, werden sich dagegen nicht erfüllen. Dafür dürften die Parteien und die Presse mehr Entfaltungsmöglichkeiten und größere Freiheiten erwarten.

Die schwierigste Herausforderung ist jedoch die *wirtschaftliche und soziale* Situation. Es gibt zwei Brasilien. Diese Nation fasziniert durch ihre Dynamik und ihren grenzenlosen Optimismus. Sie erweckt den Eindruck, daß ihr die Zukunft gehört. Nirgendwo Raketenangst oder Nullbockstimmung. Die Großstädte pulsieren. Die Industriekonzerne exportieren Computer und Panzer. Die brasilianischen Luftverkehrsgesellschaften fliegen mit dem Airbus und setzen bereits den modernsten Großraumvogel der Welt ein, die Boeing 767. Der gehobene Mittelstand lebt so gut wie in Westeuropa. *Ipanema* und *Leblon*, Stadtbezirke in Rio, zählen zu den exklusivsten Adressen, die man sich denken kann.

Ein Blick auf die Berge der malerischen Zuckerhut-Metropole illustriert jedoch auch die Probleme: Wie Bienenwaben kleben die Favelas an den Abhängen, die schäbigen Holz- und Blechhütten der vorwiegend dunkelhäutigen Slumbevölkerung. 308 000 Kinder sind letztes Jahr laut Unicef-Statistik an Hunger und Krankheit gestorben. Von den 130 Millionen Brasilianern stehen 90 bis 100 Millionen außerhalb des Wirtschaftsprozesses. Fünf Prozent der Bevölkerung besitzen 80 Prozent des Reichtums. Zwei Drittel der Brasilia*ner können nicht ausreichend lesen* und schreiben, obgleich die offizielle Schätzung der Analphabetenziffer nur 40 Prozent beträgt.

Tancredo Neves hat sich zum Ziel gesetzt, diese tiefe soziale Kluft zu überbrücken und besonders den Ar*mutsgebieten des Nordostens* zu helfen. Dafür braucht er eine florierende Wirtschaft. Glück für den neuen Präsidenten, daß es wieder aufwärts geht nach den Rezessionsjahren 1982 und 1983. Die Wirtschaft ist zum Wachstum zurückgekehrt, vier Prozent im vergangenen Jahr. 1984 wurde ein Handelsbilanzüberschuß von 13 Milliarden Dollar verbucht, ein Rekord. Dagegen rast die Inflation. In den ersten zehn Januar-Tagen stiegen die Lebenshaltungskosten schon um 6,9 Prozent, fast argentinische Ausmaße.

Gelegentlich erinnern die Mahner der Medien daran, daß der ehemalige Präsident Getulio Vargas einst auch ein besseres Brasilien schaffen wollte, den „Novo Estado“, den neuen Staat, und daß Janio Quadros 1960 als einer der populärsten Präsidenten die Führung des Landes übernommen hatte und bereits ein Jahr später wieder abdankte. Selbst Neves dämpft nun die Hoffnungen: „Wunder sind nicht möglich.“ (SAD)

Papst könnte in Mittelamerika vermitteln

AFP, Caracas

Die Vermittlung von Papst Johannes Paul II. „könnte in dem schwierigen Mittelamerika-Konflikt Anwendung finden“, erklärte in Caracas der venezolanische Außenminister Isidro Morales Paul. Gelegenheit zu Gesprächen einer päpstlichen Vermittlung bietet der bevorstehende Mittelamerika-Besuch von Johannes Paul II., der am 26. Januar in Venezuela beginnt. Der Wunsch nach einer derarti*gen Initiative des Papstes war* am vergangenen Sonntag von der salvadorianischen Kirche ausgesprochen worden, die zwischen der Regierung Duarte und der linken Guerrilla vermittelt. Bei der Suche nach Frieden in Mittelamerika dürfte keine Möglichkeit ausgeschlossen werden, betonte Außenminister Morales. Auf die Frage, ob der Vatikan als Vermittler die Contadora-Gruppe ersetzen könne, die sich seit zwei Jahren um eine politische Lösung bemüht, meinte der Minister, die Arbeit der Contadora-Gruppe und eventuelle Friedensbemühungen des Vatikans seien als komplementär zu betrachten, die Kirche könne aber nicht an die Stelle von Contadora treten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der Deutschlandfunk

Sehr geehrte Herren,

in einem Leserbrief an die WELT in der Ausgabe vom 10. Januar nimmt Herr Paul O. Vogel. Mitglied des Rundfunkrats des Deutschlandfunks. zu Ausführungen des Staatssekretärs Professor W. Schreckenberger in einem WELT-Gespräch vom 21. 12. 1984 über die Medienpolitik der Bundesregierung Stellung. Er hält Herrn Schreckenberger vor, das „Gesetz über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts" vom 29. November 1960 nicht zu kennen bzw. falsch auszulegen.

Ich kenne Herrn Professor Schreckenberger nicht persönlich, bin daher auch nicht legitimiert, seine Ausführungen zu interpretieren. Aus der Tatsache, daß ich in langen Jahren an der Vorbereitung dieses Gesetzes mitgearbeitet habe. daß ich fünf Jahre Vorsitzender des Verwaltungsrats und sechs Jahre Intendant des DLF war, hoffe ich aber eine Legitimation für einige Bemerkungen zu dem Brief des Herrn Vogel herleiten zu dürfen.

Herr Vogel zitiert zwar den Gesetzestext richtig, berücksichtigt aber nicht die Motivation der Bundesregierung, des Bundestags und des Bundesrats bei der Beratung und Verabschiedung des Gesetzes. Es war zu jeder Zeit klar, daß, wie Herr Schreckenberger es fordert, der DLF sich „in erster Linie an die Menschen in Mitteldeutschland richten soll" und daß er sich „in Programmgestaltung und Inhalten" nicht wie „eine x-beliebige Landesrundfunkanstalt" verhalten soll.

Gerade auch von der damals in der Opposition stehenden SPD wurde in den Beratungen als vordringliche Aufgabe die Information der Menschen in der „DDR" herausgestellt, der DLF als der „gesamtdeutsche Sender", ja als der „Wiedervereinigungssender" bezeichnet. Um die damalige Aufstellung der Aufgaben auf eine einfache Formel zu bringen: Der DLF sollte die Menschen in der „DDR" über Leben und Vorgänge in der Bundesrepublik Deutschland und die Menschen in der Bundesrepublik über Leben und Vorgänge in der „DDR" möglichst umfassend informieren. Darüber hinaus war unstrittig, daß der gesamtdeutsche Auftrag durch Ausstrahlung fremdsprachiger Sendungen für die europäischen Staaten über die Ereignisse in ganz Deutschland erfüllt werden sollte.

Dieser Auftrag des DLF ist im Lauf der Jahre nicht unwichtiger geworden, im Gegenteil: Die langfristigen Perspektiven der „deutschen Frage" machen ihn nur noch wichtiger.

Leider mußte der aufmerksame Hörer des DLF in den vergangenen Jahren feststellen, daß der DLF in weiten Programmbereichen seines deutschsprachigen Teils von seiner ursprünglichen Konzeption abgewichen ist und immer mehr den Verneinungstendenzen mancher Hörfunkprogramme von Landesrundfunkanstalten entsprach. Die bedauerlichen Hörerverluste gehen nicht in erster Linie auf fehlende UKW-Frequenzen zurück, sondern, wie ich aus vielen Mitteilungen weiß, auf Enttäuschung gerade der Menschen in der „DDR" über den veränderten Programminhalt. Diese wollen nicht ständig hören, für wie miserabel die Redakteure die Verhältnisse in der Bundesrepublik halten.

Was Herr Vogel den „kritischen Blick" auf die Bundesregierung nennt, beherrscht seit dem Regierungswechsel viele Teile des politischen, aber auch des kulturellen Programms. Von der Bezeichnung der Bundesrepublik als „Bananenrepublik" im Oktober 1982 bis zu dem Reisebericht eines Redakteurs zu Weihnachten 1984 aus Mitteldeutschland mit der Feststellung, daß die Menschen dort angeblich tief enttäuscht über die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Kohl seien, besteht eine bemerkenswerte Kontinuität. Dazu kommt dann noch das übliche Quantum an Antiamerikanismus. Abkehr von der Linkslastigkeit und Rückkehr zu mehr Ausgewogenheit des Programms im politischen und kulturellen Bereich erscheint mir vordringlicher für die Wiedergewinnung der verlorenen Hörer als die sicher auch wünschenswerte technische Verbesserung der Programmausstrahlung.

Mit freundlichen Grüßen
Franz Thedieck,
Bonn 1

Tierversuche

Sehr geehrte Herren,

lassen Sie mich zu „Tierversuche" Stellung nehmen.

Der kleine Unterschied: Eine Maus ist kein Mensch! Strychnin, ein für Menschen absolut tödliches Gift, können Affen und Meerschweinchen in sehr hohen Dosen vertragen. Hühner sogar noch eine zehnfache Dosis.

Atropin aus der Tollkirsche tötet Menschen bereits in Mengen von ein bis zwei Milligramm, bei Affen wirkt es nur schwach, ebenso bei Pferden und Eseln. Kaninchen, Ratten und Tauben können das Gift gut vertragen.

Schierling tötet Menschen, wird aber von Pferden, Ziegen und Schafen ohne jeglichen Schaden gefressen. Sogar Mäuse können, ohne Schaden zu nehmen, daran knabbern.

Skopolamin führt schon in geringen Mengen beim Menschen zu schweren Vergiftungen. Hunde und Katzen vertragen bis zur hundertfachen Menge davon, ohne auch nur die geringsten Vergiftungserscheinungen zu zeigen.

Opium schadet Hühnern, Tauben und Eulen nur in sehr großen Dosen. Mutterkorn, für Menschen ebenfalls ein Gift, vertragen Kaninchen bestens, Hunde dagegen ganz und gar nicht.

Methylalkohol kann Menschen blind machen, für die Tiere ist er offenbar harmlos.

Griseofulvin bewirkt bei Mäusen Lebergeschwülste, Dextran ist für Ratten ein tödliches Gift, für den Menschen sind beide Stoffe ungefährlich.

Die chemische Substanz Chlorpromazin verursacht beim Menschen Leberschäden, das Breitbandantibiotikum Chloramphenicol schädigt das Knochenmark, bei Tieren können auch mit hohen Dosen diese Symptome nicht erzeugt werden.

Rufen wir uns doch einmal in Erinnerung, was der Kliniker Hans Much 1933 in seinem Vorwort zu einem Buch über Tierversuche geschrieben hat. Seine ein halbes Jahrhundert alten Aussagen sind heute noch oder wieder so aktuell, daß sie wenigstens in Auszügen wiedergegeben werden sollen:

„Die Tierversuche der Medizin und anderer Wissenschaften sind zu fünf Prozent gerechtfertigt, wenn man auch noch an dem absoluten Wert ihres Nutzens zweifeln kann. Zu 50 Prozent sind sie erbärmliche Schinderei lebender Tiere, bloß damit den Studenten banale Tatsachen gezeigt werden, die ebensogut durch Referat oder noch besser durch Foto darzustellen sind. 45 Prozent sind ferner Unfug und belanglos."

Dem ist, so meine ich, nichts hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Manfred Köhnlechner,
Grünwald b. München

Theorien und die Praxis

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Ausgabe DIE WELT vom 4. Januar findet sich ein Leserbrief von Herrn B. Walter, Hamburg 73, der zum Thema „Krankenkosten?" seine Meinung kundtut, die vielleicht doch in einigen Punkten korrigiert werden darf:

● Eine „Solidargemeinschaft der Pflichtversicherten" gibt es praktisch nicht. Es ist hier nicht der Ort, über den Begriff der „Solidarität" zu diskutieren; was die Praxis hervorgebracht hat, ist ein „moral hazard", das kostentreibend wirkt.

● Der Eindruck, daß der Arzt „... alle Geräte und Therapiemöglichkeiten seiner Praxis bis zur Kapazitätsgrenze ausnutzt ...", ist sicherlich ein sehr subjektiver Eindruck. Der Kassenarzt unterliegt strengen Wirtschaftlichkeitsbestimmungen und -überprüfungen, so daß die vollständige Auslastung vorkommen kann, aber bestimmt nicht die Regel ist.

● Der Klage darüber, daß einzelne Ärzte den Patienten über Behandlungsmöglichkeiten im unklaren lassen, ist leicht abzuhelfen: Wenn der Patient gezielt fragt und der Arzt keine verständliche Auskunft gibt, kann man getrost den Doktor wechseln. Das Recht steht jedem Patienten zu.

● Ein schwierigeres Problem ist die Herausgabe von Röntgenbildern und -befunden etc. an den Patienten, der einen anderen Arzt, aus welchen Gründen auch immer, aufsucht. Für den neuen Arzt ist es kein Problem, vom vorbehandelnden die Unterlagen anzufordern. Das hat noch nie Schwierigkeiten bereitet.

● Der Wunsch nach Listen, auf denen Ärzte mit speziellen Kenntnissen aufgeführt werden, ist schon seit Jahren erfüllt: Der Patient kann sich an die jeweils zuständige Ärztekammer oder an die Geschäftsstelle der Krankenkasse wenden, die gerne diesen Wunsch erfüllen werden.

● Die immer noch zu hörende Klage über die „Drei-Minuten-Medizin" ist nun wirklich nicht mehr akzeptabel. Es gibt genügend Ärzte, die ausreichend Zeit für den Patienten haben, wenn dieser sich der Mühe unterzieht, einen entsprechenden Arzt auch auszusuchen.

● Der Leserbrief-Schreiber wehrt sich dagegen, daß „... dem Patienten nicht immer in die Tasche ..." gegriffen wird. Hierzu folgendes interessantes Zahlenmaterial: Ein von einigen Ortskrankenkassen 1975 durchgeführtes Transparenzobjekt ergab, daß 18 Prozent der Versicherten in einem Jahr 72,4 Prozent der erfaßten Leistungskosten verursachten; d. h., 82 Prozent aller Versicherten bewirkten nur 27,6 Prozent der erfaßten Leistungskosten. Vielleicht sollte man sich intensiver um diese 18 Prozent der Leistungskosten-Verursacher kümmern.

● Noch etwas möchte ich dazu sagen: Gemäß Leistungsausweis der gesetzlichen Krankenversicherung wurden für kassenärztliche ambulante Behandlung je Mitglied, einschließlich mitversicherter Ehefrau und Kinder, im Jahre 1982 exakt 389,00 DM ausgegeben oder 1,10 DM pro Tag, d. h. etwa 4 Zigaretten.

Hochachtungsvoll
Dr. med. H. Gießwein,
Bobenheim-Roxheim

Vorverurteilt?

„Präsident Reagan warnt vor Selbstjustiz": WELT vom 11. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin begeisterter, aber auch kritischer Leser Ihrer Zeitung, weil ich nicht nur Ihre politische Meinung, sondern vor allem auch Ihre verständliche und treffende Sprache schätze. (Die Artikel von Matthias Walden vermisse ich sehr.)

Deswegen möchte ich einige Worte zu dem oben genannten Artikel sagen, der in zwei Punkten nicht treffend, sogar in gewisser Weise vorverurteilend ist.

Mich stören die Formulierungen „Selbstjustiz" und „... steht unter Anklage versuchten Mordes", die auch, wenn sie so von Präsident Reagan gebraucht worden sind, dadurch nicht besser werden.

Selbstjustiz war das Niederschießen eines Angeklagten im Gerichtssaal, uns allen aus jüngster Vergangenheit bekannt. In diesem Falle Goetz aber liegt doch wohl Notwehr, allenfalls putative Notwehr, keineswegs aber Mord vor, der immer niedrige Beweggründe voraussetzt.

Im übrigen zeigt die Aussage des Präsidenten im zweiten Absatz des Artikels, daß er keineswegs der „Revolverschwinger" ist, als den ihn eine interessierte Presse gerne darstellt.

Mit freundlichen Grüßen
F. W. Happe,
Kappeln

Wort des Tages

„Der Mensch ist offenbar zum Denken geschaffen, das ist seine ganze Würde und sein ganzes Verdienst; und es ist seine ganze Pflicht, richtig zu denken. Nun, die Ordnung des Denkens fordert, daß man mit sich selbst beginnt, und zwar sowohl mit seinem Schöpfer als auch mit seinem Ende."

Blaise Pascal; französischer Philosoph und Mathematiker (1623–1662)

Arbeit als Ware

Ständig liest man Klagen über die Arbeitslosigkeit. Aber warum sagt eigentlich niemand die Wahrheit? Die Wahrheit ist, daß wir gar keine Arbeitslosen haben, sondern nur eine Überteuerung der Arbeitskraft, da diese vielfach kaum noch erschwinglich ist. Würde die Arbeitskraft billiger werden, so wären die Arbeitslosen weg wie Schnee in der Sonne.

Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, ob es schön ist oder nicht, ob es gut ist oder schlecht – es ist nun einmal eine Tatsache, daß die Arbeit eine Ware ist.

Wenn bei einem Kaufmann die Regale voll Ware sind, setzt er die Preise herab, und das Lager wird leer. Bei der Arbeit aber wird die Ware „Arbeit" durch Institutionen, die nichts von der Wirtschaft verstehen, immer mehr verteuert. Aber nicht nur die Löhne und Gehälter sind zu hoch, sondern auch die durch den sozialen „Klimbim" notwendigen Nebenabgaben sind bald so hoch wie die Entgelte selbst.

Es ist ein Denkfehler der Gewerkschaften, daß man die Ware „Arbeit" ohne schlimme Folgen für den Absatz dieser Ware uferlos jedes Jahr verteuern kann. Die ständige Verteuerung ist allein die Ursache der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitsstunde kostet heute in der deutschen Werftindustrie 58, in Japan 24 und in Korea 8 DM. Nach der optischen und fotografischen Industrie geht jetzt auch die deutsche Werftindustrie kaputt.

Senkt endlich die Löhne und Gehälter oder laßt sie zumindest nicht weiter durch ständige offene oder heimliche Erhöhungen, wie die 38,5-Stunden-Woche, steigen, dann wird die Zahl der Arbeitslosen schnell kleiner werden.

In Amerika wurden allgemein die Löhne und Gehälter um durchschnittlich etwa 10 Prozent gesenkt. Der Erfolg war, daß in kurzer Zeit 6,5 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Zehntausende Betriebe und Firmen, ja auch Haushalte, würden auch bei uns sofort Arbeitskräfte einstellen, wenn, ja wenn sie bezahlbar wären.

H. Denckler,
Gerabronn

Personalien

GEBURTSTAG

Der emeritierte Professor Dr.-Ing. **Bruno Hille** feiert am Freitag in Aachen seinen 75. Geburtstag. Hille, gebürtiger Berliner, studierte an der Technischen Hochschule Berlin, wo er auch promovierte. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er zunächst in der Bauindustrie tätig, bis er 1953 als Oberingenieur an die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule in Aachen kam. Als Dozent und Baurat lehrte Bruno Hille ab 1958 an der Staatlichen Ingenieurschule für Bauwesen in Aachen. Von 1963 bis 1967 war er Vertreter des Direktors an der Staatlichen Ingenieurschule für Bauwesen in Siegen. 1967 kehrte er nach Aachen zurück und wurde Leiter der Ingenieurschule. Bis 1983 hatte er eine Professur an der Fachhochschule Aachen im Fachbereich Bauingenieurwesen und bis Ende vorigen Jahres einen Lehrauftrag als Honorarprofessor der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Noch heute ist er aktiv als Vorsitzender des Vereins Deutscher Ingenieure in der Region West.

AUSZEICHNUNGEN

Dr. **Ferdinand Oertel**, Chefredakteur der Zeitschrift „Leben und Erziehen" und langjähriger Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse (AKP), ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Bei der Übergabe der Auszeichnung in Aachen betonte der Oberbürgermeister von Aachen, **Kurt Malangré**, Oertel habe als katholischer Publizist Maßgebliches geleistet.

*

Der langjährige Leiter der Verbindungsstelle Bonn des Bundesrechnungshofes, Ministerialrat Dr. **Helmut Scheidt** (55), ist mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Scheidt, gebürtiger Nordrhein-Westfale, ist seit mehr als zwölf Jahren der ständige Vertreter des Bundesrechnungshofes in den Sitzungen des Haushaltsausschusses. Er hat hierbei entscheidend zur Kontinuität der Verbindung zwischen Parlament und Bundesrechnungshof beigetragen.

KIRCHE

Bischof Dr. **Klaus Hemmerle** hat Offizial Prälat **August Peters** als Nachfolger von Prälat Professor **Erich Stephany** zum Residierenden Domkapitular in Aachen ernannt. Peters, 1936 in Kaldenkirchen geboren, studierte in Bonn und Freiburg und wurde 1961 in Aachen zum Priester geweiht. Nach Kirchenrechtsstudien in Rom wurde er 1970 Prosynodalrichter am Bischöflichen Offizialat, 1976 Leiter der Abteilung Kirchliches Recht im Aachener Generalvikariat und 1979 Bischöflicher Offizial. 1982 wurde er zum Päpstlichen Ehrenprälat ernannt. 1982 erfolgte die Ernennung zum Diözesandirektor des Päpstlichen Missionswerkes der Kinder in Deutschland im Bistum Aachen. Erich Stephany hatte aus gesundheitlichen Gründen auf sein Amt verzichtet. Die Amtseinführung des neuen Domkapitulars wird am Sonntag den 24. Februar stattfinden. Der Gottesdienst gilt als Dankamt für Prälat Stephany, der am 16. März sein goldenes Priesterjubiläum feiert.

VERÄNDERUNGEN

Nach fast 40jähriger Kammertätigkeit ist der bisherige Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Hannover-Hildesheim, **Franz-Hubert Hädicke** (65), in den Ruhestand verabschiedet worden. Während des Neujahrsempfanges der Industrie- und Handelskammer in der Stadthalle von Hannover erhielt Hädicke aus der Hand der niedersächsischen Wirtschaftsministerin **Birgit Breuel** das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Zu seinem Nachfolger haben Präsidium und Vollversammlung der Kammer den 38jährigen **Wilfried Prewo** berufen. Der gebürtige Stuttgarter lehrte nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt am Main und Baltimore von 1974 bis 1978 an der University of Texas in Austin. Danach leitete er am Kieler Institut für Weltwirtschaft die Forschungsgruppe „Technologie und Wachstum".

*

Die stellvertretenden Chefredakteure **Willi Schmitt** (41) und **Holger Diezemann** (42) verlassen auf eigenen Wunsch die „Bild"-Zeitung. Neuer stellvertretender Chefredakteur bei „Bild" wird **Thomas Leichsenring** (40), nach wie vor Ressortchef Nachrichten der „Bild"-Zeitung. Außerdem tritt **Franz Josef Wagner**, bisher freier Journalist, in die Chefredaktion der „Bild" ein. **Hans Rosema** (38), Chef vom Dienst bei „Bild", wird zusätzlich stellvertretender Chefredakteur bei „Bild der Frau".

Jeder will einmal an Bord gewesen sein: Die amerikanische Serie „Love Boat"

Noch ein Traumschiff auf Erfolgskurs

Ein Luxusliner stellte seine Kreuzfahrten ein, dafür stach ein anderer gleich anschließend in See: Am 1. Januar verabschiedeten gut 25 Millionen Fernsehzuschauer ihren Lieblingskahn, das „Traumschiff". Doch wer bereits am Kabel hängt, der konnte tags darauf bereits via SAT 1 mit dem „Love Boat" weiterschippern. Ohne befürchten zu müssen, daß die wellenbewegten Urlaubstage nach zwölf Folgen, wie beim „Traumschiff", abrupt zu Ende gehen.

Einhundert mal 48 Minuten lang können SAT-1-Empfänger das amerikanische Liebesboot als Vehikel für

Love Boat – SAT 1, 20.30 Uhr

ihr Fernweh benutzen, jeweils mittwochs um 20.30 Uhr. Die einzelnen Folgen der Mammutserie – in den USA wurden mittlerweile 180 produziert – sind in sich abgeschlossen. Und fast durchweg mit Top-Gaststars von Film und Fernsehen besetzt: Zsazsa Gabor, Olivia de Havilland, Ginger Rogers, Lorne Greene, Ron Ely oder Britt Eklund. Auch die Mitglieder des Dallas- und Denver-Clans schmücken die Passagierliste. Wer international einen Namen hat, muß eben einmal an Bord gewesen sein.

Nur die Crew wechselt nicht: Neben Kapitän Merrill Stubing, einem außergewöhnlich menschlichen Vorgesetzten mit Halbglatze, gibt es die frischgewaschene Stewardess Julie, ihre Kollegen Isaac und Gopher, den smarten Schiffsarzt und Vicki, die Tochter des Käptns. Sie stößt allerdings erst in späteren Folgen zur Mannschaft.

Die Darsteller der Stamm-Besatzung kennt in Amerika inzwischen jedes Kind. Kein Wunder. „Love Boat" läuft seit 1977 (immer samstags um 21.00 Uhr) über die Bildschirme und gehörte jahrelang zu den zehn meistgesehenen Sendungen. Mittlerweile hat die Attraktion der Kreuzfahrerei doch abgenommen. In dürren Zahlen: Das Liebesschiff ist auf Platz 26 der TV-Hitliste in den Vereinigten Staaten gesunken.



Vorgesetzter mit menschlichen Qualitäten: Gavin MacLeod als Kapitän Stubing FOTO: DIE WELT

Bei SAT 1 aber als Programmbeitrag des Axel Springer Fernsehens gerade erst vom Stapel gelaufen, wird es – soviel scheint sicher – lange Zeit auf Erfolgskurs steuern. Wozu gewiß die Qualität der deutschen Synchronisation wesentlich beiträgt. So hat man beispielsweise die amerikanische Unart, Szenen regelmäßig mit Lachsalven zu unterlegen, strikt vermieden. (Die Deutschen bilden darin übrigens eine einsame Ausnahme. Italiener und Franzosen haben sich an den Kunst-Lachern nicht gestört.) Synchronisiert wurde, so der zuständige Redakteur, nach der Devise: „Wir machen Komödie, keine Klamotte".

„Love Boat" kann nicht nur den Superlativ beanspruchen, die weltweit am längsten laufende Fernsehserie zu sein. Mit rund einer Million Dollar, die jede Folge den amerikanischen Produzenten kostet, dürfte sie auch eine der teuersten sein.

BRIGITTE HELFER

KRITIK

Einer Tragödie auf der Spur

Daß die Kunst in Ungarn über einen beträchtlichen Spielraum verfügt, dürfte inzwischen bekannt sein. Daß er jedoch so groß ist, wie der ungarische Spielfilm **Der andere Blick** geradezu atemberaubend beweist, hat wohl selbst den Informiertesten überrascht. Alle historischen, ideologischen und zwischenmenschlichen Tabus, die man sich für ein Land des real existierenden Sozialismus nur denken kann, streifte dieser Film nicht bloß, er machte sie zum zentralen Dreh- und Angelpunkt des Szenarios: der Aufstand von 1956, die brutale Verfolgung politisch Andersdenkender, Verlogenheit der Presse, das System der Bespitzelung und Erpressung, die Erschießung einer nach Jugoslawien Flüchtenden durch Grenzsoldaten.

Die Erschossene ist die Hauptfigur des Films, der in Rückblenden das kurze Leben einer mutigen Journalistin zeigt, die nicht bereit ist, der Lüge zu dienen. Ihre Reportagen werden deshalb nicht oder nur zensiert gedruckt. Eva verliert aus diesem Grund ihre Jobs oder kündigt selbst. Mit der gleichen Radikalität verteidigt sie ihr sexuelles Anderssein, ihre Liebe zur Kollegin Livia, die der eifersüchtige Ehemann zum Krüppel schießt. Am Ende bleibt Eva nur der Fluchtversuch nach Jugoslawien.

Dieser Film klagt pausenlos an, selbst noch in den verhaltensten Szenen und zärtlichsten Dialogen, die allesamt von einem blauen, kalten Winterlicht beherrscht werden. So wird er zu einem ästhetisch gültigen und ethisch überzeugenden Stück Vergangenheitsbewältigung ungarischer Künstler, das Hoffnung macht, gerade weil es so konsequent einer epochalen Tragödie auf der Spur bleibt.

ULRICH SCHACHT

Mal steht Herr K., mal sitzt er

Der Begründer der abstrakten Kunst und einer der wichtigsten Künstler der Moderne, **Wassily Kandinsky**, hat derzeit noch im Centre Pompidou in Paris eine große Retrospektive. Daß das ZDF zeitlich dazu noch einigermaßen passend einen Film über den Künstler ausstrahlte, war grundsätzlich lobenswert. Weniger erfreulich allerdings war die Art und Weise der Annäherung an sein Werk: Peter Kollek spielte Kandinsky und sprach über sich – wobei der Autorin Georgia van der Rohe nichts Besseres einfiel, als Herrn K. mal sitzen, mal stehen, mal umherwandern zu lassen.

Zur Verlebendigung gedacht, schläferten die „Spielszenen" eher ein. Auch das ganz selten dazwischengeschnittene Archivmaterial hielt den Zuschauer kaum wach. Vollends ermüdend war die Präsentation der Werke Kandinskys. Zu Kommentaren aus seinen Schriften fuhr die Kamera in Nahaufnahme auf den Bildern hin und her. Die Gesamtansichten der Bilder waren gerade so lange zu sehen, daß man meine, sie gesehen zu haben, aber sie wurden zu kurz gezeigt, um visuell etwas damit anfangen zu können. Nichts über Kandinskys Bedeutung für die Entwicklung der Moderne, keine Vergleiche, keine Analysen. Armer Kandinsky!

GERHARD CHARLES RUMP

ARD



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 **heute**
10.03 **Eine phantastische Geschichte**
11.45 **Auf dem falschen Dampfer?**
12.10 **Report**
12.55 **Presseschau**
13.00 **heute**

ARD

16.00 **Tagesschau**
16.10 **Festival**
Preisgekrönte Industriefilme 1984
16.55 **Lemmi und die Schmöker**
17.25 **Kein Tag wie jeder andere**
Die Jagd nach dem Bunyip (1)
17.50 **Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Die Sehnsucht der Veronika Voss**
Drehbuch: Peter Märthesheimer und Pea Fröhlich
Mit Rosel Zech, Hilmar Thate, Cornelia Froboess u. a.
Regie: Rainer Werner Fassbinder
In München, Mitte der 50er Jahre, macht der Sportreporter Robert Krohn die Bekanntschaft des ehemaligen Ufa-Stars Veronika Voss. Die geheimnisvolle und schöne Frau fasziniert ihn, und er möchte sie wiedersehen. Auf der Suche nach ihr macht Krohn eine ungewöhnliche Entdeckung ...
22.00 **Brennpunkt**
Befreiung oder Katastrophe? Der Streit um den 40. Jahrestag der Kapitulation
23.20 **Tagesthemen**
23.00 **Einsatz in Manhattan**
Ein entscheidender Fehler
23.45 **Tagesschau**

ZDF

16.00 **heute**
16.04 **Anderland**
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 **Mickys Trickparade**
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
17.55 **Von Wölfen gejagt**
dazw.: heute-Schlagzeilen
18.55 **mittwochslotto – 7 aus 38**
19.00 **heute**
19.30 **Direkt**
20.15 **Kennzeichen D**
Handel mit dem großen Bruder – Wirtschaftsbeziehungen zwischen „DDR" und UdSSR 40 Jahre nach dem Krieg / Menschenversuche: Arzneimitteltests in der Bundesrepublik / Interview mit Konsistorialpräsident Manfred Stolpe zur Situation der Kirche in der „DDR" / Ausstellung deutscher und sowjetischer Künstler in Berlin / Werner Schneyder und Dieter Hildebrandt in Leipzig
Moderation: Dirk Sager
21.00 **Der Denver-Clan**
21.45 **heute-journal**
22.05 **Tutu – Bischof oder Politiker?**
22.35 **Das kleine Fernsehspiel**
Die Liebesforscherin
Von Annelie Runge
0.00 **heute**

SAT 1

13.30 **Solid Gold**
(amerikanische Hitparade)
14.00 **Die Waltons**
Das Fahrrad
15.00 **Indian River**
Die Biber
15.30 **Musicbox**
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 **Perrine**
Frankreich ... Frankreich
17.00 **Mastodon, weißer ORYX und Schicksalsgenossen**
Dokumentarfilm
18.00 **Es darf gelacht werden**
Das listige Mäuslein
oder Regionalprogramm
18.30 **APF blick:**
Nachrichten und Quiz
18.45 **Zahlen und Buchstaben**
19.10 **Sport-Report**
Personen und Hintergründe
Moderation: Peter Glauche
Mit dem Fernseh-Skatturnier der „Bildwoche" – 3. Runde
Diese Ausgabe von Sport-Report wird sich voraussichtlich mit den Bob-Weltmeisterschaften in Cervinia beschäftigen.
19.35 **Kein Pardon für Schutzengel**
Eine Krimiserie von John Goldsmith
Fluchthilfe
20.00 **Melodien für Millionen**
Heute: Opern-Gala
20.30 **Love Boat**
3. Folge
21.30 **APF blick:**
Aktuell
Rundblick
Sport und Wetter
22.15 **Ein irres Klassentreffen**
Ital. Spielfilm (1975)
Mit Ugo Tognazzi, Philippe Noiret, Gastone Moschin u. a.
Regie: Mario Monicelli
0.00 **APF blick:**
Letzte Nachrichten

III.

WEST

18.30 **Sesamstraße**
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Bürgerforum**
Polizei – ohne Freund und Helfer?
21.45 **off-off**
Freizeit und Fitneß
22.30 **Abrechnung in Coroner Creek**
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Mit Randolph Scott u. a.
Regie: Ray Enright
23.55 **Letzte Nachrichten**

NORD

18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Avanti! Avanti! (15)**
19.00 **Auskunft (2)**
Nicht zum alten Eisen
19.30 **Landwirtschaft aktuell**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **extra drei**
21.00 **China – das Reich der Mitte**
21.45 **Nächtlicher Regen in den Bergen von Sichuan**
23.05 **Adolf Muschg: Literatur und Psychologie**
Gespräch mit Manfred Dierks
23.45 **Nachrichten**

HESSEN

18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Streifzüge durch die Natur**
Als Tonjäger im Vogelparadies
18.55 **Hesswest**
19.05 **Was tun mit der Zeit**
19.45 **Herrchen gesucht**
20.15 **Stadtgespräch**
21.30 **Drei aktuell**
22.00 **... wie das Salz in der Suppe**
Englischer Fernsehfilm

SÜDWEST

19.25 **Nachrichten**
19.40 **45 Fieber**
Jugendmagazin aus Berlin
20.15 **Reisewege zur Kunst**
England – Somerset-Dorset
21.00 **Madame de ...**
Franz.-Ital. Spielfilm (1953)
Mit Charles Boyer, Danielle Darrieux, Vittorio de Sica
Regie: Max Ophüls
22.35 **Gärten in England**
2. Folge: Erste Muster für Lustgärten (1660–1725)
23.05 **Nachrichten**

BAYERN

18.15 **Bilderbogen der Abendschau**
18.45 **Rundschau**
19.00 **Bayern-Kini '85**
19.45 **Die Krimistunde**
20.45 **Zeitspiegel**
21.30 **Rundschau**
21.45 **Der Wüstennarr**
3. Der Besuch der Spione
22.45 **Z. E. N.**
Schneegedanken
22.50 **Rathäuser in roten Zahlen**
Die Probleme der Kommunen und ihre Überwindung am Beispiel Duisburg
23.35 **Rundschau**
23.40 **News of the Week**

3SAT

18.00 **Aktion Grün**
6. Wie man Eltern miteinander bekannt macht
Merlin
Das geheimnisvolle Leben eines Magiers
6. In dieser Nacht ...
19.00 **heute**
19.30 **Thommy's Pop-Show extra**
Thomas Gottschalk präsentiert die internationalen Hits des Jahres 1983
Aufzeichnung einer öffentlichen Veranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle
21.15 **Zeit im Bild 2**
21.45 **Kulturjournal**
22.30 **Sportreport**
Ein Opfer dem Sport
Der schwere Weg zur Leistung
Film von Siegmund Bergmann und Bernd Seidel
Um Spitzensport betreiben zu können, nehmen Menschen die ärgsten Strapazen und Qualen auf sich. Sie opfern Freizeit, Familienleben, Geld – und nicht selten die Gesundheit.
23.10 **3SAT-Nachrichten**





SKI ALPIN

Hans Enn: Ein Sieg für den Trainer

PETER LAND, Adelboden

Mit einem Doppelsieg im Riesenslalom revanchierten sich die Österreicher für die jüngsten Weltcup-Niederlagen gegen die Schweizer. Hans Enn (26) und Hubert Strolz (22) sorgten ausgerechnet auf der anspruchsvollen Piste im schweizerischen Adelboden für den langersehnten Erfolg. Mit dem Erfolg von Enn und Strolz (der Italiener Richard Pramotton wurde Dritter vor dem Schweizer Olympiasieger Max Julen) scheint die Weiterbeschäftigung von Nationaltrainer Peter Prodinger gesichert zu sein.

„Ich bin vor allem froh darüber, daß die Diskussion um den Trainer nun beendet ist, weil die Stimmung dadurch in den letzten Wochen sehr getrübt wurde," freute sich Hubert Strolz und Sieger Hans Enn dachte ähnlich: „Das war unsere Revanche für die Trainer- und Läuferschelte in der Öffentlichkeit in den letzten Wochen. Wir sind für unseren Trainer Peter Prodinger gefahren. Wir haben das Skifahren nicht verlernt. Es war für uns nur sehr schwer, unter dem großen Druck zu fahren."

Der Sieg von Hans Enn, der durch Motorrad- und Autounfälle in seiner Karriere immer wieder zurückgeworfen wurde, bescherte den Österreichern in Adelboden den ersten Erfolg seit 15 Jahren. Damals hatte Karl Schranz gewonnen. Die Hälfte der Fahrer mußte der schweren Piste schon im ersten Durchgang Tribut zollen. Schnee-, Eis- und Kunstschneepassagen erschwerten den Kurs, so daß am Ende weniger als 40 der 96 Starter beide Läufe überstanden. Schlüsselstelle war die Einfahrt in den Steilhang, wo auch Marc Girardelli (Luxemburg) ausschied. Nach dem ersten Lauf nur Achter, hatte er den führenden Hans Enn zwar bei der Zwischenzeit überholt, fädelte aber kurz vor dem Ziel ein. An der Spitze der Weltcup-Gesamtwertung ändert sich nichts, da der führende Pirmin Zurbriggen wegen seiner Knieoperation, die seinen Start bei den Weltmeisterschaften in Bormio gefährdet, fehlte. Zwei Weltcup-Punkte gab es für das deutsche Team durch den 14. Platz von Bernd Felbinger (Immenstadt).

STAND ● PUNKT

Olga Nemes: Die Hoffnung und das Warten

Am Montag abend trug sie zum ersten Mal in einem Länderkampf das grüne Trikot der deutschen Nationalmannschaft mit dem Bundesadler als Emblem. Die Rede ist von Olga Nemes, 16 Jahre alt, wohnhaft in Reutlingen, geboren in Rumänien, geflüchtet im Oktober 1983. Die mittlerweile 16jährige gilt als Tischtennis-Ausnahmetalent, doch momentan versucht sie, ihren internationalen Spielrhythmus wieder zu finden. Wie sie das am Montag abend im Länderkampf gegen China bei einem Sieg und einer knappen Niederlage tat, war allerdings imponierend.

Olga Nemes kämpft um ihre sportliche Reputation – mit Erfolg. Im Herbst dieses Jahres, wenn sie zwei Jahre lang in der Bundesrepublik gelebt hat, darf sie auch bei internationalen Mannschafts-Meisterschaften das grüne Nationaltrikot mit dem Bundesadler tragen. So sehen es die Statuten des internationalen Verbandes vor.

Mithin braucht sich Olga Nemes um ihre sportliche Zukunft eigentlich keine Sorgen machen, und die Aussichten, eines Tages zur europäischen Spitzenspielerin Nummer eins aufzusteigen, sind durchaus realistisch. Der Deutsche Tischtennis-Bund (DTTB) hätte dann, wie einst mit der gebürtigen Engländerin Diane Schöler und der in Ungarn geborenen Agnes Simon, ein Aushängeschild von großer Güte.

Ob das klappt? Olga Nemes (Zu deutsch: Die Deutsche) hat beträchtliche Sorgen: Noch immer hat sie nicht die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten und das hindert ihre im früheren Neumarkt (Siebenbürgen) lebenden Eltern, einen Ausreiseantrag zu stellen. Hoffnung hat sie geschöpft, als der rumänische Fußballspieler Raducanu dieser Tage nach dreieinhalb Jahren in Dortmund Frau und Kinder empfangen durfte.

Olga Nemes muß warten, denn deutsche Staatsangehörige will sie unbedingt werden. Hätte sie sonst das Angebot der Schweden ausgeschlagen, deren Staatsangehörigkeit ohne Komplikationen und binnen eines Vierteljahres zu erhalten?

K. Bl.

MOTORSPORT / Porsche bei Paris–Dakar mit allen drei Autos gescheitert

Sinn einer Strategie: „Die Risiken der Erprobung zählen mehr als der große Augenblickserfolg"

sid/K. Bl. Bonn

Aus für Porsche: Acht Tage vor dem Ziel ist auch der dritte und letzte Porsche 959 bei der Rallye Paris–Dakar ausgefallen. 400 Kilometer vor dem Ziel der 1244 Kilometer langen Zweitages-Etappe Agadez–Gao blieb der französische Vorjahressieger René Metge nach einem Bruch der Ölleitung mit Motorschaden liegen. Zuvor hatte es bereits den in Monte Carlo lebenden ehemaligen deutschen Formel-1-Fahrer Jochen Mass erwischt, der nach einem Unfall mit Überschlag das Auto so stark beschädigt hatte, daß eine Weiterfahrt nicht mehr möglich war. Am Freitag hatte es den Belgier Jacky Ickx, den Sieger von 1983 erwischt. Der Belgier hatte sein 230 PS starkes Porsche-Gefährt gegen einen im Sand versteckten Felsen gesteuert und sich überschlagen. Das Auto war nach dieser Einlage nicht mehr manövrierfähig.

„Rallye Paris–Dakar '84: ein Sieg für Porsche – Hochleistungstechnik und Zuverlässigkeit." Plakate dieser Art verschickte das Zuffenhausener Werk im vergangenen Jahr an die Zeitungsredaktionen. Was folgt nach dem Ausfall des gesamten Teams in diesem Jahr? Porsche-Sprecher Klaus Reichert zur WELT: „Es handelt sich dabei nicht um Werks-Porsche. Initiator und Teamchef ist Jakky Ickx, der Zigarettenhersteller Rothmans tritt als Sponsor auf. Wir haben drei 959er Allrad-angetriebene Fahrzeuge zur Verfügung gestellt, doch wir sind nicht die Bewerber – das ist Jacky Ickx." Also bei Mißerfolg keine Identifikation mit jenem Team, das sogar noch per Charterflugzeug mit extra angefertigten Porsche-Ersatzteilen versorgt wurde? Reichert: „Nein, so ist es nun auch wieder nicht. Wir haben uns ganz und gar mit diesem Einsatz identifiziert."

Das Porsche zu den Geschlagenen, zu den vorzeitig Ausgeschiedenen gehört – das ist jedoch im internationalen Automobilsport eine Novität. Ansonsten pflegt man der Konkurrenz um Meilen zu enteilen. Doch beim großen Wüstenabenteuer in der Sahara hat es auch die Zuffenhausener gebeutelt, denn da gab es nicht nur die Stürze von Mass und Ickx. Da gab es auch die gerissenen und gebrochenen Aufhängeteile oder die falsch gewählten Werkstoffe. „Es ging", so sagt Klaus Reichert, „in der Sahara um eine Erprobung des Porsches der Zukunft. Es ging um eine Erprobung unter extremsten Bedingungen mit einem Prototyp. Die Risiken dieser Erprobung zählen dabei mehr als der Erfolg."

Was seine Richtigkeit hat, denn im letzten Jahr, als der Franzose René Metge auf Porsche siegte, wurde damit die Vierrad-Technik des Typs 911 getestet, in diesem Jahr nun ging es um den neuen Typ 959. In der Sahara wurden in erster Linie Erkenntnisse gesammelt, die künftig den Kunden der Serienfahrzeuge zugute kommen sollen.

Das alles ist bewußte Strategie. Denn das Management in Zuffenhausen startet meist bewußt mit Niederlagen, um im entscheidenden Augenblick ein hundertprozentiges Fahrzeug einsetzen zu können. So verhielt es sich beispielsweise 1973 und 1974 mit dem Carrera RS Turbo, der zwei Jahre lang als Versuchsträger für die ab 1976 erfolgreichen Typen 934 und 935 in der Marken-Weltmeisterschaft hinterherfuhr.

Und man sollte angesichts des Totalausfalls bei Paris–Dakar auch dies nicht vergessen: 1983 wurde der Formel-1-Motor von Porsche erstmals in Laudas McLaren eingesetzt, beim Großen Preis von Holland. Auch da zählte es zur Strategie, zunächst Niederlagen einzukalkulieren. 1984 präsentierte sich der Wagen dann als Seriensieger.

SCHACH-WELTMEISTERSCHAFT / Eine völlig ungewohnte Spiel-Taktik: Die Russische Partie

Ein scharfes Duell zwischen Karpow und Kasparow, doch auch diesmal sieht es wieder nach einem Remis aus

LUDEK PACHMAN, Bonn

In der 41. Partie des Schach-Weltmeisterschaftskampfes zwischen Titelverteidiger Anatolij Karpow und seinem Herausforderer Gari Kasparow in Moskau wird es nach dem Abbruch unausweichlich zu einem weiteren Unentschieden kommen. Es wäre das 35. Unentschieden dieser am 10. September 1984 begonnenen 31. Weltmeisterschaft. Karpow führt derzeit mit 5:1 Siegen. Gewinner ist, wer zuerst sechs Siege verbucht.

Obwohl auch die 41. Partie ganz offensichtlich auf ein Remis hinausläuft, war der Verlauf diesmal recht stürmisch. Kasparow, der sonst gegen 1.e4 fast ausschließlich die Sizilianische Verteidigung spielt, wählte diesmal die von seinem Gegner bevorzugte und als sehr solide geltende Russische Partie. Eine in diesem Wettkampf von beiden Gegnern praktizierte, sonst jedoch völlig ungewöhnliche Match-Taktik. Karpow hatte zwar zeitweilig leichte Vorteile, doch waren diese nie so gewichtig, daß Kasparow ernsthaft in Gefahr geriet.

Die Notation (Russische Partie; Weiß: Karpow):

1.e4 e5, 2.Sf3 Sf6, 3.Sxe5 d6, 4.Sf3 Sxe4, 5.d4 d5, 6.Ld3 Le7, 7.0:0 Sc6, 8.c4 ...

Häufiger wird dieser Vorstoß gegen das schwarze Zentrum erst einen Zug später gespielt – nach 8.Te1 Lg4 oder Lf5.

8. ... Sb4

Dieser Zug galt als recht stark, weil man der Meinung war, Weiß müsse nun seinen Läufer abtauschen lassen. Nach 9.cxd5 Sxd3, 10.Dxd3 Dxd5, 11.Te1 Lf5 hat Schwarz keine Schwierigkeiten. Die möglichen Alternativen sind: 8. ... Sf6 und 8. ... Lg4.

9.Le2(!) dxc4, 10.Lxc4 0:0, 11.Sc3 Sd6(!?)

Ein recht ungewöhnlicher Platz für den Springer, aber 11. ... Sf6, 12.Se5, oder: 11. ... Sxc3, 12.bxc3 Sd5, 13.Dd3 oder: 11. ... Lf5, 12.g4(!) Lg6, 13.Se5 wäre günstig für Weiß.

12.Lb3 Lf6, 13.h3 Lf5, 14.Le3 Te8, 15.a3 Sd3 ...(!?)

Um positionellen Nachteil zu vermeiden, läßt Kasparow spannende Verwicklungen zu, in denen er zwar einen Bauern verliert aber seine Figuren aktiviert.

16.Tb1 ...

Auch nach 16.Dd2 war offenbar c5 geplant, z. B. 17.dxc5 Se4, 18.Sxe4 Lxe4 usw.

16. ... c5

Die einzige Verteidigung gegen 17.Lc2, wonach Schwarz eine Figur verlieren würde.

17.dxc5 Se4, 18.Lc2(!) Sb2(!) ...

Weder 18. ... Lxc3, 19.Lxd3, noch 18. ... Sxc3, 19.bxc3 drohen. 20.Txb7 und gleichzeitig auch 20.Sd4 wäre für Schwarz annehmbar.

19.Dxd8 Taxd8, 20.Txb2 Lxc3, 21.Txb7 Sxc5, 22.Lxc5 Lxc2, 23.Txa7 Ld1 ...

Diese Stellung hatte Kasparow wahrscheinlich schon vor Augen, als er sich im 15. Zug für Komplikationen entschied: Sein Läuferpaar und aktiv stehende Türme sichern ihm schließlich doch den Ausgleich.

24.Te7 Txe7, 25.Lxe7 Td3, 26.Sg5 Lh2, 27.Lb4 h6, 28.Se4 f5, 29.Sc5 Td5, 30.Te1 f4, 31.a4 ...

Sonst kommt Weiß nicht weiter, aber nun sind Vereinfachungen möglich, nach denen ein Figuren-Endspiel mit bloß 2:1 Bauern an einem Flügel nicht zu gewinnen ist.

31. ... Td4, 32.a5 Txb4, 33.Txd1 Ld4, 34.Se6 La7, 35.Td7 Tb1+, 36.Kh2 Lxf2, 37.Sxf4 ...

Nach 37.Txg7++ Kh8 würde Lg3 Schach drohen.

37. ... Ta1, 38.Se6 ...

Oder 38.Td5 Le1 mit Rückeroberung des Bauern.

38. ... Txa5, 39.Txg7+ Kh8, 40.Tf7 Le3, 41.Kg3 ...

Nach dem 41. Zug abgebrochen und als Hängepartie vertagt.

NACHRICHTEN

Keine Zweitliga-Spiele

Frankfurt (dpa) – Der für das kommende Wochenende geplante Rückrunden-Start in der 2. Fußball-Bundesliga wurde aufgrund der Wetterbedingungen gestern abgesagt.

Fechten: Weltcup-Sieg

Hamburg (dpa) – Die 16jährige Anja Fichtel (Tauberbischofsheim) gewann mit 44 Punkten den Junioren-Weltcup im Damen-Florett vor den beiden Italienerinnen Giovanni Prillini (38 Punkte) und Alessandra Pizzi (34).

Finale findet statt

Turin (sid) – Das Finale um den Fußball-Supercup zwischen Juventus Turin und dem FC Liverpool, das wegen des Winterwetters gefährdet schien, kann heute abend stattfinden. Liverpool muß dabei auf den für drei Spiele gesperrten schottischen Nationalspieler Kenny Daglish verzichten, der im Europapokalspiel gegen Benfica Lissabon die Rote Karte sah.

100. Turniersieg

Washington (sid) – Ihren 100. Turniersieg errang Martina Navratilova (USA) beim Damen-Tennis-Turnier von Washington, wo sie das Einzel gegen Manuela Maleeva (Bulgarien) und das Doppel mit Beatrice Fernandez gegen Kohde/Sukova (Saarbrükken/CSSR) gewann.

ZAHLEN

TENNIS

Kingscup, 1. Division in Essen: Schweiz – CSSR 2:1; **2. Division in Loano:** Italien – Frankreich 2:1; **3. Division in Budapest:** Spanien – Ungarn 2:1. – **Damenturnier in Washington,** Endspiele, einzel: Navratilova (USA) – Maleeva (Bulgarien) 6:3, 6:2; Doppel: Fernandez/Navratilova (USA) – Kohde/Sukova (Saarbrücken/CSSR) 6:3, 3:6, 6:3. – **Herrenturnier** in Rio de Janeiro, erste Runde: Freund (Hannover) – Alexandre Oncins (Brasilien) 6:4, 7:6; Eduardo Oncins (Brasilien) – Riglewski (Stuttgart) 3:6, 6:3, 1:0, Riglewski aufgegeben.

Tischtennis

Länderspiel in Dautphetal: Deutschland – China, Herren 3:3; Frauen 1:5.

Quoten

Lotto: Gewinnklasse 1: 3 000 000, 2: 108 443,30, 3: 10 222,10, 4: 168,20, 5: 11,30. – **6 aus 45:** Klasse 1: 400 719,80, 2: 71 184,20, 3: 1895,40, 4: 40,80, 5: 4,80. – **Ergebniswette:** Klasse 1: 15 842,50, 2: 655,20, 3: 56,10. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 386,50, 2: 94,70; Rennen B: 1: 252,50, 2: 31,20. – **Kombinationsgewinn:** unbesetzt, Jackpot: 213 430,80. (ohne Gewähr).

DIE ● WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden†, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marin Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanno Gleskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Bonn stellt Fragen an Äthiopien

● Fortsetzung von Seite 1

Nachricht kommt zu einer Zeit, da man sich im großen Stile auf den 23. Januar vorbereitet, der als „Tag für Afrika" erklärt worden ist und eine Reihe von Großaktionen auslösen soll.

Geplant ist ein Fernsehappell von Bundespräsident Richard von Weizsäcker und landesweite Spendenaufrufe, die – so hoffen die Organisatoren – mindestens 100 Millionen Mark für die afrikanischen Hungergebiete einbringen sollen. Für Spendeneinzahlungen bleiben die Postämter bis 21 Uhr geöffnet.

Vor der Presse in Bonn betonten die Chefs der großen Hilfsorganisationen durch den als Sprecher für sie auftretenden Direktor des Hilfswerks Diakonie/Brot für die Welt, Hans-Otto Hahn: „Wir können helfen, denn wir haben die zuverlässigen Partner." Diese Bemerkung wurde von der anwesenden Presse mit Skepsis aufgenommen. Darauf reagierte Prälat Herkenrath von Caritas/Misereor unter Anspielung auf das Gleichnis vom barmherzigen Samariter: „Meine Antwort ist die, daß wir uns nicht davon entbinden lassen können, zu helfen, nur weil andere falsch handeln."

Zu den Aktionen, mit denen am 23. Januar zu Spenden aufgerufen wird, gehört auch die Produktion einer Schallplatte, zu der unter dem Titel „Ein Song für Afrika" 23 verschiedene deutsche Bands mitwirken und die mit Spendenaufschlägen von zwei beziehungsweise drei Mark pro Stück verkauft werden soll. Das Lied der „Band für Afrika" wird, wie am Dienstag in Bonn mitgeteilt wurde, von künstlerisch weit auseinander arbeitenden Musikern gemeinsam gesungen, so daß mit Udo Lindenberg, Ulla Meinecke und der Kölner Gruppe „BAP" auch Heino auftritt. Für alle Hilfsorganisationen, die Spenden entgegennehmen und denen auch der Reinerlös des Musikbeitrages zufließt, erklärte Hans-Otto Hahn: „Wir verpflichten uns, daß aus den eingehenden und uns anvertrauten Geldern ein Höchstmaß an wirksamer Hilfe wird – eine Hilfe, die Menschenleben rettet und durch Selbsthilfemaßnahmen Menschenwürde wieder herstellt." Ein gemeinsames Spendenkonto kam wegen Unstimmigkeiten über einen Verteilerschlüssel nicht zustande.

Hessen-SPD hofft auf Einlenken der Grünen

CDU-Forderung nach Richtungsentscheidung abgelehnt

Nea. **Wiesbaden**

Die hessische SDP ist, wie erwartet, nicht bereit, noch vor der Kommunalwahl am 10. März eine grundsätzliche Entscheidung über ihren künftigen politischen Kurs zu fällen. Die Gespräche mit der CDU, die zusammen mit einem konkreten Koalitionsangebot von den Sozialdemokraten eine solche Richtungsentscheidung bis Ende Januar gefordert hatten, werden demnach zumindest vorerst abgebrochen.

In einer Erklärung bezeichnet der Landesvorstand der hessischen SPD, der am Montag abend mehrere Stunden lang über die Verhandlungen mit CDU, FDP und Grünen beraten hatte, diese Forderung als „ultimativ" und „nicht annehmbar", zumal von der SPD dabei eine „Ausgrenzung der Grünen" verlangt werde, ohne daß zuvor mit der CDU strittige politische Fragen wie etwa die Schulpolitik oder die Ausländerpolitik in einer Großen Koalition eindeutig geklärt seien.

Im einzelnen bezeichnet der SPD-Landesvorstand (der ohne den erkrankten Ministerpräsidenten Holger Börner, aber offenbar nicht ohne seine Beteiligung an der Meinungsbildung tagte) das Angebot der FDP, unter gewissen Bedingungen den Landeshaushalt 1985 mitzutragen, als „Scheinangebot". Der SPD sei dabei „bedingungs- und chancenlos" der Verzicht auf sozialdemokratische Forderungen abverlangt worden.

Über das Gespräch mit den Grünen heißt es, daß „eine Reihe von Sachfragen ebenso wie die Struktur einer möglichen Zusammenarbeit mit der SPD" bei ihnen offen seien. Wie der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende, Finanzminister Hans Krollmann, auf einer Pressekonferenz am Dienstag erklärte, sei seine Partei nach der Kommunalwahl weiterhin zu Gesprächen mit allen Parteien bereit. Neue Gesprächstermine gebe es freilich nicht.

Zustimmung der Fraktion

Die SPD-Landtagsfraktion hat die Erklärung des Landesvorstands nach den Worten ihres Vorsitzenden Ernst Welteke „zustimmend zur Kenntnis genommen", in einigen interessanten Punkten allerdings ergänzt. So fragt sie ausdrücklich nach der Verabschiedung des neuen Energiegesetzes und des Förderstufengesetzes, erklärt sich allerdings auch bereit, diese Debatte erst im Zusammenhang mit dem Gesamthaushalt 1985 zu führen. Außerdem wird an einen Auftrag des Landesvorstands an Wirtschaftsminister Ulrich Steger erinnert, der ein Handlungskonzept für den langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie vorlegen soll. Beide Hinweise werden in der Landeshauptstadt als ein Signal der SPD-Fraktion an die Grünen über Möglichkeiten einer Fortsetzung des Bündnisses gewertet.

Die Erklärung des Landesvorstands enthält auf der anderen Seite aber erneut die Forderung nach einer „berechenbaren Grundlage für eine parlamentarische Mehrheit der Landesregierung", also eine Absage an das bisherige nur lockere Bündnis mit den Grünen.

Problem Teilhaushalt

Die kurzfristige Strategie der Landesregierung sieht zunächst die Vorlage eines Teilhaushalts für das Jahr 1985 vor. Dieser Teilhaushalt soll am 30. Januar eingebracht und noch vor der Kommunalwahl verabschiedet werden. In ihm sollen vor allem die finanziellen Zuwendungen an die Städte und Gemeinden sowie die Mittel für die Gemeinschaftsaufgaben bewilligt werden.

Hier hofft die SPD offenbar auf ein Einlenken der Grünen. Die CDU hat auch hier ihre Zustimmung von einer grundsätzlichen Richtungsentscheidung der Sozialdemokraten abhängig gemacht. Nach Krollmanns Worten sei also mit den Stimmen der CDU nicht zu rechnen.

AP, **Osnabrück**

Der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann (SPD) hat die Ansicht vertreten, für seine Partei werde es nach der Landtagswahl am 12. Mai keine Koalition, „auch keine Duldungskoalition", mit den Grünen geben. In einem Gespräch der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte Farthmann, diese Ablehnung gelte auch für die CDU. „Da wird nicht taktiert und auch nicht finassiert." Der Minister schloß jedoch nicht aus, daß es, falls die Grünen in den Landtag kämen, nachher im politischen Alltag mit ihnen zu gemeinsamen Abstimmungen kommen könne wie mit jeder anderen Partei auch.

Straßburg: Parlament hinter Delors

Beifall für Antrittsrede / Neue Kommission soll Europäischer Gemeinschaft Auftrieb geben

WILHELM HADLER, **Straßburg**

Auf weitgehende politische Unterstützung kann die neue EG-Kommission im Europäischen Parlament rechnen. Sprecher fast aller Fraktionen zollten gestern Präsident Jacques Delors Beifall für seine einstündige Antrittsrede. Dabei lobten sie vor allem die Absicht der Brüsseler Exekutive, ihre in den Römischen Verträgen umschriebenen Rechte stärker als bisher wahrzunehmen.

Auf diese „Zuständigkeiten und Verpflichtungen" als Hüterin der Verträge und unabhängiges Organ wies auch ein Entschließungsantrag hin, der gemeinsam von Christdemokraten, Sozialisten, Konservativen und italienischen Kommunisten eingebracht worden war. Darin sprach das Parlament der Kommission mit großer Mehrheit sein Vertrauen aus.

Mit einem weiteren Vorstoß zur Ausweitung ihrer Rechte sind die Abgeordneten dagegen nicht durchgedrungen. Er betrifft die Vereidigung der Kommissionsmitglieder vor dem Europäischen Gerichtshof. Die Luxemburger Richter wollen der Aufforderung, die „feierliche Verpflichtung" im Straßburger Plenarsaal wahrzunehmen, nicht folgen. In europäischen Verträgen ist über den Akt nichts Näheres gesagt.

Delors hat in seiner programmatischen Erklärung die Gemeinschaft aufgefordert, „zu Kreativität und Offensivgeist zurückzufinden". Mit Beschwörungen allein sei es jedoch nicht getan. Als vorrangig nannte Delors die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes, die Stärkung des Europäischen Währungssystems (EWS) und eine größere Konvergenz der Volkswirtschaften. Die neue Kommission werde „alle Möglichkeiten des Vertrages nutzen", um die durch mißbräuchliche Berufung auf vitale nationale Interessen üblich gewordene Einstimmigkeitsregel einzuschränken „und einen jeden zu zwingen, zu seiner Verantwortung zu stehen". Die Kommission werde nicht zögern, von ihrem Initiativrecht Gebrauch zu machen und auch Vorschläge zurückziehen, wenn sie der Meinung sei, daß diese inhaltlich zu stark verändert worden seien, oder wenn sie feststelle, daß sich die zuständigen Instanzen weigerten, darüber zu beraten.

Der frühere französische Finanzminister bezeichnete die Rolle der Kommission als die eines „leitenden Ingenieurs für das europäische Aufbauwerk". Es gelte sowohl einen begrenzten Pragmatismus zu vermeiden wie die Flucht nach vorn. Unter Anspielung auf die Bundesrepublik Deutschland warnte Delors vor einer „ausschließlich haushaltsorientierten Konzeption der Gemeinschaft".

*

DW. **Kreuth**

Unterdessen machte die bayerische Staatsregierung deutlich, daß sie den vom Europäischen Parlament vorgelegten „Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union" momentan für nicht geeignet hält, die europäische Integration voranzutreiben. Nach Ansicht der Staatsregierung hat es „keinen Sinn, sich beim gegenwärtigen Stand der europäischen Einigung im einzelnen mit dem Entwurf zu befassen". Zu diesem Ergebnis kamen die Landesparlamentarier gestern bei ihrer Tagung in Wildbad Kreuth.

Breit erinnert an alte DGB-Programme

„Vorhandene Instrumente aktiver Beschäftigungspolitik sollen besser genutzt werden"

GÜNTHER BADING, **Düsseldorf**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) will in diesem Jahr offensichtlich die Auseinandersetzung mit der Bundesregierung um den richtigen Weg zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zum Schwerpunkt seiner Arbeit machen. Auf der traditionellen Neujahrspressekonferenz meldete der Gewerkschaftsbund-Vorsitzende Ernst Breit gestern in Düsseldorf Zweifel an, daß es die Regierung mit ihrer Versicherung ernst nehme, vorrangiges innenpolitisches Ziel sei der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Diese Beteuerungen seien „bisher das Papier nicht wert", auf dem sie gedruckt seien, sagte Breit.

Er forderte erneut eine „aktive Beschäftigungspolitik", und verwies dabei auf die entsprechenden Programme des DGB aus den vergangenen Jahren. Diese hatten aber schon unter der früheren sozialliberalen Koalition keinen Anklang gefunden. Selbst wenn die Regierung kein neues Zukunftsinvestitionsprogramm auflegen wolle, wie es die Gewerkschaften forderten, so könne man doch „die Möglichkeiten vorhandener Instrumente besser nutzen", sagte Breit. Als Beispiel nannte er die von Bundeswirtschaftsminister Bangemann gegenüber dem DGB geäußerte Absicht, Maßnahmen zur Korrektur des immer deutlicher werdenden Süd-Nord-Gefälles bei der Ansiedlung moderner Industrien zu ergreifen. Bangemann habe vor einigen Monaten versprochen, einen Katalog solcher Maßnahmen vorzulegen. Bisher sei das nicht geschehen. Möglicherweise werde er aber beim Spitzengespräch zwischen dem DGB und dem Bundeskanzler am 23. Januar hier Konkretes zu sagen haben.

Schwerpunkte dieses Gesprächs müssen nach Auffassung von Breit die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Forderung der Gewerkschaften nach Ausweitung der Mitbestimmung und die von der CDU/CSU-Fraktion geplanten Veränderungen im Betriebsverfassungsgesetz mit Minderheitenschutz und gesetzlicher Verankerung von Sprecherausschüssen der Leitenden Angestellten sein. Am Rande der Konferenz sagte Breit, der Kanzler habe in der letzten Unterredung mit ihm wohl eingesehen, daß dies für den DGB mehr sei als nur eine Frage der Veränderung einiger Paragraphen. Der DGB wendet sich seit jeher gegen eine Einführung gesonderter Vertretungen für die Leitenden Angestellten, da er diese der Arbeitgeberseite zurechnet.

An dem Gespräch im Bundeskanzleramt werden von DGB-Seite neben Breit und seinen beiden Stellvertretern Muhr und Fehrenbach auch die Vorsitzenden der sechs größten Einzelgewerkschaften teilnehmen. Anders als im vergangenen Jahr, als er sich energisch für die Verkürzung der Arbeitszeit einsetzte, machte der DGB-Vorsitzende in diesem Jahr keine Aussage zur Tarifpolitik. Zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation im zweiten Weltkrieg am 8. Mai sagte der DGB-Chef, dieses Datum werde von den Gewerkschaften als „Tag der Befreiung" begangen werden.

Sympathisanten der RAF stoppen Züge in Berlin

W.K./AP. **Berlin/Bonn**

Sympathisanten der linksterroristischen „Rote Armee Fraktion" (RAF) haben offenbar zwei Züge gestoppt, die zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet verkehren, um damit die Hungerstreikaktion von RAF-Mitgliedern zu unterstützen. Wie die Polizei gestern mitteilte, zog ein Unbekannter am Montagmorgen im D-Zug 303 von Berlin nach München kurz vor dem Bahnhof Charlottenburg die Notbremse. Dann seien sechs Personen aus dem Zug gesprungen und hätten mehrere Waggons mit Parolen besprüht. Nach etwa 45 Minuten habe der Zug die Fahrt fortgesetzt.

Zehn Stunden später entdeckte nach Angaben der Polizei der Lokomotivführer des Zuges D 342 von Berlin nach Hannover zwischen den Stadtbahnhöfen Grunewald und Wannsee fünf übereinander gestapelte brennende Reifen auf den Gleisen. Hinter der Brandstelle befand sich ein Transparent, das zur Solidarität mit den etwa 30 hungernden Häftlingen aufrief. Der Zug konnte noch rechtzeitig bremsen und etwa eine halbe Stunde später weiterfahren.

Die Sicherheitsbehörden halten in dieser Woche neue Anschläge für wahrscheinlich. Zu Treffen mit Anwälten und Verbindungsleuten zur terroristischen Szene in Frankfurt und Stuttgart waren in der vergangenen Woche mehrere hundert Sympathisanten gekommen. Von den Organisatoren des Hungerstreiks wurde in Stuttgart ein Marsch zum Sitz der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe gefordert, ferner sollen Demonstrationen in Berlin, Frankfurt und Norddeutschland stattfinden. Unter den Häftlingen ist jedoch die insgesamt schwache Resonanz auf ihre Aktion – nach einer anfänglichen Welle von 20 Anschlägen – nicht unbemerkt geblieben.

Von „interessierter Seite", so teilte das Freiburger Büro des Verteidigers von Christian Klar der WELT mit, sei im Zusammenhang mit dem Hungerstreik jetzt die falsche Behauptung verbreitet worden, die Hungerstreikenden hätten Klar bereits als „Opfer" bestimmt. Nach Erkenntnissen des Staatsschutzes treten in dem seit sieben Wochen andauernden Hungerstreik vor allem drei Anwaltsbüros mit Kontakten zu den Beteiligten in Erscheinung.

Am 12. Januar 1985 verstarb im 91. Lebensjahr Herr

Bergassessor a. D. Dr.-Ing. E. h.

Carl Deilmann

Ehrenmitglied des Vorstandes unserer Vereinigung

Unternehmer und Ingenieur von zielstrebiger Tatkraft und Weitsicht, fühlte sich der Verstorbene schon frühzeitig der Arbeit für die Gemeinschaft verpflichtet. Mit dem Elan seiner Persönlichkeit setzte er sich dafür ein, daß unsere Vereinigung schon kurz nach dem 2. Weltkrieg gegründet werden konnte, der er über zwei Jahrzehnte als Mitglied des Vorstandes den Weg gewiesen hat. Er wirkte weit über unsere Vereinigung hinaus und war von Anfang an engagiertes Mitglied im Vorstand der Wirtschaftsvereinigung Bergbau.

In Dankbarkeit gedenken wir und mit uns der gesamte deutsche Bergbau eines bedeutenden Mannes, der uns ein guter Freund war und uns unvergessen bleibt.

VEREINIGUNG DER BERGBAU-SPEZIALGESELLSCHAFTEN e. V.

Ein erfülltes Leben voller Tatkraft und Erfolg ist zu Ende gegangen.

Wir trauern um den Ehrenvorsitzenden unseres Aufsichtsrates, Herrn

Bergassessor a. D.

Dr.-Ing. E. h. Carl Deilmann

* 22. 4. 1894 † 12. 1. 1985

Mehr als vier Jahrzehnte hat er die Geschicke unseres Unternehmens gestaltet und begleitet.

Mit wirtschaftlichem Weitblick hat er die heutige Konzeption der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt AG entscheidend geprägt. Bis zu seinem Lebensende blieb er unserem Hause in besonderer Weise verbunden.

Wir nehmen Abschied von einem Unternehmer aus Passion.
Wir nehmen Abschied von einem hervorragenden Ratgeber.

Aufsichtsrat, Vorstand, Belegschaft und Betriebsrat

Braunschweigische Maschinenbauanstalt AG

Braunschweig, den 15. Januar 1985

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb am 11. Januar 1985 unser

Generalagent

Friedrich Carl Graf von Oppersdorff

Der Verstorbene hat seine vielfältigen Aufgaben für unsere Gesellschaften mit beispielhafter Pflichterfüllung und großem Engagement ausgeführt.

Wir werden ihm ein bleibendes Andenken bewahren.

Zürich Versicherungen

Unsere liebe Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Gertrud Kellinghusen

geb. Rux

ist am 4. Januar 1985 im Alter von 85 Jahren in Frieden gestorben.

Im Namen der Familie
Joachim Kellinghusen
Dr. Gretel Fischer geb. Kellinghusen

Die Trauerfeier hat im Familienkreis stattgefunden.

Winterärger mit Öl

JB. – So wie im Sommer zur Hauptreisezeit die Benzinpreise steigen, so klettern im Winter die Heizölpreise. Die sprunghafte Verteuerung von Heizöl in diesen Tagen ist die Folge eines kurzfristig stark steigenden Bedarfs, der auf geringe Bestände in der Ölindustrie stößt und dessen rasche Deckung durch witterungsbedingte Transportschwierigkeit erschwert wird. Händler, die über ausreichende Warenbestände verfügen und nicht erst über lange Wege in Rotterdam oder bei den Raffineriegesellschaften zukaufen müssen, verdienen sich im Augenblick „eine goldene Nase". Sie profitieren davon, daß viele Verbraucher die privaten Tanks vor der Saison nur soweit aufgefüllt haben, um einen seit drei Jahren üblichen milden Winter durchzustehen.

Große Gelassenheit können sich demgegenüber die erlauben, die ausreichende Bestände im Tank haben, um auch über längere Zeit ihre Wohnung warm zu halten. Der Preisspuk am Heizölmarkt wird nämlich vorbei sein, sobald der Winter an Schärfe verliert. Die Grundbedingungen an den Ölmärkten, die durch einen Überschuß an Öl und durch Überkapazitäten in der Verarbeitung und Vertrieb gekennzeichnet sind, haben sich nicht verändert. Sie werden nur vom Schnee zugedeckt.

Die deutsche Ölindustrie hat im vergangenen Jahr hohe Verluste gemacht. So daß es nicht wundert, wenn sie das Wintermärchen als Gunst der Stunde nutzt. Mit dem Ende der „Eiszeit" werden die Preise so schnell wieder fallen, wie sie jetzt steigen, und die triste Realität labiler Ölmärkte wird wieder einkehren.

Absatzsicherung

Mk. – Die Auslandsinvestitionen sind in letzter Zeit nicht mehr Thema der tagespolitischen Diskussion. Sie werden vielmehr als das gesehen, was sie sind, nämlich ein unternehmerisches Instrument zur – jedenfalls in erster Linie – Absatzsicherung. Auch in der Dritten Welt wird der Nutzen jetzt sehr viel höher eingeschätzt. Gefragt sind sogar wieder die lange Zeit verdammten „Multis". Der Hinweis des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Dieter von Würzen, daß durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse mehr bewirkt werden könne als durch staatliche Förderanreize, sollte von den Entwicklungsländern beherzigt werden. Der staatliche Einfluß muß zurückgeschraubt werden. Daran sollten sich auch manche deutschen Unternehmen orientieren. Es gibt natürlich Wünsche, das Förderinstrumentarium weiterzuentwickeln. Aber dies gibt es nicht zum Nulltarif. Wer mehr will, muß auch bereit sein, höhere Gebühren zu zahlen.

WERFTINDUSTRIE / Die Beschäftigung ist noch einmal um zehn Prozent gesunken

Innovation und Spezialisierung führten zu höherem Auftragseingang

JAN BRECH, Hamburg

Der deutsche Schiffbau hat den tiefen Einbruch des Jahres 1983 wieder ausgeglichen. Im vergangenen Jahr wurden 145 Schiffe im Auftragswert von 3,15 Mrd. DM gebucht. Der augenblickliche Auftragsbestand von 3,56 Mrd. DM liegt knapp über dem von der Branche als notwendig erachteten Mindestauftragsvolumen. Da die Aufträge einigermaßen gleichmäßig über alle Schiffbau-Unternehmen verteilt sind, dürfte es in diesem Jahr, von Ausnahmen abgesehen, zu nennenswerten Beschäftigungseinbrüchen nicht kommen.

Die 1984 um fast 25 Prozent gestiegenen Auftragseingänge haben den Marktanteil des deutschen Schiffbaus wieder auf rund sechs Prozent gebracht. Im Weltschiffbau sind die Aufträge gemessen an Bruttoregistertonnen 1984 um rund 13 Prozent auf 17 Mill. BRT zurückgegangen. Die deutschen Werften liegen hinter Japan und Korea und vor Finnland auf Platz drei in der Welt. Der Anteil von sechs Prozent ist im Vergleich zu den fernöstlichen Konkurrenten jedoch verschwindend klein. Die überragenden Marktpositionen der Japaner und Koreaner kommen in Anteilen von 50 beziehungsweise 20 Prozent zum Ausdruck.

Das relativ gute Abschneiden der deutschen Schiffbauer führt der Vorsitzende des Verbands der deutschen Schiffbau-Industrie, Michael Budczies, auf die hohe Innovationsfähigkeit und Spezialisierung der Werften zurück. Zu der augenblicklichen Stabilisierung der Lage habe außerdem die rigorose Umstrukturierung der Werftindustrie beigetragen, betonte Budczies. Parallel zu dieser Entwicklung habe ein schmerzhafter Abbau der Beschäftigung stattgefunden. In den Jahren 1975 bis 1983 hat sich die Zahl der im deutschen Schiffbau tätigen Mitarbeiter um 45 Prozent reduziert. Die Belegschaften sind 1984 noch einmal um zehn Prozent auf jetzt nur noch 45 000 Mann verringert worden. Davon müssen seit Jahresbeginn fast 6000 kurzarbeiten.

Nach wie vor unbefriedigend ist die Ertrags- und Liquiditätslage im Schiffbau. Kostendeckende oder gar mit Gewinn kalkulierte Aufträge seien noch immer die Ausnahme, betont Budczies. Die Versuche der fernöstlichen Marktführer, die Preise wenigstens für bei ihnen auf kostendeckendem Niveau zu gestalten, seien wenig ermutigend. Bei fast allen Schiffstypen halte der Preisdruck auf Grund schwacher Nachfrage und gleichzeitiger Überkapazität an. In den Ertragsrechnungen der meisten deutschen Schiffbaubetriebe schlage sich dies in tiefroten Zahlen nieder.

Außerdem, so Budczies, gebe es erhebliche Liquiditätsprobleme. Das vom Wettbewerb aufgezwungene Verfahren, den Bau von Schiffen zu akzeptieren, ohne daß das Eigenkapital aufgebracht sei, berge hohe Liquiditätsrisiken. Budczies forderte in diesem Zusammenhang eine Rückkehr zu den steuerlichen Möglichkeiten, Sonderabschreibungen auch auf erhaltene Anzahlungen vornehmen zu können. Darüber hinaus müsse die Werftindustrie darauf bestehen, gegenüber dem internationalen Wettbewerb durch staatliche Hilfen gestützt zu werden.

Im deutschen Schiffbau gehören Höhen und Tiefen zur Geschichte. Die Chronik des Verbands der deutschen Schiffbauindustrie, der heute vor 100 Jahren gegründet wurde und zu dessen Jubiläumsveranstaltung Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann die Festansprache halten wird, wird festgestellt, daß der Marktanteil 1885 ebenfalls nur fünf Prozent betrug und die Produktion von Dampfschiffen von fast 60 000 Registertonnen im Jahr 1883 auf nicht einmal 10 000 im Jahr 1885 zusammengebrochen war. Wenige Jahre später gelangte der deutsche Schiffbau zu neuer Blüte. Daß die derzeitige deutsche Werftindustrie die Höhen früherer Jahre wieder einmal erreichen könnte, ist unwahrscheinlich. In den besten Jahren lag ihr Marktanteil bei 20 Prozent, betrug die Beschäftigung 110 000 Mann und lieferte sie fast 200 Schiffe mit 2,4 Mill. BRT in einem Jahr ab. Dieser Höchststand fiel 1975 in die Zeit der Großtanker-Euphorie.

AUSLANDSINVESTITIONEN

Von Würzen plädiert für verstärktes Engagement

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Zu einem verstärkten Kapitalengagement im Ausland hat der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dieter von Würzen, die deutschen Firmen aufgerufen. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Interministeriellen Ausschusses für Kapitalanlagegarantien versicherte er in Hamburg, das deutsche Fördersystem für Investitionen in der Dritten Welt werde, wenn nötig, an neue Entwicklungen angepaßt.

Von Würzen wandte sich gegen das Argument, durch Auslandsinvestitionen gingen Arbeitsplätze verloren. Die Alternative Export oder Auslandsinvestitionen stelle sich zumeist überhaupt nicht, sie laute vielmehr: Auslandsinvestition ja oder Verlust des Auslandsmarktes und damit Gefährdung des Unternehmens.

Während der weltwirtschaftlichen Rezession habe auch das Klima für Auslandsinvestitionen gelitten. Im Welthandel habe sich eine Trendwende durchgesetzt. „In dieser Phase müssen unsere Unternehmen insbesondere die Wachstumsmärkte der Entwicklungsländer, hier vor allem der Schwellenländer, erkennen und nutzen, auch durch Direktinvestitionen", sagte von Würzen.

Die gegenwärtige Verschuldung vieler Entwicklungsländer habe die Notwendigkeit der Kapitalzufuhr noch erhöht. Bankkredite dürften auf lange Sicht nur mäßig zunehmen. Da dieses auch bei den Entwicklungsländern erkannt wird, habe sich die Einstellung zu den Auslandsinvestitionen gewandelt. Dies gelte auch gegenüber den „Multis".

Es wachse die Erkenntnis, daß ohne Rechtssicherheit ausländische Investoren kaum gewonnen werden können. Privatinvestitionen könnten ihre Dynamik nur dort entfalten, wo sie nicht durch behördliche Eingriffe und Auflagen behindert werden. „Der Abbau dieser Hemmnisse würde den Zufluß von Auslandsinvestitionen mehr fördern als finanzielle Investitionsanreize", betonte der Staatssekretär.

Hauptinstrument der Förderung von Investitionen in der Dritten Welt bleibe die Kapitalanlageversicherung und der Abschluß von Investitionsförderungsverträgen. Seit 25 Jahren übernehme der Bund Garantien zur Absicherung des politischen Risikos von Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Über die Vergabe entscheide der interministerielle Ausschuß unter Federführung des Wirtschaftsministeriums, dem als Sachverständige auch Repräsentanten der Wirtschaft angehören. Rund 20 Prozent der Investitionen seien abgesichert.

Als Beispiel für die Flexibilität nannte von Würzen die Möglichkeit, auch Zusagen des Gastlandes in die Deckung einzubeziehen. Wegen der Verschuldung werde in zunehmendem Maße das Ertragsrisiko nicht mehr übernommen. Skepsis sei gegenüber Versuchen geboten, auf internationaler Ebene multilaterale Systeme zur Absicherung zu errichten.

Vorsitz neu, Probleme alt

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Für ein halbes Jahr liegt die Präsidentschaft der Europäischen Gemeinschaft wieder in den Händen der Italiener. Das letzte Mal führte der südliche Partner 1980 den Vorsitz. Seitdem sind einige Probleme der Gemeinschaft einer Lösung nähergebracht worden. Viele haben sich verschärft. Dazu zählen vor allem die Haushaltsfinanzierung und der damit verbundene Konflikt zwischen Kommission und Parlament.

Gerade in diesem Zusammenhang hat die italienische Regierung monatelange Vorarbeit geleistet. Erste Prüfung ist die Ausarbeitung eines neuen Haushaltsentwurfs. Aus italienischer Sicht sollte dieser zum einen die berechtigten Sparwünsche einiger Partnerländer berücksichtigen, andererseits aber auch nicht die Interessen anderer Partner und des Parlaments außer acht lassen, die auf gezielte Entwicklungsprojekte gerichtet sind.

Weitere Felder, auf denen Italien seinen ganzen Einfluß aufzubieten entschlossen ist, um das Zusammenwachsen der Partner voranzutreiben, sind die Lösung der noch ausstehenden Binnenmarktfragen und der Ausbau des Europäischen Währungssystems. Mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, ist Rom einig über die Notwendigkeit, die private Benutzung der Europäischen Währungseinheit Ecu nicht weiter anarchisch weitertreiben zu lassen wie bisher. Am liebsten würde die italienische Regierung über die damit verbundene neue Ordnung des EWS hinaus noch weitergehen und die Benutzung der Europäischen Währungseinheit auch im staatlichen Bereich ausdehen.

Die Durchschlagskraft der italienischen Argumente wird hier indessen dadurch gehemmt, daß Italien unter allen EWS-Mitgliedern das einzige ist, das für sich eine Bandbreite von sechs Prozent statt der sonst üblichen 2,25 Prozent in Anspruch nimmt. Den italienischen Vorstößen in Richtung eines Ausbaues des Europäischen Währungssystems wird es an Glaubwürdigkeit deshalb mangeln, solange die Regierung in Rom, wie Schatzminister Giovanni Goria erst kürzlich erklärte, das Einschwenken auf die Normalbandbreite nur „langsam und stufenweise" vorzunehmen bereit ist. Dasselbe gilt von der Freizügigkeit des Kapitalverkehrs, mit der der südliche EG-Partner ebenfalls noch sehr weit davon entfernt ist, die etwa von der Deutschen Bundesbank aufgestellten Bedingungen für einen Ausbau des Europäischen Währungssystems (EWS) zu erfüllen.

Nicht viel besser steht es gegenwärtig auch noch um die Maßnahmen, mit denen der EG-Binnenmarkt vervollständigt werden soll. Auf dem Papier hat Italien den Kommissions- und Ministerratsbeschlüssen beispielsweise zum Abbau der zollbürokratischen Hindernisse zwar ausnahms- und kompromißlos zugestimmt. In der täglichen Praxis dauert der Anpassungsprozeß aber doch wesentlich länger als die eigenen und die Wirtschaftsunternehmen der Partner für notwendig befinden.

Mehr an ihren Beitrag zur konkreten Integrationswirklichkeit als an der Deklamtion ihrer EG-Treue wird die italienische Regierung in den nächsten Monaten sicherlich auch gemessen werden, wenn die Probleme der Landwirtschaft und der Stahlindustrie auf den Tisch kommen. Mit Recht betonte Landwirtschatsminister Filippo Maria Pandolfi Anfang dieser Woche seine Zufriedenheit darüber, daß Italien aus den EG-Agrarfonds im vergangenen Jahr 46 Prozent mehr eingenommen habe als im Vorjahr. Gleichzeitig sollte aber nicht in Vergessenheit geraten, daß Italien 1984 eine Reihe von Verstößen gegen die EG-Agrarmarktordnungen ansammelte, die alles andere als geeignet sind, um die Glaubwürdigkeit Roms zu stärken.

Noch längst nicht gelöst ist ebenfalls das Stahlproblem, auch wenn die EG-Kommission vor wenigen Tagen die italienischen Stahlhilfen „genehmigte", die die italienische Regierung ohne Plazet Brüssels zuvor den Staatsunternehmen hatte zukommen lassen. Gerade in der Stahlfrage ist das Vertrauen der Partner und der Kommission in den Willen Italiens, die gemeinsame Politik mitzutragen und sich an die Stillegungsauflagen zu halten, gründlich gestört.

Es wird daher mehr als diplomatischem Geschick und dem unbestreitbaren Talent zu effektvollen Bühnenauftritten bedürfen, um in den kommenden sechs Monaten mit der Kommission nicht in Konflikt zu geraten. Sonst ist die Präsidentschaft nicht mehr als leere Repräsentation.

AUF EIN WORT

„Die zusätzliche Energiemenge, die für die Ernährung und Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung aufgebracht werden muß, entspricht etwa dem derzeitigen Verbrauch Nordamerikas. Wir stehen also vor der gewaltigen Herausforderung, in 15 Jahren das Energie-Angebot so auszuweiten, als ob die Welt um einen ganzen Kontinent wachsen würde."

Wolfgang Oehme, Vorstandsvorsitzender der Esso AG, Hamburg.
FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

Langmann gegen Konzertierte Aktion

rtr, Köln

Gegen eine Wiederbelebung der Konzertierten Aktion hat sich der neue Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Joachim Langmann, ausgesprochen. Die Gewerkschaften hätten diese Spitzengespräche immer als ausgesprochenes Politikum betrachtet, sagte Langmann in einem Rundfunk-Interview. Er halte es deshalb für besser, nicht auf dieser vorbelasteten Ebene aufeinander zuzugehen. Die Bereitschaft dazu habe sich schon auf beiden Seiten gezeigt.

KONJUNKTUR

Volksbanken und Sparkassen warnen vor Zinserhöhung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Vor hektischen Reaktionen auf den hohen Dollar-Kurs warnt der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken BVR in seinem jüngsten Konjunkturbericht. Es sollte keinesfalls versucht werden, den Kurs der D-Mark durch eine Erhöhung der Leitzinsen zu festigen. Eine solche Überreaktion wäre außenwirtschaftlich bestenfalls wirkungslos, würde im Inland jedoch die Konjunktur treffen. Für Investitionen wäre eine Zinserhöhung ein erheblicher Bremsklotz.

Die gegenwärtige Dollar-Stärke ist nach Ansicht des Verbandes nicht mehr primär auf die hohen US-Zinsen zurückzuführen. Seit Anfang September habe sich die Zinsdifferenz zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten vielmehr halbiert, ohne daß dies den Höhenflug des Dollar gestoppt hätte. Daher sollte auf die Kursentwicklung auch nicht mit einer Zinserhöhung reagiert werden. In gleichem Sinne warnt auch der Deutsche Sparkassen- und Giroverband die Bundesbank vor der diskutierten Erhöhung des Lombardsatzes.

Vor einem voreiligen konjunkturellen Optimismus hat noch einmal der Chef des Hamburger Instituts für Wirtschaftsforschung HWWA, Armin Gutowski, gewarnt. Die Bundesrepublik steuere auf eine Situation zu, daß Wachstum und hohe Kapazitätsauslastung einhergehen mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit. Da das einzelne Unternehmen nach Gewinn und nicht nach Vollbeschäftigung in der Gesamtwirtschaft strebt, braucht es also nicht zu verwundern, daß sich die optimistischen Stimmen aus dem Unternehmerlager häufen.

WOHNUNGSBAUFÖRDERUNG

„In wesentlichen Punkten jetzt Einvernehmen erzielt"

HEINZ HECK, Bonn

Über die künftige steuerliche Wohnungsbauförderung hat Finanzminister Gerhard Stoltenberg mit Wohnungsbauminister Oscar Schneider bei einem Chefgespräch am Montag abend „in wesentlichen Punkten Einvernehmen erzielt". Stoltenberg erklärte gestern auf einer Pressekonferenz, die sogenannte „Kinderkomponente" von 600 Mark sei jetzt endgültig vereinbart. Das bedeutet also, daß Eigenheimer je Kind 600 Mark von der Steuerschuld absetzen können. Sowohl die Höhe wie die Anrechnungsmethode waren vor dem Gespräch noch offen.

Schneider zeigte sich nach dem Gespräch befriedigt vor allem über die deutlich höhere Dotierung des Wohngelds ab 1986 auf dann rund 3,5 Milliarden Mark. Wie ein Sprecher erklärte, wurde am Montag vereinbart, den Bundesanteil nicht nur – wie bisher vorgesehen – um 350, sondern um 450 Millionen Mark zu erhöhen, so daß sich mit einem gleich hohen Länderanteil ein Plus von 900 Millionen Mark ergibt.

Die Sonderabschreibungen für Energieeinsparung, Stadtsanierung, Denkmalschutz und Modernisierung (Paragraph 82a ff Einkommensteuerdurchführungsverordnung) stellen insofern ein steuersystematisches Problem dar, als die Nutzungswertbesteuerung künftig entfällt. Offenbar geht es in den weiteren Gesprächen darum, hierfür eine einwandfreie steuertechnische Lösung zu finden. Das zur Debatte stehende Finanzvolumen ist dagegen gering.

Auf Wunsch von Familienminister Heiner Geißler soll auch noch über eine „Elternkomponente" (für im eigenen Haus wohnende Eltern) gesprochen werden. Sie gilt jedoch als wenig chancenreich.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

US-Großbank hat Prime Rate gesenkt

Washington (AFP) – Die Manufacturers Hanover Trust Co., viertgrößtes Geldinstitut der USA, hat die Prime Rate von 10,75 auf 10,50 Prozent gesenkt und damit nach Ansicht von Wirtschaftsexperten das Signal für eine allgemeine Zinssenkung gegeben. Die Prime Rate lag seit Mitte Dezember bei 10,75 Prozent. Die Entscheidung der Bank dürfte von der gegenwärtigen Haltung der amerikanischen Zentralbank ermutigt worden sein. Diese betreibt seit Monaten schon eine gelockerte Geldpolitik, um einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums entgegenzuwirken.

Mehr Stahl erzeugt

Brüssel (dpa/VWD) – Die Rohstahlerzeugung der westlichen Welt hat 1984 nach ersten Angaben des Internationalen Eisen- und Stahlinstituts, Brüssel, rund 710 Millionen Tonnen erreicht. 1983 waren es 660 Millionen Tonnen. Die Europäische Gemeinschaft hatte daran einen Anteil von knapp 120 Millionen Tonnen nach 109,5 Millionen Tonnen 1983.

Pfund bleibt schwach

London (dpa/VWD) – Das Pfund Sterling hat sich auch gestern an der Londoner Devisenbörse kaum erholen können, obwohl die Regierung, die Bank von England und die Großbanken am Vortag mit politischen Stützungsaktionen und scharfen Zinserhöhungen versucht hatten, die Spekulationswelle einzudämmen. Gegen Mittag lag der Pfund-Kurs bei 1,1145 Dollar, nachdem er am Morgen zunächst vom Vortags-Schlußkurs von 1,1105 auf 1,1220 gestiegen war. Die Atmosphäre an den Devisenmärkten wurde als unsicher und sehr hektisch beschrieben. Im Vergleich zur D-Mark sank das Pfund auf einen Mittelkurs von 3,564 DM.

Flotte wird modernisiert

Brüssel (dpa/VWD) – Zur Modernisierung der Fischereiflotte der EG-Länder und Verbesserung der Aquakultur hat die EG-Kommission Ende letzten Jahres 66 Millionen Mark für insgesamt 383 Projekte zur Verfügung gestellt. Nach Angaben der Kommission gehen 26 Millionen Mark nach Italien, für sechs deutsche Fischereiprojekte wurden 1,3 Millionen Mark bereitgestellt.

Bierausstoß gesunken

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der Bierausstoß der deutschen Brauereien ist in den ersten elf Monaten 1984 um 2,2 Prozent gesunken. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug er 85,3 Millionen Hektoliter. Mit einem Anteil von 29,7 Prozent haben die Brauereien in Nordrhein-Westfalen den größten Bierausstoß registriert vor Bayern mit 26,7 Prozent.

Fernverkehr nahm zu

Bonn (AP) – Der Güterfernverkehr auf den bundesdeutschen Straßen ist 1984 voraussichtlich um rund fünf Prozent gewachsen. Wie das Bonner Verkehrsministerium mitteilte, entwickelte sich dabei der grenzüberschreitende Verkehr mit einem Plus von rund sechs Prozent besonders kräftig. Bedingt durch die gute Exportkonjunktur liegt dabei der Versand deutlich über dem Empfang. Beim Binnenverkehr betrug der Zuwachs 4,3 Prozent. Wie bereits im Vorjahr erzielten 1984 die ausländischen Spediteure mit 5,9 Prozent ein größeres Plus als die Inländer (4,6). Beim inländischen Lkw-Verkehr verschob sich das Gewicht weiter von den gewerblichen Spediteuren (plus 3,6 Prozent) zu den werkseigenen Fahrzeugen (plus sechs Prozent).

„Milchsteuer aufheben"

Münster (dpa) – Für eine Aufhebung der Milchsteuerabgabe hat sich gestern in Münster Bauernverbandspräsident Freiherr Heereman eingesetzt. Im Landwirtschaftlichen Pressedienst seiner Organisation verlangte Heereman zugleich einen Verzicht auf jede weitere allgemeine Kürzung der Milchquoten und einen Preisausgleich fÜr die MengenkÜrzungen 1984/85 und 85/86. Bei vielen Milcherzeugern vor allem in Höhengebieten wie dem Sauerland gehe es inzwischen um ihr Überleben als Bauern.

Arbeitslosigkeit gestiegen

Paris (J.Sch.) – Die Arbeitslosigkeit ist in Frankreich weiter gestiegen. Mit 2,52 Millionen (2,40 Millionen saisonbereinigt) erreichte die Zahl der Stellengesuche Ende 1984 einen neuen Rekord. Gegenüber dem Vormonat hat sie saisonbereinigt um 0,8 Prozent zugenommen und gegenüber Ende 1983 um 13,3 Prozent. Gleichzeitig ging im Jahresvergleich die Zahl der Stellenangebote um 29,4 Prozent auf 42 200 zurück. Allerdings zeigte sich hier gegenüber dem Vormonat eine Besserung um 9,3 Prozent. Für die Regierung hat sich die Arbeitsmarktlage inzwischen stabilisiert. Von ihrem Ziel, die Jugendarbeitslosigkeit (zur Zeit 44 Prozent der Arbeitslosen) zu vermindern, ist sie aber noch weit entfernt.

KAPITALMÄRKTE

OECD: Anleihe-Emissionen erreichten Rekord-Volumen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Mittelvergaben auf den internationalen Kreditmärkten haben sich 1984 gegenüber dem Vorjahr auf 228,8 (157,8) Mrd. Dollar erhöht. Davon entfielen 111,3 (77,2) Mrd. Dollar auf Anleihe-Emissionen, die bei einer Zunahme um 44 Prozent einen Rekord erreichten. Die Kredite der Banken stiegen auf 117,5 (80,7) Mrd. Dollar. Darin stecken aber verschiedene doppelt erfaßte Transaktionen.

Die OECD veranschlagt den echten Emissions- und Kreditbetrag auf rund 200 Mrd. Dollar gegenüber 153,8 Mrd. Dollar im Vorjahr. Um 26,5 Mrd. Dollar zu hoch seien insbesondere die internationalen Gemeinschaftskredite der Banken bewertet worden. Sie enthielten Kreditlinien, die wahrscheinlich niemals beansprucht werden. Auch seien verschiedene Bankgarantien für Obligationen zusätzlich zu diesen selbst erfaßt worden. Immerhin aber verbleibt auch ein beträchtlicher Zuwachs.

Stark ausgeweitet haben sich 1984 die Umschuldungstransaktionen. Die OECD hatte bereits festgestellt, daß das Schlimmste der Schuldenkrise überstanden sei. Dazu heißt es jetzt, daß die Banken den Schuldnerländern weniger neue Kredite bereitgestellt haben als 1983.

Die von den Entwicklungsländern (ohne Opec) an den internationalen Kapitelmärkten aufgenommenen Mittel erhöhten sich auf 28,5 (27,6) Mrd. Dollar, während sich die Opec-Staaten mit nur noch 4,2 (7,9) Mrd. Dollar begnügten. Zum ersten Mal seit längerer Zeit sind die Ostblockstaaten an die westlichen Kapitalmärkte herangetreten, die sie mit 3,3 (1) Mrd. Dollar beanspruchten.

BUNDESHAUSHALT / Stoltenberg: Ausgabenentwicklung unter Kontrolle

Steuerausfälle durch Vorruhestand

HEINZ HECK, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat gestern bei der Bekanntgabe der Haushaltszahlen von 1984 an die Politiker der Koalition appelliert, die Konsolidierung auch in den kommenden Jahren fortzusetzen. Alle neuen Ausgabenforderungen sollten mit Deckungsvorschlägen versehen sein. Nach vorläufigen Angaben sind die Ausgaben des Bundes mit 251,7 um 5,4 Milliarden Mark hinter dem Soll zurückgeblieben. Die Nettokreditaufnahme erreichte statt der bewilligten 33,6 somit nur 28,3 Milliarden Mark (1983 hatte die Neuverschuldung noch 31,5 Milliarden betragen).

Gegenüber 1983 sind die Ausgaben um zwei und die Steuereinnahmen um 3,6 Prozent gestiegen. Der Bundesbankgewinn von 11,4 (11,0) Milliarden Mark sorgte erneut für eine deutliche Entlastung. Auch bei den Ländern zeichne sich, so Stoltenberg, nach dem Ergebnis der ersten elf Monate „ein fühlbarer Rückgang der Neuverschuldung ab". Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik hätten die Gemeinden 1984 voraussichtlich keine neuen Schulden gemacht. Einige große Städte seien aber in „ernsthaften Schwierigkeiten".

Stoltenberg wertet das Haushaltsergebnis 1984 für den Bund als „weiteren wichtigen Schritt zur Gesundung der Staatsfinanzen". Er gibt jedoch zu bedenken, daß der Rückgang der Neuverschuldung gegenüber dem Vorjahr geringer ausgefallen sei als 1983 (mit 5,7 Milliarden gegenüber dem Ist von 1982).

Die Ausgabenentwicklung habe er unter Kontrolle. Der Grund für diesen weniger deutlich ausgefallenen Rückgang der Neuverschuldung liege vor allem im verhaltenen Anstieg der Steuereinnahmen des Bundes. Der Ansatz des Haushaltsplans 1984 war bei der Steuerschätzung vom November um 2,9 auf 197,2 Milliarden Mark zurückgenommen worden. Dieser decke sich mit dem tatsächlichen Steuereingang. Hauptursachen hierfür seien sowohl die Wirkungen des Arbeitskampfes vom Frühjahr und der Rückgang der Inflationsrate, aber auch die zur Jahresmitte erhöhte Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft und die Vorruhestandsregelung. Diese sei von der Wirtschaft „sehr breit angenommen" worden und habe 1984 zu Steuermindereinnahmen von rund 300 Millionen Mark für Bund, Länder und Gemeinden geführt und werde 1985 Steuerausfälle von zwei Milliarden Mark bewirken.

Die Investitionsausgaben des Bundes seien 1984 zwar um sechs Prozent auf 33,2 Milliarden gestiegen, aber damit dennoch um rund 2,5 Milliarden hinter dem Ist zurückgeblieben. Dagegen haben die Konsumausgaben nur um 1,4 Prozent gegenüber 1983 zugenommen.

BAUGEWERBE / „Zu wenig öffentliche Investitionen"

Forderungen an Bangemann

dpa/VWD, Bonn

Das deutsche Baugewerbe fordert angesichts der bedrohlichen Lage der Bauwirtschaft eine Aufstockung der ordentlichen Investitionshaushalte von Bund, Ländern und Gemeinden um jährlich fünf Mrd. DM. Damit sollten vor allem notwendige Bauten im Bereich des Umweltschutzes angepackt werden, erklärte der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Baugewerbes, Fritz Eichbauer, dem Bundeswirtschaftsminister, Martin Bangemann, gestern in einem Gespräch, zu dem Bangemann eingeladen hatte.

Dabei verwies Eichbauer auf die wieder verbesserte Finanzlage der Gemeinden sowie die Appelle auch des Bundesbauministers, die Bauinvestitionen wieder zu beleben. Zeitlich befristete Sonderprogramme zur Belebung der Baukonjunktur lehnte Eichbauer in Übereinstimmung mit Bangemann ab. Die wirtschaftliche Lage der Baubetriebe beschreibt der Zentralverband schon für den Dezember 1984 mit seiner relativ milden Witterung als „katastrophal".

In seiner jüngsten Schnellerhebung heißt es, die Bauproduktion sei im letzten Monat des Jahres 1984 weiter eingeschränkt worden, die Nachfrage nach Bauleistungen in allen Sparten rückläufig gewesen. Die Zahl der Arbeitslosen am Bau habe sich auf 191 200, die der Kurzarbeiter auf 103 136 belaufen.

Die Reichweiten der Aufträge hätten sich weiter verkürzt: Beim Hochbau von 1,7 auf 1,6 Monate, beim Tiefbau von 1,6 auf 1,3 Monate und beim Straßenbau von 1,4 auf 1,2 Monate. Die Kapazitätsauslastung fiel im Hochbau auf nur noch 44 Prozent und im Tiefbau auf minimale 41 Prozent. Bei den Baupreisen habe der starke Druck angehalten, so daß oft unter Selbstkosten angeboten werde. Viele Bauunternehmen rechneten mit einer weiteren Verschlechterung der Lage.

FRANKREICH / Die Präsidenten von Usinor und Sacilor befürworten eine Fusion

Abbau der Verluste verzögert sich

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nachdem die französische Regierung Ende 1981 die von ihr kontrollierten Stahlkonzerne Sacilor und Usinor durch Umwandlung der staatlichen Forderungen in Beteiligungen verstaatlicht hatte, schien deren Fusion nur eine Frage der Zeit zu sein. Die Präsidenten der beiden Unternehmen wollten jedoch ihre Selbständigkeit nicht aufgeben. Jetzt haben sie in gleichlautenden Schreiben an Industrieministerin Edith Cresson die Fusion aber als „unvermeidbar" bezeichnet.

Dieser Stimmungswechsel erklärt sich nach Angaben des Stahlverbands zunächst daraus, daß Usinor-Präsident Raymond Levy inzwischen durch den weniger fusionsfeindlichen René Loubert abgelöst wurde. Außerdem hat sich herausgestellt, daß die Verluste der beiden Konzerne nicht in dem von der Regierung festgelegten Maße reduziert werden konnten. Nach elf Mrd. Franc 1983 dürften sie für 1984 immer noch acht Mrd. Franc erreichen.

Die besonders defizitären Produktionsbereiche der beiden Konzerne sind bereits in zwei gemeinsamen Tochtergesellschaften zusammengelegt worden, nämlich der Profilstahlbereich in der Unimétal und der Edelstahlsektor in der Ascométal. In beiden Gesellschaften verfügt Sacilor über die 51prozentige Mehrheit. Bis 1987 sollen sie durch gemeinsame Investitionen und einer Belegschaftsreduzierung um 10 000 beziehungsweise 4000 Personen aus den roten Zahlen gebracht werden.

Dagegen liefern sich Sacilor und Usinor im Flachstahlbereich einen verstärkten Wettbewerb. Sie stehen in diesem – wieder rentablen – Sektor jetzt vor der Frage, Investitionen durchzuführen, deren Kosten durch eine Fusion wesentlich begrenzt werden könnten. Dies ist einer der Gründe, warum auch die Regierung der Fusion positiver gegenübersteht.

Nach dem letzten Stahlplan (März 1984) war für den Vierjahresabschnitt 1984 bis 1987 ein Investitionsprogramm von 15 Mrd. Franc beschlossen worden. Durch die neuen Pläne im Flachstahlbereich käme man auf fast 20 Mrd. Franc. Die staatlichen Hilfen für die Investitionen, für die laufenden Finanzkosten und für den Ausgleich der Verluste, die von der Regierung auf 27 bis 30 Mrd. Franc beziffert worden waren, könnten (auch wegen der anhaltend hohen Defizite) etwa 40 Mrd. Franc erreichen.

Ob eine Fusion von Sacilor und Usinor deren Sanierung erleichtern würde, ist aber keineswegs unumstritten. Ein derartiger Mammutkonzern, der größte in Europa und der zweitgrößte in der Welt (nach Nippon Steel), sei schwer zu leiten. Außerdem könnten viele Großkunden zur ausländischen Konkurrenz überlaufen, wenn sich Usinor und Sacilor preislich keine Konkurrenz mehr machen.

ITALIEN / Für Verminderung der Steuerprogression

Gewerkschaften wollen Reform

GÜNTHER DEPAS, Mailand

In Italien zeichnet sich eine Verminderung der Steuerprogression ab, um die inflationsbedingte Mehrbesteuerung der Einkommen zu beseitigen oder zumindest abzuschwächen. Die Gewerkschaftsorganisationen haben die Regierung aufgefordert, schon für das laufende Jahr Korrekturen in das Steuersystem einzubauen. Die eigentliche Reform soll den gewerkschaftlichen Vorstellungen zufolge 1986 folgen und 1987 abgeschlossen werden.

Die Regierungsparteien, insbesondere die christlichen Demokraten und die Sozialisten, machen den Übergang zu einem neuen System von der Reform der gleitenden Lohnskala abhängig. Sie stehen dabei auf dem Standpunkt, daß die Verminderung des inflationsbedingten Fiscal Drags durch langsamere Bewegungen der Index-Automatik ausgeglichen werden muß, mit der heute Löhne und Gehälter quartalsweise den vorangegangenen Preiserhöhungen angepaßt werden. Nach Auffassung der Christlich-Demokratischen Partei sollte die gleitende Lohnskala künftig nur noch jährlich in Bewegung gesetzt werden. Außerdem solle sie von den Erhöhungen der Mehrwertsteuer abgeschirmt werden.

Finanzminister Bruno Visentini hat inzwischen angekündigt, daß die Abschwächung der inflationsbedingten Mehrbesteuerung auf alle Einkommen ausgedehnt werden wird. Gleichzeitig betonte er, daß eventuelle Steuererleichterungen für das laufende Jahr nur dann zugestanden werden können, wenn sich die Gewerkschaften verpflichten, die vor wenigen Monaten mit der Regierung getroffene Vereinbarung über die Einkommenspolitik einzuhalten. Dieser Vereinbarung zufolge sollen die Löhne und Gehälter der öffentlichen Bediensteten im laufenden Jahr nicht stärker zunehmen als die ins Auge gefaßte Inflation, nämlich 7 Prozent.

FRANKREICH / Neue Wirtschaftszeitung auf dem Markt

Gute Autoren unter Vertrag

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

In der französischen Wirtschaftspresse gibt es von heute an schärferen Wettbewerb. Die dann erscheinende Tageszeitung „La Tribune de l'Economie" ist mehr als das eingestellte „Nouveau Journal" des gleichen Verlags. Denn sowohl von der Konkurrenzzeitung „Les Echos" als auch von „Le Monde" hat Herausgeber Bruno Bertez (40) eine Reihe von Spitzenredakteuren wegengagiert. Die „Monde"-Krise kam ihm dabei zu Hilfe.

So finden Leser international bekannte Namen wie Jean-Michel Quatrepoint und Philippe Labarde als Generaldirektor und Redaktionsdirektor in der „Tribune" wieder. Als Chefredakteur wurde der Leiter der Industrieredaktion von „Les Echos", Jacques Jublin, angeheuert. Die meisten der übrigen Redakteure kommen vom „Nouveau Journal" sowie von der „Liberation" und vom „Quotidien des Paris".

Die im Tabloid-Format mit zunächst 32 Seiten (ohne Anzeigenseiten) erscheinende „Tribune" behandelt ausschließlich das Wirtschafts-, Finanz- und Börsengeschehen. Auf allgemeine Informationen, die in der übrigen Wirtschaftspresse immer mehr um sich greifen, wird bewußt verzichtet.

Die „Tribune", für die Bertez 70 Mill. Franc investiert hat, soll innerhalb von zwei Jahren auf eine verkaufte Auflage von 70 000 Exemplaren gebracht werden.

SONDERFONDS AFRIKA / Finanzierung noch ungeklärt – Geber-Konferenz Ende Januar

Weltbank will Mittel an Programme knüpfen

KAREN SÖHLER, Bonn

Der von der Weltbank geplante Sonderfonds für Afrika gewinnt Konturen; das Ziel ist klar: Nicht projektgebundene Entwicklungshilfe soll besser koordiniert werden, da nur einheitliche Strukturprogramme zum Erfolg führen, sagte Tim W. B. Cullen, ein Vertreter des Pariser Büros der Weltbank, gegenüber der WELT.

Im Visier hat die Organisation vor allem die Landwirtschaft. Darüber hinaus würde der Sonderfonds genutzt, um brachliegende Gebäude, alte Brücken oder Straßen zu renovieren. Damit das Kapital in die richtigen Kanäle fließt, sollen Mittel nur an Staaten vergeben werden, die ein ausgearbeitetes Programm – mit Hilfe der Weltbank-Experten – vorlegen.

Cullen meint, daß die Aussichten für die Verwirklichung der Idee nicht schlecht sind; die Schwierigkeiten übersieht er allerdings nicht. Denn die Schwachstelle ist nach wie vor die Finanzierung. Die vorgesehene Fondsausstattung von eine Mrd. Dollar müßte zu großen Teilen – jeder 150 Mill. Dollar – von Frankreich, der Bundesrepublik, Großbritannien und der Weltbank aufgebracht werden.

Denn die USA haben sich schon gegen den Sonderfonds entschieden. Aber auch London und Bonn sind keine sicheren Kandidaten. Der Bundeshaushalt ist erschöpft. Bliebe nur, Gelder aus der finanziellen Zusammenarbeit zu reprogrammieren und für Kofinanzierungen mit der Weltbank freizumachen. Und auch bei den verbleibenden 400 Mill. Dollar, mit denen die kleineren westlichen Industriestaaten belastet werden sollen, sind kaum Einzelheiten geklärt. 15 Mill. und zehn Mill. Dollar haben bisher nur Schweden und Norwegen fest zugesagt. Dänemark, Finnland und Island haben zumindest Unterstützung versprochen.

Die Weltbank setzt ihre Hoffnungen auf die Konferenz der Geberländer, zu der die Organisation die Mitglieder des Entwicklungshilfe-Ausschuß der OECD (DAC) – ausgenommen das Nicht-Weltbank-Mitglied Schweiz – am 31. Januar und 1. Februar eingeladen hat. Das einmalige Drei-Jahres-Programm soll bei dem Treffen noch mehr Länder überzeugen.

Polen muß wieder Getreide einführen

dpa/VWD, Warschau

Polen muß trotz Rekordernten in den beiden vergangenen Jahren auch 1985 wieder Getreide importieren. Wie die Regierungszeitung „Rzeczpospolita" meldet, sind für dieses Jahr Einfuhren von drei Millionen Tonnen Getreide, 1,2 Millionen Tonnen Schrot und 50 000 Tonnen Fisch vorgesehen. Außerdem sollen chemische Zusätze für Viehfutter eingeführt werden. 1984 habe Polen für Lebensmittelimporte mehr als eine Milliarde Dollar (rund 2,85 Mrd DM) ausgegeben, darunter 375 Millionen Dollar für Getreide. In den polnischen Medien wird die Bevölkerung zur Zeit über geplante Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel (bis zu neun Prozent) bei teilweise wegfallender Rationierung informiert.

Großkreditregelung in Luxemburg

dpa/VWD, Luxemburg

Die am Finanzplatz tätigen Banken unterliegen seit dem 1. Januar 1985 einer neuen Großkreditregelung. Nach einer Verordnung des Luxemburgischen Währungsinstituts sollen alle ungesicherten Kredite an ein Unternehmen oder an eine wirtschaftlich verbundene Gruppe nicht mehr als 50 Prozent der Eigenmittel der Bank übersteigen. Diese Regelung gilt mit einer dreijährigen Übergangszeit. Nach insgesamt fünf Jahren dürfen diese Großkredite sogar nur 30 Prozent der Eigenmittel ausmachen. Die Luxemburgische Regelung bewegt sich damit zwischen den Grenzwerten in der Schweiz (20 Prozent) und denen nach der Novelle des Kreditwesengesetzes in der Bundesrepublik (40 Prozent).

DEUTSCHE INDUSTRIEWARTUNG / Spezial-Service

Dynamik soll noch zunehmen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Wurden früher in den Fabriken kostbare Arbeitsstunden dafür aufgewendet, Maschinen vom Bedienungspersonal putzen zu lassen, Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten von eigenen Abteilungen im Unternehmen wahrnehmen zu lassen, so geht inzwischen der Trend immer mehr zur Vergabe solcher Tätigkeiten an spezielle Service-Unternehmen. Als Marktführer im klassischen Bereich der Industriewartung sieht sich mit einem Marktanteil von fast 40 Prozent in der Bundesrepublik die 1962 in Stuttgart gegründete DIW (Deutsche Industriewartung)-Firmengruppe, die 1984 ihren Umsatz um 12 Prozent auf knapp 110 Mill. DM gesteigert hat.

Peter Schuck, Gründer und Sprecher der Gruppe, die bundesweit operiert, ist um die Zukunft des Unternehmens nicht bange. Er geht davon aus, daß nach Umsatzsteigerungsraten von durchschnittlich 10 bis 15 Prozent der vergangenen Jahre die Dynamik künftig noch eher zunehmen wird. Dabei gingen die Aktivitäten immer mehr in Richtung Instandhaltung und vor allem vorbeugender Instandhaltung.

Dies bedeute für das Service-Personal mehr Qualifikation, da beispielsweise eine Maschinenanlage nicht nur gereinigt und abgeschmiert werde, sondern auch Schwachstellen erkannt und beseitigt werden müßten. Unter den 1800 Beschäftigten der DIW-Gruppe (hinzu kommt ein Reservoir von etwa 3000 Teilzeit-Beschäftigten, die bei Bedarf eingesetzt werden) sind deshalb auch Ingenieure, Mechaniker oder Schlosser. Größter Auftraggeber ist die Automobilindustrie, es folgt der Werkzeugmaschinenbau.

Fünf Spezialisten befänden sich derzeit im saisonalen Einsatz in einer syrischen Zuckerfabrik. Dies sei der Auftakt für weitere internationale Aktivitäten. Zur Firmengruppe, deren „Dach" die DIW Holding GmbH München ist, gehören seit der Realteilung im Jahre 1982 (seinerzeit wurden die Niederlassungen verselbständigt) zwölf GmbH's, deren Anteile direkt und indirekt acht aktive Gesellschafter halten.

GERRESHEIMER GLAS / Endlich Rückkehr zur Dividende für alle Aktionäre

Hohlglas-Kapazität wieder voll genutzt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Hoffnung hat nicht getrogen. Nachdem es dem Verpackungsmittelkonzern Gerresheimer Glas AG, Düsseldorf, im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 11.) gelungen ist, sein negatives Eigenkapitalkonto „EK 56" ins Positive zu drehen, macht dieser führende deutsche Hohlglasproduzent seine im letzten Mai angedeutete Absicht wahr, allen Aktionären mit Nachholen des seinerzeit zurückgestellten Gewinnverwendungsbeschlusses für 1982/83 nach langen Hungerjahren eine Dividende zu zahlen. Sie wird einer außerordentlichen Hauptversammlung am 25. Februar mit 2,50 DM vorgeschlagen.

Davon profitieren neben dem Hauptaktionär, dem US-Glaskonzern Oweno-Illinois, Streubesitzer mit noch knapp einem Fünftel Anteil an 90,8 Mill. DM Aktienkapital. Letztere allein erhielten für 1980/81 eine Pflegedividende von zwei Mark, davor seit 1974/75 und danach ebenso wie der Großaktionär nichts. Für alle soll es auch für das jetzt abgelaufene Geschäftsjahr 1983/84 Dividende geben, kündigt der Vorstand im ersten Rückblick auf das Berichtsjahr an.

Denn die Rentabilität habe sich 1983/84 weiter verbessert. Aus einem um 3 (4,5) Prozent auf 915 Mill. DM gesteigerten Umsatz mit nur noch 4400 (4645) Beschäftigten erzielte die Gruppe einen Konzern-Jahresüberschuß von circa 25 (16,8) Mill. DM. Alle drei Unternehmensbereiche arbeiteten mit Gewinn.

Der Vorstand hebt als Glanzlicht von Ertragsbesserung und Umsatzplus zwar den Bereich Kunststoff-Verpackungen mit nun 134 (108) Mill. DM Umsatz hervor. Aber entscheidend für den Renditeanstieg war zweifellos die mit 672 (668) Mill. DM Umsatz weiterhin dominierende Hohlglasproduktion. Auf diesem Feld (deutscher Marktanteil 32 Prozent) erlebte das Unternehmen, das hier in den letzten Jahren eine radikale Strukturbereinigung mit Konzentration auf nur noch drei (fünf) Glashütten hinter sich brachte, erstmals seit Ende der 60er Jahre wieder eine Vollauslastung der Kapazitäten „mit Gewinnanstieg".

Auch der Bereich Getränkedosen schloß bei nur noch 109 (112) Mill. DM Umsatz mit „befriedigendem Ergebnis" ab. Zuversicht in den weiteren Ausbau der 1983/84 „gefestigten" Marktpositionen demonstriert der Konzern auch mit den in der Berichtszeit auf 85 (51) Mill. DM gesteigerten Invstitionen bei 49 (48) Mill. DM Abschreibungen. Bei stagnierendem Behälterglasmarkt wurde in die Hohlglas-Kapazitäten allerdings nur für technische Verbesserungen investiert.

Erweiterungsinvestitionen hingegen wurden weiterhin in den Bereichen Getränkedosen und Kunststoffverpackungen vorgenommen. Auf dem Dosenmarkt, wo „abflachendes Wachstum" und verstärkter Konkurrenzdruck auch aus neuen Kapazitäten herrschen, dehnt Gerresheimer Glas seine Aktivitäten nun auch mit eigener (nicht konsolidierter) Produktionsbeteiligung intensiver auf Österreich aus. Durchweg kräftiges Wachstum registriert der Konzern auf seinen Märkten für Kunststoff-Verpackungen, dies sowohl für Kosmetika als auch für Schaumfolien und Kunststoff-Flaschen.

INTERNATIONALE MÖBELMESSE

Starkes Auslandsinteresse

SABINE SCHUCHART, Köln

Kräftige helle Farben und großflächige Designs im Polstermöbelbereich sollen das Wohnen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre bestimmen. Auch kennzeichnete ein deutlicher Trend zu mobilen und leichteren Möbeln das Angebot auf der Internationalen Möbelmesse, die gestern in Köln begonnen hat. Bereits am ersten Tag zeichnete sich ein starkes Interesse der in- und ausländischen Fachbesucher ab.

Die 14 Hallen des Kölner Messegeländes mit einer Ausstellungsfläche von 212 000 Quadratmetern sind mit etwa 1500 Ausstellern voll belegt. Über die Hälfte kommt aus dem Ausland, an ihrer Spitze mit 283 Firmen auch diesmal wieder Italien als wichtigster Möbellieferant der Bundesrepublik Deutschland. Die 657 deutschen Aussteller erwarten vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Exportbooms von der Möbelmesse weitere Impulse für das Auslandsgeschäft. Noch nie war nämlich das Interesse ausländischer Einkäufer an deutschen Möbeln so rege wie in den zurückliegenden Monaten. Während der Anstieg der Möbeleinfuhren 1984 unter zehn Prozent lag, stiegen die Umsätze im Export um fast 14 Prozent auf 3,7 Mrd. DM und erreichten damit den bisherigen Höchststand.

Besonders deutlich (um 111 Prozent) nahmen die Exporte in die USA zu. Sie übertrafen 1984 erstmals die 200-Mill.-DM-Marke. Für 1985 wird eine nochmalige Verdoppelung angestrebt, was durch den Aufbau einer eigenen Absatzorganistion in den USA unterstützt werden soll. Sehr zufrieden zeigte sich die Möbelindustrie 1984 auch mit den zweistelligen Zuwachsraten bei den wichtigen Abnehmerländern Schweiz, Österreich und Großbritannien.

Trotz der positiven Exportentwicklung brachte das Jahr 1984 angesichts der stagnierenden Binnennachfrage der deutschen Möbelindustrie insgesamt einen nicht befriedigenden Absatz. So dürfte nach Berechnungen des Verbandes der Möbelindustrie bei einem nominalen Umsatzanstieg von 18,7 auf 19,15 Mrd. DM im gesamten Jahr höchstens ein reales Plus von etwa einem Prozent erreicht worden sein.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Mehrheit übernommen

Berlin (dpa/VWD) – Die Berliner Bank AG hat zum 31. Dezember 95 Prozent des 1 Mill. DM betragenden Stammkapitals der Miet- und Handelsgesellschaft mbH, Frankfurt, von der Allgemeine Privatkundenbank AG, Hannover, erworben. Die restlichen 5 Prozent hält unverändert die LHI Leasing für Handel und Industrie GmbH, München, an der die Berliner Bank zu 40 Prozent beteiligt ist. Die MHG-Leasing betreibt das gewerbliche Leasinggeschäft mit mittelständischen Firmen aus Handel und Industrie.

US-Kaffeeröster bei Nestlé

Vevey (dpa/VWD) – Nestlé, der größte schweizerische Nahrungsmittelkonzern, hat jetzt auch die US-Kaffee-Firma Hills Bros. Coffee Inc., San Francisco, übernommen. Erst in der vergangenen Woche hatte die US-Wettbewerbsbehörde der Übernahme des US-Nahrungsmittelkonzerns Carnation Co. durch Nestlé für umgerechnet 9,3 Mrd. DM zugestimmt. Hills Bros. beschäftigt rund 1000 Mitarbeiter und verfügt über vier Produktionsstätten. 1983 erzielte das Unternehmen einen Umsatz von rund 350 Mill. Dollar. Den Preis für die Übernahme nannte Nestlé nicht.

Ämter niedergelegt

München (dpa/VWD) – Jens von Bandemer, Hauptgesellschafter des Bremsherstellers Knorr-Bremse KG, München, wird demnächst sämtliche Ämter in den Organen der zur Knorr-Bremse-Gruppe gehörenden Gesellschaften niederlegen. Damit wird nach Angaben des Unternehmens die seit einiger Zeit beabsichtigte Trennung zwischen Management und Kapital verwirklicht. Von Bandemer wolle sich auch auf Dauer von seinen Gesellschaftsanteilen trennen, was zunächst die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft voraussetzt. Es sei dabei auch an eine Beteiligung der Mitarbeiter gedacht. Im Dezember 1984 war nach Meinungsverschiedenheiten der beiden Hauptgesellschafter, Joachim Vielmetter und von Bandemer, das Unternehmen umstrukturiert worden. Vielmetter war als Komplementär ausgeschieden und hatte die Funktion eines Kommanditisten übernommen. Seine Anteile von knapp 50 Prozent, so hieß es im Dezember, sollten bis zum 31. März 1985 seinem Neffen von Bademer übertragen werden, der dann über 99,73 Prozent des Stammkapitals in Höhe von 3 Mill. DM verfügt hätte.

Mehr Aluminium

Bonn (dpa/VWD) – Die VAW Vereinigte Aluminium-Werke AG, Bonn, hat 1984 in ihren Werken 361 819 Tonnen Hüttenaluminium erschmolzen, 14,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Wie das zur bundeseigenen VIAG gehörende Unternehmen mitteilte, ist die Gesamtproduktion unter Einschluß des Drittelanteils an der Erzeugung der Hamburger Aluminium-Werk GmbH (HAW) um 12,8 Prozent auf 397 407 Tonnen gestiegen.

Beteiligung geordnet

Berlin (dpa/VWD) – Die von der Interfinanz-Treuhand Ende Dezember 1984 treuhänderisch übernommenen Anteile der H. Berthold AG an der Ormig Organisationsmittel GmbH, Berlin, wurden jetzt endgültig von der Verlagsgruppe Wolfsburger Kurier GmbH, Wolfsburg, erworben. Die Verlagsgruppe, die unter anderem zehn Wochenzeitungen in Niedersachsen und Westfalen herausgibt, will in Berlin ein Satz- und Druckzentrum einrichten. Die Ormig-Gruppe soll reorganisiert und fortgeführt werden.

Rentenbank mit 1984 zufrieden

VWD, Frankfurt

Das Prädikat „zufriedenstellend" gibt die Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt, der Ertrags- und Geschäftsentwicklung in 1984. Nach einem vorläufigen Jahresüberblick wuchsen die Bilanzsumme auf 22,4 nach 21,7 Mrd. DM und das Geschäftsvolumen ebenfalls um rund 700 Mill. DM auf 24,8 Mrd. DM. Das Refinanzierungsinstitut der Kreditwirtschaft für agrarbezogene Kredite hat im vergangenen Jahr mittel- und langfristige Darlehen in Höhe von 3,2 Mrd. DM neu zugesagt, das sind rund 400 Mill. DM mehr als 1983.

Bei Auszahlungen von 3,2 (Vorjahr: 2,9) Mrd. und Tilgungen von 2,6 (2,4) Mrd. DM stieg der Bestand an mittel- und langfristigen Ausleihungen 1984 um 3,9 Prozent auf 15,8 (15,2) Mrd. DM. Zur Refinanzierung wurden 4,3 (3,5) Mrd. DM Kapitalmarktmittel aufgenommen, davon 3,3 (2,9) Mrd. DM durch Verkauf von Landwirtschaftsbriefen und Kassenobligationen sowie 1,0 (0,6) Mrd. DM über Schuldscheine und Namensschuldverschreibungen. Bei 3,7 (3,2) Mrd. DM Tilgungen stiegen die dem Institut für das mittel- und langfristige Kreditgeschäft zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittel auf 15,2 (14,6) Mrd. DM. Die herausgelegten kurzfristigen Ausleihungen lagen Ende 1984 mit 3,5 Mrd. DM auf dem Vorjahresniveau.

Horst Kleiner Chef bei Schwäbisch Hall

nl. Stuttgart

Nachfolger des noch amtierenden und Ende dieses Jahres altershalber aus seinem Amt scheidenden Vorstandsvorsitzenden der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG Franz Bieling wird Horst Kleiner (47), zuletzt Vorstandsmitglied der Südwestdeutsche Genossenschafts-Zentralbank AG (SGZ-Bank), Frankfurt/Karlsruhe.

Kleiner, der aus dem Bodensee-Raum stammt und bislang vorwiegend im genossenschaftlichen Bankenbereich tätig war, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1985 zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Bausparkasse bestellt. Als Mitglied des Beirats der Bausparkasse und als Ersatzmitglied des Aufsichtsrats ist er dem Institut bereits länger verbunden und mit der Materie vertraut.

Bieling, ein gebürtiger Frankfurter, der am 22. Januar sein 65. Lebensjahr vollendet, amtiert in Schwäbisch Hall seit 1972 als Vorstandsvorsitzender. Unter seiner Ägide gelang es der im Genossenschaftslager verankerten Bausparkasse, die eng mit den Raiffeisen- und Volksbanken kooperiert, an die Branchenspitze vorzustoßen.

CIBA-GEIGY / Weltweit zweistelliges Wachstum

Konzerngewinn verbessert

dpa/VWD, Basel

Der schweizerische Chemiekonzern Ciba-Geigy AG, Basel, hat seinen konsolidierten Umsatz 1984 weltweit um 19 Prozent auf 17,48 Mrd. Franken (21,2 Mrd. DM) gesteigert. Auf der Basis der lokalen Währungen betrage die Umsatz-Zuwachsrate 15 Prozent. Das größte Chemieunternehmen der Schweiz gab gleichzeitig bekannt, mit der Zunahme des Umsatzes sei „auch eine markante Verbesserung des Konzerngewinns verbunden". 1983 hatte Ciba-Geigy einen Reingewinn von 776 Mill. Franken ausgewiesen.

Der Bereich Farbstoffe und Chemikalien profitierte der Konzernmitteilung zufolge auf nahezu allen Märkten von der guten Konjunktur und weitete seinen Umsatz um zehn Prozent auf 2,41 Mrd. Franken aus. Im Pharmabereich hielt die Umsatzentwicklung mit dem Weltmarktwachstum Schritt, so daß der Marktanteil gehalten werden konnte. Der Umsatz stieg um 14 Prozent auf 5,06 Mrd. Franken.

Der Bereich Agro profitierte von der Aufhebung der Anbaubeschränkungen in den USA und einer merklich höheren Nachfrage nach Pflanzenschutzmitteln und Saatgut in verschiedenen Ländern und steigerte seine Verkäufe um 28 Prozent auf 4,59 Mrd. Franken. Der günstige Konjunkturverlauf in den Industrieländern brachte auch bei Kunststoffen und Additiven eine beträchtliche Umsatzsteigerung. Die Gruppen Ilford und elektronische Geräte profitierten ebenfalls von der deutlich besseren Konjunktur.

KKH / „Maßvolle Anhebung des Beitragssatzes"

Hoher Anstieg der Kosten

dos. Hannover

Mit einer Kostensteigerungsrate von über sechs Prozent rechnet die Kaufmännische Krankenkasse (KKH), Hannover, für das Jahr 1984. Die ersten vorliegenden Zahlen und Berechnungen, so heißt es in einer Mitteilung, ließen erkennen, daß die Krankenhausbehandlung mit einem Anstieg um sieben bis acht Prozent wesentlichen Einfluß auf diese unbefriedigende Entwicklung genommen habe. Ähnliches gelte für die ärztliche Behandlung und die Arzneimittelkosten, die um jeweils fünf bis sechs Prozent gestiegen seien.

Erstmals in der Geschichte der Kasse würden die Leistungsausgaben im Jahre 1984 die Zwei-Milliarden-DM-Grenze überschreiten. Daraus errechnen sich pro Mitglied Ausgaben von 2600 DM. Dies habe dazu geführt, daß die KKH ihren Beitragssenkungsbeschluß vom November 1983 wieder zurücknehmen mußte; mit der Erhöhung des Hebesatzes Anfang 1985 auf 12 (11,5) Prozent des Grundlohns sei die Anpassung allerdings maßvoll.

Zufrieden äußert sich die KKH zur Mitgliederentwicklung. Mit über 75 000 Neuzugängen sei das Ergebnis des Vorjahres (rund 68 000) erneut deutlich verbessert worden. Ende 1984 betreute die Gesellschaft mit ihrem auf über 2700 Niederlassungen ausgebauten Service-Netz in der Bundesrepublik 818 000 Mitglieder. Einschließlich der anspruchsberechtigten Familienangehörigen ergeben sich so für die KKH fast 1,2 Millionen Versicherte.

NAMEN

Dr. Paul Zellhorn, Vorstandsmitglied der Westdeutschen Genossenschafts-Zentralbank, Düsseldorf, wurde am 15. Januar 65 Jahre alt.

Herbert Ferstera wurde am 1. Januar Vertriebsleiter des Verkaufsbereichs Industrielacke bei der Firma Weserland – v. Höveling GmbH, Hamburg.

Dr. **Anton Schlüter**, Inhaber der Motoren- und Traktorenfabrik Anton Schlüter, München, vollendet am 17. Januar sein 70. Lebensjahr.

Siegmar Lorenz wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1985 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Aachener und Münchener Versicherungs AG bestellt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Bauunternehmen Goffart & Münzenberg KG; **Ahrensburg:** aweco Ges. f. zerstörungsfreie Materialprüfung mbH, Glinde; **Bersenbrück:** Tebbenhoff-Buchholzer Private Kornbrennereien GmbH & Co.; **Bochum:** Henkel Ges. mbH, Maschinenfabrik; **Flensburg:** Nachl. d. Niko Vogt, Kaufmann, Sieverstedt; **Friedberg (Hessen):** Hans Schmidt, Dachdeckermeister; **Geilenkirchen:** Wolfgang Offermanns, Wassenberg; **Gelnhausen:** LS Bauunternehmen GmbH; **Gelsenkirchen:** Leopold Zillekens junior, Gelsenkirchen-Buer; **Hagen:** Nachl. d. Uwe Manfred Wolf; **Hamburg:** Dieter A. Hartmann GmbH; **Köln:** IWS-Industriewaren-GmbH & Co. KG; **Lädinghausen:** Reicks GmbH & Co. KG; **Mönchengladbach:** Textil GmbH, Kroschenbroich; Wook Augenoptik GmbH; **Recklinghausen:** PEGA Fertiggaragen- u. Montageges. mbH.

AKF-KREDITBANK / Ergebnis wieder verbessert – Keine bemerkenswerten Ausfälle

Weiter Sorge um Kundenbonität

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die AKF-Gruppe (Bank- und Leasinggeschäft), Wuppertal, bezeichnet angesichts der nur vorsichtig erhöhten Investitionsbereitschaft und nur gering gestiegener Verschuldungsbereitschaft der Privatkundschaft das Ergebnis des Geschäftsjahres 1983/84 (30. 9.) als „uneingeschränkt zufriedenstellend". Es habe das als „voll zufriedenstellend" bezeichnete Vorjahresergebnis übertroffen und sei eines der besten der letzten zehn Jahre.

Dieses Ergebnis ist nach Angaben der Geschäftsführung des nicht nur auf außerordentliche Anstrengungen im Umsatz (plus 20,4 nach 33,5 Prozent) und den Anstieg des Volumens in Absatzfinanzierung und Leasing (10,9 nach 9,4 Prozent), sondern auch auf die strikt angewandte Konditions- und Bonitätspolitik sowie auf die streng fristenkongruente Refinanzierung zurückzuführen. Dies habe die AKF Kreditbank GmbH und ihre Tochtergesellschaft AKF Leasing GmbH & Co. vor „bemerkenswerten Ausfällen" bewahrt.

Bei einer praktisch unverändert gebliebenen Bilanzsumme von 128 Mill. DM ermäßigte sich das Kreditvolumen der Bank um 6,6 (Vorjahr plus 30) Prozent auf rund 72 Mill. DM. Das in der Bankbilanz ausgewiesene Leasingvermögen wuchs um 5,2 Prozent auf 39 Mill. DM. Der Rückgang des Kreditvolumens ist die Folge einer teilweise geänderten Geschäftspolitik in diesem Bereich und zugleich hervorgerufen durch Rückführung von Inanspruchnahmen der Bank durch ihre gewerblichen Kunden am Bilanzstichtag.

Vom Kreditvolumen entfallen 47 (44) Mill. DM auf das Händlergeschäft und 25 Mill. DM auf Kredite an Unternehmen und Selbständige. Das Leasingvermögen verteilte sich zum überwiegenden Teil auf Datenverarbeitungsanlagen (44 Prozent) sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung (23 Prozent).

Wie in den Vorjahren, haben beide Gesellschaften auch 1983/84 alle steuerlich zulässigen Abschreibungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Sie leisteten damit wiederum einen wesentlichen Beitrag zur Risikovorsorge, wenn auch zu Lasten des Jahresergebnisses. Mit dem Verlauf des 1. Quartals 1984/85 ist die AKF zufrieden, wenngleich die Investitionsbereitschaft nur verhalten optimistisch, die Bonität vieler Unternehmen weiterhin mit großer Sorge betrachtet werden.

In „hartem Kampf um jeden Kunden und jedes einzelne Geschäft" würden teilweise Vertragskonstruktionen gewählt, die in der Branche auf längere Sicht nicht problemlos bleiben können. So werde verstärkt mit verdeckten Restwerten gearbeitet, um optisch günstige Konditionen bieten zu können. Dadurch steigt nach Ansicht der AKF-Kreditbank die Risikokomponente nicht unwesentlich, und es werde sich erst am Ende der Grundmietzeit erweisen, ob die mit solcher Vertragskonstruktion verbundenen Erwartungen auch erfüllt werden. Vielfach würden die Geschäftspartner über die Behandlung des Leasingvertrags nach Ablauf der Grundmietzeit im unklaren gelassen.

Aktien überwiegend erholt

Kaufaufträge aus dem Ausland sorgten für Geschäftsbelebung

DW. – Obwohl die Sorge über eine Leitzinserhöhung weiterhin eine zur Vorsicht mahnende Rolle spielte, setzte sich am Dienstag eine verbreitet freundliche Tendenz durch. Den Anstoß dazu gaben einige Kaufaufträge aus dem Ausland, initiiert durch den steigenden Dollar. Inländische Anleger, die in den letzten Tagen eine gewisse Zurückhaltung auch deshalb geübt hatten, weil sie vom Abrechnungstermin für Optionsgeschäfte eine Marktbelastung erwartet hatten, wurden aktiver als feststand, daß diese Befürchtung grundlos war.

Im Vordergrund standen zunächst wieder die Favoriten der Ausländer: Siemens, Daimler, Schering und zum Teil auch die Aktien der Deutschen Bank. Parallel dazu liefen einige Sonderbewegungen, die von deutscher Seite getragen wurden. So erwiesen sich Kali und Salz wegen des vermuteten guten Streusalzgeschäfts ebenso als „Wintergewinnler" wie Conti-Gummi, wo die Winterreifenläger rasch abgebaut werden. Mit kräftigen Kursgewinnen warteten die beiden Versicherungspapiere Allianz und Aachen-Münchener Beteiligung (AMB) auf. Allianz stiegen zeitweise über 1100 und AMB über 1000. Im Elektrobereich lebte die Nachfrage nach Nixdorf wieder auf, PKI erzielten sogar einen zweistelligen Tagesgewinn. Auf der Stelle traten hingegen die Papiere der Großchemie, aber zum größten Teil auch die Maschinenbauaktien.

Düsseldorf: Aigner verminderten sich um 11 DM auf 220 DM. Heinrich erhöhten sich um 6 DM, Keramag zogen um 3 DM an und Mauser konnten sich ebenfalls um 3 DM verbessern.

Frankfurt: Cassella erhöhten sich um 12 DM auf 515 DM und Grünzweig und Hartmann zogen um 4,20 DM auf 102,20 DM an. Seitz LEnzinger wurden um 8 DM niedriger taxiert und Thuringer Vers. sanken um 30 DM auf 970 DM.

Hamburg: NWK-Vz. wurden nach anfangs 170 DM bis 172,50 DM plus 2 DM und HEW mit 89 DM plus 0,50 DM gehandelt. Bremer Vulkan begannen zu 68 DM plus 2 DM und Phoenix Gummi gingen zu 116,30 DM plus 0,80 DM aus dem Markt.

München: Aigner verminderten sich um 1 DM auf 229 DM, Deckel sanken um 4 DM und AKS fielen um 0,30 DM. Audi AG zogen um 10 DM an und Dywidaag erhöhten sich um 0,90 DM.

Berlin: Berthold zogen um 14,80 DM an. Rheinmetall lagen um 5 DM und Detewe um 4 DM fester. DUB-Schultheiss und Schering konnten sich um je 2 DM, Bergmann und Lehmann um je 1 DM erholen. Berliner Elektro wurden um 3 DM und Kempinski um 1 DM zurückgenommen.

Nachbörse: etwas fester

Bedingt durch schlechte Witterungsverhältnisse und damit verbundenen früheren Andruck dieser WELT-Ausgabe konnten folgende Rubriken nicht aktualisiert werden: Optionshandel Umsätze Düsseldorf Frankfurt

WELT-Aktienindex: 165,5 (164,5)
WELT-Umsatzindex: 3290 (2950)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

	15. 1.	14. 1.
Curtiss Wright	35,50	33,75
Deere	31,50	30,50
Delta Airlines	45,625	44,625
Digital Equipm.	110,875	107,875
Dow Chemical	29,25	28,75
Du Pont	49,75	48,75
Eastern Gas-Fuel	27,25	27,625
Eastman Kodak	72,50	71,75
Exxon	45,50	44,875
Firestone	18,25	17,75
Fluor	14,625	14,675
Ford	47,625	46,125
Foster Wheeler	13,375	13,50
Fruehauf	23,875	23,75
GAF Corp	25,75	25,125
General Dynamics	70,75	71,25
Pfizer	41,125	40,50
Phibro	33,625	33,50
Philips Petroleum	44,125	44,25
Philip Morris	81,25	80,50
Pittston	11	10,75
Polaroid	25,625	26
Prime Computer	16,875	16,875
Procter & Gamble	56	55,75
RCA	35,625	35,375
Revlon	34,75	34,50
Reynolds Ind.	72	71,50
Rockwell Int.	30,625	30,375
Rorer Group	27,625	26,75
Schlumberger	36,875	36
Sears, Roebuck	33,875	32,50
Shell Oil	56	55,175

Toronto

	15. 1.	14. 1.
Bluesky Oil	4,15	4,20
Bow Valley Ind.	16,125	16,125
Brenda Mines	8,875	8,50
Brunswick M. & Sm.	13,125	13,25
Cdn. Imperial Bk.	29,875	29,75
Cdn. Pacific Ltd.	48,875	48,625
Cdn. Pacif. Enterpr.	22,75	23,50
Cominco	12,50	12,50
Coseka Res	2,70	2,70
Denison Mines	14,75	14,625
Dome Petroleum	2,05	2,07
Domtar	34,875	34,375
Falconbridge Ltd.	81,75	81,50
Great Lakes Forest	82	82
Gulf Canada	15,125	16,125
Gulfstream Res.	0,63	0,60

London

	15. 1.	14. 1.
Barclays Bank	569	579
Beecham	368	374
Bowater	230	234
B. A. T. Industries	348	355
Br. Leyland	38	39
British Petroleum	476	483
Burmah Oil	225	226
Cadbury Schweppes	162	166
Charter Cons.	198	201
Cons. Gold. Fields	474	480
Cons. Murchison	550	550
Courtaulds	142	145
De Beers $	3,93	3,95
Distillers	293	299
Driefontein $	24,12	25,37
Dunlop	–	–

Mailand

	15. 1.	14. 1.
Italgas	–	1480
Magneti Marelli	–	–
Mediobanca	73500	74800
Mondadori	2260	2260
Montedison	1400	1374
Olivetti Vz.	5199	5090
dgl. St.	6150	6149
Pirelli SpA	2060	2061
Rinascente	565	565
RAS	63800	63490
S. A. I.	12660	12400
SIP	2161	2056
Snia Viscosa	2335	2360
STET	2310	2235
Index	–	–

Wien

	15. 1.	14. 1.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	227	227
Gösser-Brauerei	339	337
Länderbank Vz.	227	226
Österr. Brau AG	317	315
Perlmooser	357	360
Reininghaus	429	430
Schwechater Br.	169	169
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	165	162
Universale HochTief	–	210
Veitscher Magnesit	255	254
Index	58,52	58,73

Kopenhagen

	15. 1.	14. 1.
Den Danske Bank	260	260
Jyske Bank	505	500
Kopenh. Handelsbk.	259	259
Novo Industri	291	280
Privatbanken	224	225
Ostasiat. Komp.	136	138
Dan. Sukkerfabr.	470	465
For. Bryggerier St.	795	795
Kgl. Porc. Fabr.	210	210

Brüssel

	15. 1.	14. 1.
Arbed	1655	1650
Brux. Lambert	2040	2085
Cockerill Ougrée	270	279
Ebes	2855	2845
Gevaert	3650	3650
Kredietbank	–	–
Petrofina	6810	6830
Soc. Gén. d. Belg.	1830	1840
Sofina	7460	7490
Solvay	4125	4165
UCB	4850	4910
Index	2151,26	156,20

Singapur

	15. 1.	14. 1.
Cycle + Car.	2,96	3
Cold Storage	2,52	2,55
Dev. Bk. of Sing.	5,16	5,20
Fraser + Neave	4,86	4,86
Kl. Kepong	2,28	2,28
Mal. Banking	5,40	5,70
Nat. Iron	3,10	3,24
OCBC	8,75	8,75
Sime Darby	1,68	1,69
Singapur Land	2,61	2,67
Un. Overs. Bank	4,14	4,16

Sydney

	15. 1.	14. 1.
Bridge Oil	2,25	2,27
Brok. Hill. Prop.	5,10	5,14
Coles	3,98	3,98
CRA	4,95	4,98
CSR (Thelss)	2,90	2,91
Metals Expl.	0,42	0,42
MIM-Holdings	2,38	2,40
Myer Emporium	1,78	1,78
North Broken Hill	2,05	2,02
Oakbridge	0,66	0,65
Peko Wallsend	4,30	4,35
Poseidon	2,75	2,70
Thomas Nat. Tr.	1,85	1,81
Waltons Bond	0,33	0,34
Western Mining	2,68	2,76
Woodside Petr.	0,90	0,93
Index	734,80	734,20

Optionshandel

Kaufoptionen: AEG 4-100/11, 4-110/4,4, 4-120/2, 7-110/6,9, 7-120/4,5, 10-100/16, **BASF** 4-160/25,8, 4-180/10,4, 4-190/6,45, 4-200/3, 7-180/18, 7-190/10, 7-200/5,9, 10-200/9, **Bayer** 4-170/27, 4-190/11, 4-200/6, 4-210/2,9, 7-190/18,4180-25,8, 7-200/11,9, 7-310/6,6, 10-200/15, 10-210/10,3, 10-220/6,9, **BHF** 4-390/9, **Bay. Hypo.** 4-310/30, 4-330/12,9, 7-330/28, **BMW** 4-380/18, 4-400/7, 7-400/15, **Commerzbk.** 4-160/18, 4-170/10, 4-180/5, 4-190/3, **Conti** 4-120/5,5, 4-130/2,5, 7-13/4,4, 7-110/18, 7-120/10,5, **Daimler** 4-590/35, 4-610/20,7, 7-600/40, 7-610/33, **Dt. Babcock St.** 4-160/7, 10-170/11,4, **Deutsche Bk.** 4-380/44, 4-370/37, 4-400/15, 4-420/5, 7-390/28, 7-410/17,5, 7-430/6, 10-440/6, **Degussa** 4-350/11, **Dresdner Bk.** 4-160/35, 4-200/6, 4-210/3,2, 7-190/17, 7-200/10, 7-210/6,6, **GHH St.** 7-170/5,5, **GHH Vz.** 7-160,7, **Hoechst** 4-160/31, 4-170/22, 4-190/6, 4-200/4, 7-180/21, 7-190/14, 7-200/7,8, 7-210/3, 10-200/12,1, 10-210/6,35, **Hoesch** 4-100/5,5 4-110/2,7, 7-100/9,2, 7-110/4, 7-120/2, 10-100/11,1, **KHD** 4-270/6, 7-260/11,9, 7-270/9,4, **Klöckner** 4-65/12, 4-70/7,1, 4-75/4,3, 4-80/3, 4-85/1,4, 7-75/7,9, 7-80/5, 10-75/11, 10-80/7,6, **Lufthansa Vz.** 4-170/17,6, **Mercedes** 4-550/9,2, **Mannesmann** 4-140/22, 4-150/11,40, 4-160/5,4, 7-160/7,9, 7-170/4, 10-160/13,1, 10-170/8,6, **RWE St.** 4-170/6, 7-170/11, **RWE Vz.** 4-170/6, **Schering** 4-410/65, **Kali + Salz** 4-250/24,8, 4-260/14,5, 4-270/12,5, 10-280/7,5, **Siemens** 4-410/85, 4-430/69, 4-440/61, 4-450/50,5, 4-460/40,5, 4-480/29, 4-500/15, 4-520/7,5, 7-520/14, 7-530/7,8, 10-520/19,4, 10-530/11,4, **Thyssen** 4-80/7, 4-85/4, 4-90/2,6, 7-90/2,7, 10-85/8,9, 10-90/6,9, **Veba** 7-180/6,6, 10-180/10, 10-190/6, **VEW** 10-130/6, **VW** 4-170/42, 4-190/23, 4-200/15, 4-220/5, 4-230/3, 7-180/29,8, 7-200/25, 7-210/17, 7-220/10,3, 7-230/6, 7-240/2,2, 10-220/15, 10-230/10, 10-240/6,5, **Alcan** 4-90/5, **Chrysler** 4-95/8, 4-100/6, **IBM** 7-410/12,5, **Norsk Hydro** 4-35/4,6, 4-40/2,1, 7-40/3,95, **Philips** 4-50/3,8, 7-50/5, 10-50/6, 10-55/3,6, **Sony** 4-50/2,6, **Sperry** 7-120/16,7, 7-140/8, **Verkaufsoptionen: AEG** 4-95/1,1, 4-110/5,6, 7-100/3, 7-110/7,8, **BASF** 4-180/1,8, 7-180/3, 10-180/5,5, **Bayer** 4-190/3, 7-190/3,5, 10-190/5,1, **BMW** 4-360/2, 7-360/6, **Commerzbk.** 4-170/2, 7-170/4,4, **Deutsche Bk.** 4-380/5, 7-370/4, 10-360/3,1, **Dresdner Bk.** 4-190/4, 7-180/1,8, 10-180/2,5, 10-190/6, **Hoechst** 4-190/6, 10-190/7, **Hoesch** 4-100/3, 7-100/3,1, **Karstadt** 4-240/8, 7-240/10, **Kaufhof** 7-220/8,5, 10-220/9,5, **Lufthansa St.** 4-180/1,6, 7-180/3,25, **Lufthansa Vz.** 7-180/4,4, **MAN** 7-160/7,4, **Schering** 4-450/8, **Kali + Salz** 7-250/2,6, **Siemens** 4-480/7, 7-460/3,6, 7-470/6,2, **Thyssen** 7-80/2,1, **Veba** 7-170/2,4, **VW** 4-190/1,5, 4-200/3,2, 4-210/6,0, 7-200/6,6, 7-210/8, 10-190/3, 10-200/7,5, **Wella** 7-490/11, **Chrysler** 4-95/3,45, 10-95/6,9, **IBM** 4-360/3,5, 4-370/5, **Litton** 4-210/10, **Norsk Hydro** 4-35/1, **Royal Dutch** 10-150/7, **Sony** 4-50/3,5, **Xerox** 4-120/6.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 15. 1. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8 – 8⅛	5⅝–6⅛	4⅞–5⅛
3 Monate	8¼– 8⅜	5¾–6⅛	4⅞–5⅛
6 Monate	8⅞– 9	5⅞–6⅛	5 –5⅛
12 Monate	9½– 9⅝	6⅛–6⅜	5 –5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 15. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1455,00	1896,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1190,00	1449,85
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	661,20
1 £ Sovereign alt	220,00	273,60
1 £ Sovereign Elizabeth II.	218,00	271,32
20 belgische Franken	169,00	220,02
10 Rubel Tscherwonez	229,00	288,42
2 südafrikanische Rand	217,00	269,04
Krüger Rand, neu	982,00	1159,38
Maple Leaf	982,00	1159,38
Platin Noble Man	881,00	1044,24
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	241,00	302,10
20 schweiz. Franken „Vreneli"	176,00	224,58
20 franz. Franken „Napoleon"	176,00	224,58
100 österr. Kronen (Neuprägung)	906,00	1096,68
20 österr. Kronen (Neuprägung)	179,00	226,86
10 österr. Kronen (Neuprägung)	94,00	124,26
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	417,00	515,28
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	98,00	134,52

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

15. 01. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	3,1907	3,1987	3,1646	3,14	3,33
London¹)	3,557	3,571	3,519	3,50	3,65
Dublin¹)	3,108	3,122	3,053	3,02	3,17
Montreal³)	2,4080	2,4160	2,3318	2,35	2,45
Amsterd.	88,420	88,640	88,53	87,50	89,50
Zürich	118,900	119,100	119,08	118,00	120,75
Brüssel	4,990	5,010	4,941	4,89	5,09
Paris	32,575	32,735	32,26	31,75	33,50
Kopenh.	27,875	27,995	27,555	26,75	28,50
Oslo	34,480	34,600	33,81	33,60	35,25
Stockh.**)	34,805	34,965	34,415	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,626	1,638	1,594	1,56	1,66
Wien	14,222	14,262	14,188	14,14	14,36
Madrid**)	1,805	1,815	1,778	1,74	1,86
Lissabon**)	1,830	1,850	1,737	1,43	2,25
Tokio	1,2490	1,2520	–	1,20	1,26
Helsinki	47,610	47,810	46,975	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,43	2,494	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,59	2,609	–	2,54	2,64
Johannesbg.*)	1,3505	1,3695	–	1,13	1,38

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der amtliche Dollar erreichte am 15. 1. mit 3,1947 neue Höhen, ohne daß dadurch Aktivitäten seitens der Bundesbank ausgelöst wurden. Am Nachmittag konnte diese Kursbais nicht mehr gehalten werden, wenn auch der Kurs von 3,1860 immer noch deutlich über dem Tagestiefstkurs von 3,1800 lag. Der Grund für diese Konsolidierung am Nachmittag ist in dem Rückgang der Einzelhandelsumsätze um 0,1 Prozent im Dezember in den USA zu suchen. Die Erwartungen waren ursprünglich auf einen deutlichen Anstieg dieser Ziffer ausgerichtet. Die Tatsache, daß die Zinssätze für Euro-D-Mark im Vorfeld der Zentralbankratssitzung ⅛ Prozent höher lagen, war in dessen Sicht nicht beachtet worden. Einen kräftigen Kursgewinn verzeichnete der japanische Yen mit 5,2 Promille auf 1,2505. Das englische Pfund gab um 2 Promille auf 3,564 nach. US-Dollar in: Frankfurt 3,1947; Amsterdam 3,6100; Brüssel 63,86; Paris 9,78825; Mailand 1959,50; Wien 22,4320; Zürich 2,6846; Ir. Pfund/DM 3,115; Pfund/Dollar 1,1156; Pfund/DM 3,564.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 15. Januar: In D-Mark 2,22383 (Parität 2,24184); in Dollar 0,696632 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 15. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Im Verlauf des vormittags kam es am 15. Januar im Hinblick auf eine eventuelle Anhebung des Lombardsatzes in der Bundesrepublik zu verstärkter D-Mark-Nachfrage am Euromarkt (+ 1/16 Prozent in der Spitze). Die Abschläge für Dollar gegen D-Mark notierten deutlich verringert.

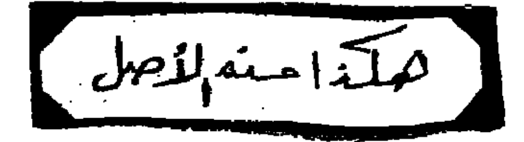
Dollar/DM	0,74/0,64	2,00/1,90	4,45/4,25
Pfund/Dollar	0,44/0,41	1,07/1,03	1,65/1,60
Pfund/DM	2,8/1,4	6,2/4,8	11,0/9,6
FF/DM	22/06	46/30	84/68

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 15. 1.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 5,80–5,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 15. 1.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 15. 1.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,70, Rendite 6,82.



Ob ein Automobil-Programm der exklusiven Mittelklasse die Forderungen unserer Zeit erfüllt, ist schnell festzustellen: Messen Sie es Punkt für Punkt an der BMW 5er Reihe.

Messen Sie die Zukunftssicherheit eines Automobil-Programms an seinen Umweltqualitäten. Prüfen Sie – auch bei neuen Modellreihen – inwieweit hier höhere Ansprüche erfüllt werden: durch modernste elektronische Triebwerkssteuerungen, durch ein umfangreiches Angebot von Katalysator-Modellen der neuesten Europa-Generation, durch genügend Fahrzeuge, die vorgerüstet für einen späteren Katalysatorbetrieb angeboten werden oder für das Nachrüsten anderer emissionsabsenkender Maßnahmen geeignet sind.
Irrtümer kosten immer Geld. BMW gibt Ihnen jetzt die Sicherheit, entschlossen handeln zu können – im ökologischen Sinn ebenso richtig wie im ökonomischen klug.

BMW Vorteil Nr. 1:
Bereits drei 5er mit Katalysator. Und die Modernität einer Baureihe erkennt man auch an der Zahl der Katalysator-Modelle.

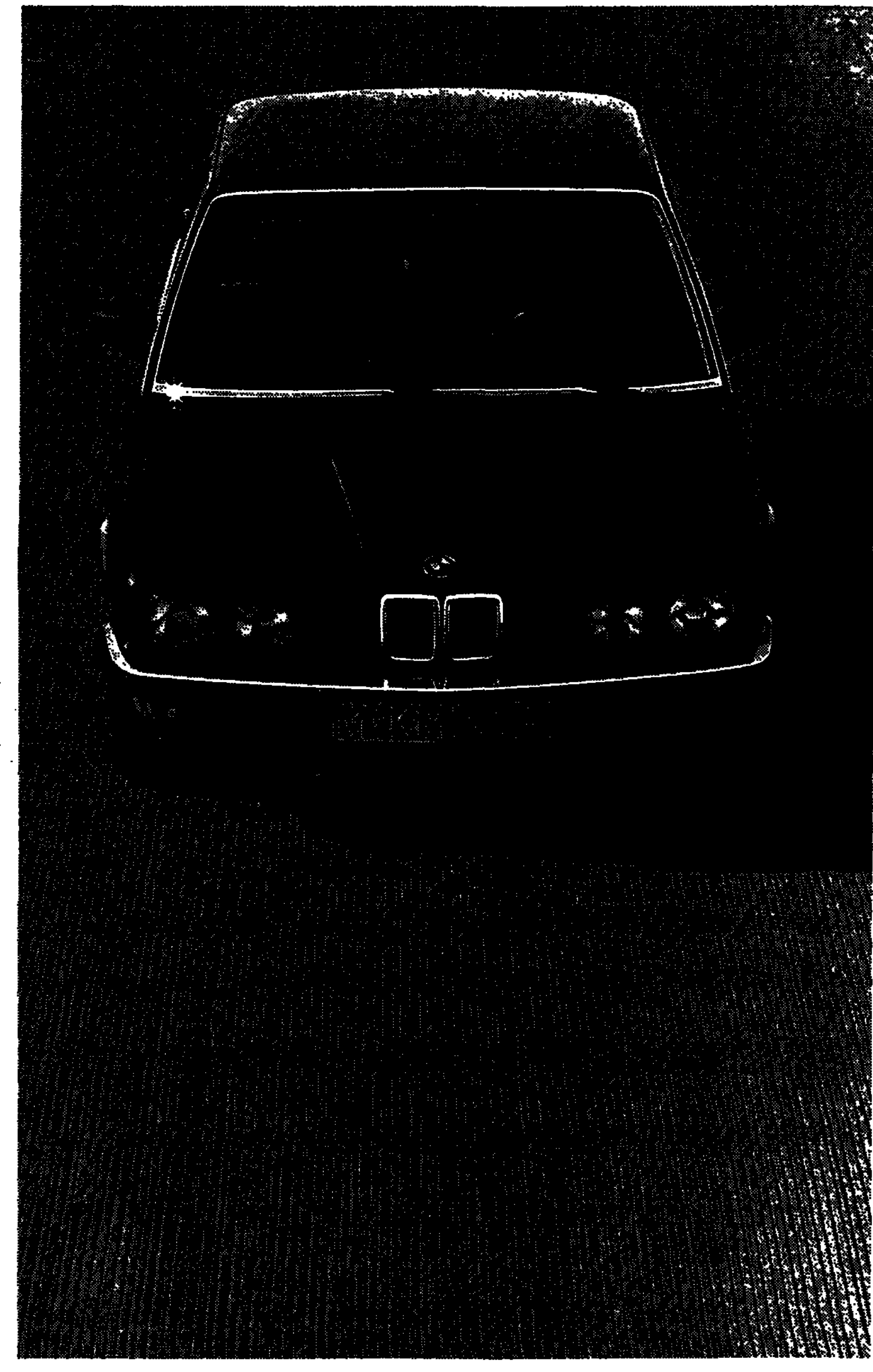
BMW verfügt bei anspruchsvollen und leistungsfähigen Automobilen über die größte Katalysator-Erfahrung aller europäischen Hersteller. Bereits weit über 300.000 BMW wurden mit Katalysatoren ausgerüstet.
Auf der Basis dieses Know-hows bietet BMW allein in der 5er Reihe 3 Katalysator-Fahrzeuge neuester europäischer Generation an: 525e, 535i, M 535i.
Diese Automobile, deren Katalysatortechnik selbstverständlich sorgfältig auf die Verkehrsverhältnisse und Geschwindigkeiten in der Bundesrepublik abgestimmt ist, können auch mit Katalysator-Vorbereitung für eine spätere Umrüstung geliefert werden. Mit BMW Katalysatortechnik gehen Sie kein Risiko ein.

BMW Vorteil Nr. 2:
Schon der 518i hat eine elektronische Benzineinspritzung. Ein anspruchsvolles Automobil mit mechanischem Vergaser dagegen hat seine Zukunft praktisch schon hinter sich.

Wer sich bei einem hochklassigen Automobil heute noch für einen mechanischen Vergaser entscheidet, verschenkt die beste Möglichkeit, ökonomisch, zukunftssicher und umweltfreundlich zu fahren. Und riskiert beim Wiederverkauf überproportionalen Wertverlust.
Eine elektronische Einspritzung oder die umfassende Computersteuerung des Triebwerks, die Digitale Motor-Elektronik (bei drei 5ern serienmäßig), sind auch ideale technische Voraussetzungen für eine nachträgliche Ausrüstung mit zusätzlichen Maßnahmen zur Schadstoff-Reduzierung.

BMW Vorteil Nr. 3:
Der 524td Turbo-Diesel – mit allen Vorzügen eines Diesels und allen Qualitäten eines BMW.

Den Schritt zu höherer Umweltfreundlichkeit können Sie mit jedem Diesel gehen.
Mit dem 524td gehen Sie die entscheidenden Schritte weiter: zu höchster aktiver Sicherheit und zu 6-Zylinder-Laufkultur.
Der 524 td beschleunigt von 0-100 km/h in 12,9 s. Und d.h. beste aktive Sicherheit durch ein Beschleunigungsvermögen, wie es kein vergleichbarer Diesel erreicht.



Diese Sicherheit für Sie selbst und Ihre Familie machen den 524td ebenso wie die 6-Zylinder-Laufkultur zum Maßstab dafür, was man heute von anspruchsvollen Fahrzeugen dieser Kategorie erwarten muß.

BMW Vorteil Nr. 4:
Ab 2 l Hubraum Reihen-6-Zylinder-Triebwerke – das entscheidende Merkmal wahrer Erstklassigkeit.

Wenn Sie bisher angenommen haben, daß bei anspruchsvollen Automobilen ab 2 l Hubraum ein 4-Zylinder-Motor eine akzeptable Alternative ist, sollten Sie lesen, was Fachtester dazu meinen:
»Erstes Fazit – die Laufkultur des BMW 2-l-Motors gehört zum Besten, was Hubkolben-Motoren bis heute zu leisten vermögen.
Den seidenweichen Lauf, die Vibrationsfreiheit selbst bei hohen Drehzahlen und das niedrige Geräuschniveau des Triebwerks empfindet der Kenner als Genuß. Dem ... 4-Zylinder kann man dies nur bis in mittlere Drehzahl-Bereiche bescheinigen. Was manche mit kernigem Ton geschickt umschreiben, zeigt doch deutlich die Grenzen des 4-Zylinder-Prinzips.«
(Rheinischer Merkur 2.12.83)

BMW Vorteil Nr. 5:
Die BMW 5er bieten ein einzigartiges Informations-System. Und der informierte Fahrer fährt besser.

Allen, die mit mehr Bewußtsein fahren, bietet BMW Kontroll- und Informationseinrichtungen, die in vielfältiger Hinsicht sinnvollere Entscheidungen ermöglichen.
Die Energie-Control (Serie ab 520i) führt zu ökonomisch und ökologisch vorteilhaftem Fahr- und Schaltstil.
Die Check-Control (Serie ab 525i) kontrolliert ständig wichtige Fahrzeug-Funktionen und sorgt damit für Sicherheit.
Die Service-Intervallanzeige errechnet individuell den nächsten Service-Termin, so daß jeder Fahrer durch seine Fahrweise Einfluß auf die Unterhaltskosten nehmen kann.

BMW Vorteil Nr. 6:
Beispielhaft günstiges Preis-Leistungs-Verhältnis und hohe Wertbeständigkeit.

Betrachten Sie einmal die Summe an zukunftssicherer Technik sowie serienmäßiger Ausstattung im Verhältnis zum dafür geforderten Preis – Sie werden feststellen, daß man mit einem BMW der 5er Reihe nicht nur als technisch Informierter, sondern ebenso als kritischer Kaufmann hervorragend fährt.
Berücksichtigen Sie dazu die hohe Wertbeständigkeit eines BMW der 5er Reihe (siehe hierzu z.B. Gebrauchtwagen-Ratgeber in auto, motor und sport 25/84) und den schnelleren Aktualitätsverfall nicht so zukunftweisender, herkömmlicher Technik.
Sie werden eindeutig zu dem Schluß kommen: In der Klasse der exklusiven Automobile gibt es keine bessere Entscheidung als die für BMW.

Die BMW der 5er Reihe.
Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.

Fahren Sie BMW. Dann können Sie die Interessen der Umwelt optimal mit Ihren eigenen verbinden.



Bundesanleihen

Renten noch unter Druck

Obwohl nach dem Mißerfolg der Zinsanhebung in England diejenigen Oberwasser gewonnen haben, die in der Bundesrepublik nicht an eine Leitzinserhöhung glauben, hielt am Rentenmarkt die Abgabeneigung an. Öffentliche Anleihen mußten erneut um durchschnittlich 0,20 Prozentpunkte zurückgenommen werden. Es fehlen in der gegenwärtigen Situation einfach die Käufer, so daß die kurspflegenden Stellen nahezu alleinige Aufnehmer sind. Im Handel und der Banken haben sich die Renditen im 10jährigen Bereich nunmehr auf über 7,50 Prozent erhöht.

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

		15. 1.	14. 1.
F 6½ Bbahn 79	2/85	100G	100,05G
8½ dgl 73	3/85	100G	100.1
7 dgl 77	2/87	101,2	101.5G
6 dgl. 77	9/87	99,3	99,5
6 dgl. 78 II	7/88	98,5	98,6

Industrieanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Während die Gold- und Silbernotierungen am Montag an der New Yorker Comex fester schlossen, konnte sich Kupfer lediglich nur gut behaupten. Durchschnittliche Gewinne in allen Sichten verzeichneten Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	14. 1.	11. 1.
März	350,75	348,75
Mai	342,50	341,50
Juli	332,50	332,50

Weizen Winnipeg (can. S/t) Wheat Board cif	14. 1.	11. 1.
St. Lawrence 1 CW	247,34	247,49
Amber Durum	249,49	249,49

Roggen Winnipeg (can. S/t)		
März	140,00	140,30
Mai	144,00	144,40
Juli	148,00	148,60

Hafer Winnipeg (can. S/t)		
März	127,50	127,70
Mai	128,50	128,80
Juli	129,50	130,30

Hafer Chicago (c/bush)	14. 1.	11. 1.
März	174,50	176,00
Mai	172,50	173,50
Juli	169,00	170,00

Mais Chicago (c/bush)		
März	269,25	269,50
Mai	274,75	274,75
Juli	276,75	277,00

Gerste Winnipeg (can. S/t)	14. 1.	11. 1.
März	136,30	136,50
Mai	137,20	137,50
Juli	135,90	136,10

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	14. 1.	11. 1.
Terminkontr. März	142,90	142,60
Mai	140,75	140,30
Juli	139,30	138,81

Kakao New York (S/t)	14. 1.	11. 1.
Terminkontr. März	2163	2149
Mai	2193	2175
Juli	2170	2160
Umsatz	2033	4924

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	4,58	4,68
Mai	5,02	5,09
Juli	5,47	5,50
Sept.	5,68	5,72
Okt.	5,88	5,95
Umsatz	17 375	–

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	14. 1.	11. 1.
	3,69	3,51

Kaffee London (£/t) Robusta-	14. 1.	11. 1.
Kontrakt Jan.	2300–2302	2295–2300
März	2335–2338	2331–2335
Mai	2353–2354	2331–2337
Umsatz	2806	–

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	2066–2067	2012–2013
Mai	2064–2066	2012–2017
Juli	2061–2062	2021–2025
Umsatz	7677	9624

Zucker London (S/t), Nr. 6		
März	129,00	124,40–124,60
Mai	137,40	132,80–133,00
Aug.	147,00–147,60	144,00–144,20
Umsatz	4170	1290

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	14. 1.	11. 1.
schw. Sarawak spez.	460,00	460,00
weißer Sarawak	690,00	690,00
weißer Muntok	700,00	700,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Gentleman vom Rhein

Bth. – Die Erklärung, mit der Grischa Barfuss seinen vorzeitigen Abschied von der Deutschen Oper am Rhein bekanntgab, klang zwar ein bißchen beleidigt, aber im Zorn scheidet Barfuss nicht. Statt 1987 wird er bereits im nächsten Jahr in den Ruhestand treten, also ein Jahr früher als bisher ausgemacht. Da sein mutmaßlicher Nachfolger, Kurt Horres, durch den Hamburger Reinfall bereits sehr bald zur Verfügung steht, kann es nur zum Wohle des Düsseldorf-Duisburger Gemeinschafts-Opernhauses sein, die Übergangszeit möglichst kurz zu halten. Dafür hat Barfuss mit seinem Schritt den Weg freigemacht.

Barfuss wird dann das rheinische Opernhaus 22 Jahre lang geleitet haben. Das muß man in Worten wiederholen: zweiundzwanzig Jahre einer Arbeit ohne Affären und Skandale, ohne Kräche und Fehlbeträge in der Kasse. Mehr als zwei Jahrzehnte einer besonnenen Arbeit, die nie die Tagessensation heischte, sondern das Dauerhafte im Sinn hatte.

In den letzten Jahren mochte das Interesse an der Düsseldorf-Duisburger Oper erlahmen, das Haus versteinerte ein bißchen, Regisseure wiederholten ihre Inszenierungen, statt sich den Werken neu zu stellen. Man täuschte eine Kontinuität und einen Bestand des Repertoires vor, die so nicht mehr gegeben waren.

Gerade das machte Grischa Barfuss aber auch wieder sympathisch: Mit Gelassenheit trug er die Rolle des Seniors unter den Intendanten, und er handelte danach. Er wurde sich nicht untreu. Er konnte es sich leisten, Moden an sich abprallen zu lassen. Er war unbeirrbar. Er hörte auf sein Wissen, auf seine Erfahrungen, nicht auf die Einflüsterungen von draußen.

Über den Nachfolger, eben Kurt Horres, wollen die Aufsichtsgremien nächste Woche entscheiden. Es sieht so aus, als seien die Fraktionskämpfe, in denen Horres schon zerrieben werden sollte, nun doch wieder beigelegt. Einem glatten Übergang steht also nichts im Wege.

Daß der neue König nun schon gekrönt wird, während noch der alte regiert, mag schmerzlich sein für Barfuss. Aber mit seiner Vertragsverkürzung hat er doch wie ein Gentleman reagiert.

Ariensträuße und rauhe Rillen – Zu neuen Schallplatten mit Sänger-Recitals

Getrimmt auf tränenden Ton

Früher war das ganz anders. Ein Sänger, der über die Grenzen seiner Stadt hinaus bekannt war, der stapfte des öfteren während seiner Karriere ins Studio und schmetterte ein paar Glanznummern aus seinen Partien in den Trichter. Mehr als zwei Arien paßten ohnehin kaum auf eine Platte. Das Sänger-Recital war die Normalform der Klassik-Schallplatte überhaupt, und dank solcher Schellack-Schätzchen besitzen wir heute eine ziemlich lückenlose Dokumentation des Operngesangs in diesem Jahrhundert.

Aber das ist Erinnerung. Heute ist die Arienplatte die Ausnahme, der Normalfall hingegen die Operngesamtaufnahme. Und da die Plattenfirmen bis vor kurzer Zeit sehr großzügig produziert haben, konnte jeder bessere Sänger seine Repertoirewünsche für die Schallplatte durchdrükken. Das Sänger-Recital war damit tot: Und was unter dieser Marke erschien, das war oft genug nur ein Zusammenschnitt aus verschiedenen Gesamtaufnahmen.

Neuerdings aber scheint der gute, alte Arienstrauß aus mannigfachen Gründen wieder zu Ehren zu kommen. Zum einen knausert die Phonoindustrie nun doch mit Gesamtaufnahmen; es geht ihr nicht gut, da wird zuerst bei solchen Prestigeprojekten gespart. Auf der anderen Seite gibt es eine Reihe neuer Namen in der Opernszene, die langsam aufzubauen sich auch für die Industrie lohnen könnte. Und auch die Nachfrage der Opernfans, die halt immer wieder ihre Lieblinge küren, wird von einem Recital ausreichend gestillt. Niemand will sich wegen eines neuen Sängers, den er mag, ein ganzes Schock neuer Gesamtaufnahmen zulegen.

So hat die jüngste Zeit eine Reihe von Neuvorstellungen gebracht, die aber als Quintessenz eben doch wieder nur die Klage zulassen, daß wohl noch nie in der Operngeschichte so miserabel gesungen worden ist wie heutzutage. Doch immerhin: Es gibt Ausnahmen.

Besonders neugierig war man wohl auf die Platte von Lucia Aliberti, der bei ihren Deutschland-Gastspielen enthusiastisch gefeierten Italienerin, deren schmerzlicher Leidenston sich mit einer hervorragenden Koloraturtechnik verbindet, so daß Erinnerungen an die Callas auf der Hand liegen. Wer aber in ihr schon die fertige Belcanto-Primadonna gewittert hat, der zögert angesichts dieser Produktion (Orfeo S 119 841 A) wieder. Obwohl sich die Aliberti ausschließlich in ihrem eigentlichen Metier, Donizetti und Bellini, tummelt, steht da neben sehr schönen Tönen und gelungenen Phrasen ebensoviel Unerfülltes. Auch stört die Manier der Sängerin, aber nun wirklich alles, was sie singt, und sei es die keck-kokette Norina im „Don Pasquale", auf denselben tränenden Ton zu trimmen.

Auf die französische Oper beschränkt sich Barbara Hendricks bei ihrem Recital (Philips 410 661-1), aber das Beste, was man von dieser Platte sagen kann, ist, daß Jeffrey Tate und das Orchestre Philharmonique de Monte-Carlo wirklich kompetent und einfühlsam begleiten. Die Hendricks besitzt zwar eine schön timbrierte lyrische Sopranstimme, hört sich aber schon im „Depuis le jour" aus der „Louise" hoffnungslos überfordert an. Da geht die technisch unbeherrschte Stimme ins offene Flattern über. Lange singt man so nicht.

Zeit für den ersten Lorbeer: Anna Tomowa-Sintow in deutschen und italienischen Arien (Orfeo S 106 841 A). Rein vom Material her ist die Stimme der in München lebenden Bulgarin vielleicht gar keine so außergewöhnliche Bellezza, aber die Tomowa weiß eben ganz genau, was sie wie mit ihrer Stimme tut. Eben das versetzt sie auch in die Ausnahmelage, gleichermaßen im italienischen wie im deutschen Fach begehrt und kompetent zu sein. Und wenn ihr Sopran auch nicht mehr ganz die Agilität besitzt wie auf ihrem vorangegangenen, noch in Bulgarien entstanden Verdi-Recital, so geben wir doch der Verdi- und Puccini-Seite ihrer neuen Platte noch den Vorzug gegenüber der deutschen Seite, für die sie etwa mit Agathes Gebet aus dem „Freischütz" und Daphnes Verwandlung (Strauss) betont lyrisches Repertoire ausgewählt hat. Wer wissen will, wie ein Sopran Verdi singt, der kann sich die 30 Jahre alte Aufnahme Zinka Milanovs zu Gemüte führen – oder eben Anna Tomowa-Sintow.

Und wer wissen will, wie es nun wirklich nicht geht, der kann das von dem Recital der Ghena Dimitrova lernen, das nun wirklich die rauhe Rille nicht scheut (EMI 27 0061 1). Die Dimitrova mag ja tatsächlich ein Phänomen sein, das im Notfall auch ein Fußballstadion mit seiner Stimme füllen kann. Darauf kommt es vor dem Mikrophon nicht an. Da wird es zur Pein, wenn die Tonhöhen nur zufällig einmal stimmen, wenn nur mit Material gepowert wird statt zu gestalten, wenn sich dermaßen ordinäres Opernverständnis in Positur setzt.

Die einzige Konkurrenz der Dimitrova im dramatischen Sopranfach ist die Ungarin Eva Marton, und auch sie legt ein Recital vor, das allerdings ausschließlich Wagner gewidmet ist (Sefel 5024, über Teldec Import Service). Auch die Marton verfügt leider nicht über eine ausreichende Technik, ihre schwere Stimme unter Kontrolle zu halten. Sie gerät ins schlingernde Vibrato, was bei monumental breitgezogenen Finali wie der Schlußszene aus „Götterdämmerung" oder Isoldes Liebestod denn doch *etwas mühsam wird.* Aber wenn sich Frau Marton wirklich das schwere Wagnerfach zu eigen machen will, dann sollte sie vielleicht zuerst einmal nach einem anderen Dirigenten Ausschau halten, als Árpád Joó, der hier einen Comic-Strip-Wagner dirigiert, daß man sich nur wundern kann.

Das zweite Lorbeerblatt geht an Brigitte Fassbaender, bei der man sich lediglich wundert, daß sie überhaupt ihr Placet zu einer künstlerisch so dubiosen Veranstaltung, wie es ein solcher Arienstrauß nun eimal ist, gegeben hat. Sie durchmißt auf ihrer Platte (Orfeo S 096 841 A) nämlich die Marathonstrecke von Händels „Julius Caesar" über Gluck, Mozart, Bellini, Tschaikowskij bis zu Bizets Carmen, Saint-Saëns' Dalila und Massenets Werther bis zu Wagners Waltraute. Ein solches Programm wird tatsächlich nur durch die Interpretin zusammengehalten. Eben das ist die Kunst der Fassbaender, jeder Partie, die sie singt, den Stempel ihrer so subjektiven wie überzeugenden Darstellung aufzudrücken.

Vergleichsweise rar macht sich das starke Geschlecht. Franco Bonisolli ist immerhin so ehrlich, seinen Tenor in neapolitanischen Canzonen vorzuführen (Orfeo S 075 102 I, 2 LPs). Das macht er auf geschmacklose Art perfekt. Simon Estes wagt ein reines Wagner-Recital, mit Holländer-Monolog, Wotans Erzählung und Wotans Abschied. Das ist im textlichen Bereich noch viel zu unbeholfen, um als Wagner-Interpretation Gewicht zu erhalten.

Um schließlich, hinabgestiegen ins Baßfach, den Erkundungsgang zu beenden: Kurt Moll gibt zwischen Mozart und Wagner Kostproben seines ja sehr schön klingenden deutschen Liedertafel-Basses. Daß da hin und wieder gestalterische Übertreibungen vorkommen, sollte man ihm nicht zu sehr ankreiden. Das ist nun einmal die deutsche Tradition, die es deutschen Sängern international stets schwergemacht hat. Dazu zu stehen, ist auch aller Ehren wert.

REINHARD BEUTH



Schönheit der Schrift: „Tiefgründigkeit", geschrieben von Yanagida Taiun (1983) FOTO: KATALOG

Düsseldorf zeigt moderne japanische Kalligraphien

Ein eckenloses Quadrat

Wer kann das überhaupt lesen? Selbst Japaner haben Schwierigkeiten, den Sinn der Zeichen zu erkennen. Trotzdem ist „sho", die Kunst des Schreibens, in Japan eine hochangesehene und zugleich sehr populäre Kunst. Denn der Schönheit der künstlerischen Kalligraphien, seien sie in der alten chinesischen Siegelschrift oder der modernen japanischen Silbenschrift geschrieben, vermag sich kaum ein Betrachter zu entziehen. Das zeigt die Ausstellung „Worte in Bewegung" im Düsseldorfer Museum Volk und Wirtschaft, die „Moderne japanische Schreibkunst" vorstellt.

Ausgewählt wurden zwölf Künstler (vier von ihnen waren bereits 1983 in der Kalligraphieausstellung anläßlich der Japan-Woche in Düsseldorf *dabei). Sie alle sind schon in hohem* Alter. Kobayashi Toan, 1916 geboren, ist der jüngste, Kuwata Sasafune, Jahrgang 1900, der älteste.

Das hängt damit zusammen, daß gerade diese traditionelle Kunstform ein lebenslanges Lernen und Üben erfordert. Was in wenigen Sekunden mit dem Pinsel auf das am Boden liegende Blatt geschrieben wird – besonders, wenn es sich um eine Sentenz handelt, die nur aus einem, zwei oder vier großen bildhaften Zeichen besteht – ist das Ergebnis langen Nachdenkens, unermüdlichen Probierens und schließlich höchster körperlicher und gedanklicher Konzentration.

So wie der Samurai mit nur einem Schwertstreich siegt, der Bogenschütze sich sicher ist, daß er das Ziel genau trifft, so muß dem Schreibmeister das Schriftbild gelingen: einmalig, unverwechselbar und doch von einer jahrtausendalten Tradition geprägt.

Die Ausstellung führt die verschiedenen Formen der Kalligraphie vor. Sie zeigt die Sammlung des „Orchideen-Pavillon" von Yanagida Taiun im klassischen Stil mit Goldpaste auf blau eingefärbtes Papier geschrieben, Hirotsu Unsens Versuch, einem Gedicht der Sung-Zeit durch durch Anlehnung an die uralte chinesische Siegelschrift gerecht zu werden, oder Hibino Gohos Interpretation eines Haikus von Roykan über das Laub im Herbst mit der japanischen Kana-Silbenschrift, bei der er der Beschreibung der hellen und dunklen Blätter mit einer hellen und dunklen Pinselschrift folgt.

Aber auch unabhängig vom Sinn des Geschriebenen faszinieren die Schriftblöcke durch ihre Spannung, ihre Ausgewogenheit, ihre Ästhetik des freien Raumes und durch die Beschränkung auf das Weiß des Papiers, das Schwarz der Tusche und das Rot des Siegels.

Der Stellschirm von Yanagida mit dem mehr als einem Meter großen Zeichen für „Tiefgründigkeit" hat die Kraft einer abstrakten Komposition und ist ihr, weil hier nämlich die Form nicht alles ist, zugleich überlegen. Dasselbe gilt auch für die zwei Zeichen „Schwertglanz" oder das „Eckenlose Quadrat" (eine berühmte Sentenz aus dem Tao-te-king des *Lao-tse), das Kamijo Shinzan bildhaft* mit vier im Quadrat angeordneten Zeichen schreibt.

Eine wesentliche Ergänzung der Ausstellung ist der Katalog. Er erläutert nicht nur jede Kalligraphie genau – oft ergänzt durch eine Betrachtung des Schreibmeisters –, sondern bringt auch die Texte in Japanisch und Deutsch. Dazu kommen Anmerkungen zum Einfluß der japanischen Kalligraphie auf Amerikas abstrakte Expressionisten und die deutsche Kunst der Nachkriegszeit – und auf die Mißverständnisse, denen die westlichen Künstler nur zu oft erlagen. Nicht zuletzt dadurch wird die Ausstellung zu einer eindrucksvollen Visitenkarte Japans. (Bis 6. Febr.; Braunschweig: 15. Febr. bis 15. März; Katalog 30 Mark.)

PETER DITTMAR



Privat ein liebevoller Vater: Clint Eastwood als Detektiv Wes Block mit seinen beiden Filmtöchtern in „Der Wolf hetzt die Meute" FOTO: DIE WELT

Film: „Der Wolf hetzt die Meute" mit C. Eastwood

Studie eines alten Jägers

Ein Mörder in Turnschuhen und, wenn fürs Publikum auch oben sichtbar, mit einer Maske vorm Gesicht, erwürgt im nächtlichen, überwiegend stockfinsteren französischen Viertel von New Orleans Prostituierte, am laufenden Band gewissermaßen, und bald stellt sich heraus, daß er eine Vorliebe hat für solche, mit denen Wes Block noch kurz vorher zusammen war; ein Weißer soll es sein, um die 40 Jahre alt und mit Blutgruppe Null, bringt das Labor heraus. Und er benimmt sich, sagen Zeuginnen, wie ein Polizist.

Wes Block ist Polizist; außerdem alleinerziehender, liebevoller Vater zweier Töchter, von der Ehefrau verlassen, ein bedeutender Säufer und in sexueller Hinsicht etwas aufs Ausgefallene fixiert: auf Handschellen um die Unterarme, Krawatten um den Hals der Dame usw. Sollte er womöglich, als eine Art Mister Hyde, selber der Mörder sein?

Das ist der eine Spannungsbogen, jedoch nicht sonderlich ergiebig. Denn der versierte Zuschauer weiß wohl: Clint Eastwood als totaler, harter Dirty Harry – ja. Clint Eastwood als psychopathischer Killer, der Frauen stranguliert – wohl schwerlich. Man darf folglich ziemlich sorglos sein, selbst wenn die Polizeipsychologin warnend wissen läßt, daß wir Menschen alle unter schlimmen Phantasien leiden.

Auch die Ungewißheit: Wer wird das nächste Opfer sein? ist gar so schrecklich nicht. Die Morde folgen einer unerbittlichen Gesetzmäßigkeit. Sie spielt sich ein, da wartet man geradezu darauf, daß das Mädchen, das dem Detektiv gestern abend mit dem Vibrator zu Leibe rückte, heute als Leiche aufgefunden wird. Sie wird's denn auch.

„Die Tatorte", klagt Wes Block, „kommen immer näher zu mir." So ergibt sich zwangsläufig, daß – als der Mörder von seiner Spezialisierung auf Prostituierte abgerückt ist – auch Wes' Kinder attackiert werden (zumal da die Gefahr durch Sicherheit und *Kontrollmaßnahmen* lang genug vorher angekündigt wurde). Ebensowenig erstaunt es einen, daß schließlich auch Freundin Beryl (Geneviève Bujold) an die Reihe kommt.

Da wäre noch die kriminalistische Mitdenkspannung: Wer ist denn nun der Mörder, der offenbar den Detektiv bestrafen will? Doch diese Frage ist insofern müßig, als man erst kurz vor Schluß erfährt, daß es den Herrn Leander, der der Täter ist, überhaupt gibt.

So bleibt, nebst zwei ganz netten Kindern und einem drolligen Hund, die Studie eines verzweifelten Jägers, eines einsamen, harten Mannes mit Gefühl, die Clint Eastwood eindrucksvoll darzubieten weiß. Dem Eastwood-Fan genügt das offenbar. In Amerika jedenfalls.

LUDWIG MERKLE



Neuerwerbungen des Berliner Antikenmuseums

Rares aus dem Depot

Man sollte schon öfter mal auf dem Dachboden nachsehen. Denn Schätze werden durchaus nicht nur, wie wir als Kinder glaubten, tief in die Erde gegraben; manchmal bleiben sie ganz einfach aus Achtlosigkeitkeit liegen. Einer solchen Entdeckung verdankt das Antikenmuseum Preußischer Kulturbesitz jetzt die spektakulärste Neuerwerbung seit sechzig Jahren: 1924 war die berühmte, fast zwei Meter hohe „Stehende Göttin mit Granatapfel" aus attischem Marmor, die über 2000 Jahre in Blei verpackt unter der Erde gelegen hatte und von griechischen Bauern gefunden wurde, erworben worden; heute ist sie eine Attraktion im Raum der frühgriechischen Skulpturen auf der Ostberliner Museumsinsel.

Ein Schweizer Sammler erwarb im vergangenen Jahrhundert in Neapel die Scherben aus einem Grab, über dessen Beschaffenheit heute nichts mehr bekannt ist. Nur wenige Teile wurden zusammengesetzt. Insgesamt landete der Konvolut in Kartons auf dem Genfer Dachboden – offenbar hatten die Erben kein weiteres Interesse. Erst in den siebziger Jahren wurde jemand in der Familie aufmerksam, ließ das Scherben-Puzzle zusammensetzen und gab dem Berliner Antikenmuseum einen Fingerzeig.

Es handelt sich insgesamt um 20 keramische Objekte sowie ein Fragment: alle Stücke, und das macht sie besonders wertvoll, aus ein und demselben Grab in Apulien (Italiens „Stiefelabsatz"). Den Mittelpunkt – in der jetzigen Sonderschau attraktiv wie auf einem Bühnenpodest inszeniert – bilden großformatige Prachtvasen, Spitzenwerke der besten apulischen Vasenmalerei der Spätklassik im späteren vierten vorchristlichen Jahrhundert, der Alexanderzeit.

Zu dieser Zeit erlebte die Kunst der rotfigurigen Vasenmalerei eine letzte wunderbare Blüte, als sie in Athen, von wo sie zuvor nach Unteritalien übertragen wurde, schon abgeflaut war. Unter den jetzigen Neuerwerbungen befinden sich Spitzenwerke der besten apulischen Vasenmalerei jener Zeit, jeweils drei Objekte des „Dareios-" und des „Unterwelt-Malers", von denen der eine als „sehr genau", der andere als „expressiv" bezeichnet wird.

Der größte der sieben Voluten-Kratere hat eine Höhe von 113 Zentimetern – Maße und Gewicht solcher Stücke sind allein schon technisch imponierend. Diese Gefäße sind mit staunenswerter geometrischer und pflanzlicher Ornamentik geschmückt. Die vierfigurige Bemalung läßt sich wie ein herrliches Sagenbuch lesen. So berichtet der Unterweltmaler auf zwei Krateren vom Kampf der siegreichen Götter gegen die Giganten sowie vom Abschied Hektors von Andromache – der Sohn erschreckt vor dem Helm des Vaters, und Kassandra erscheint in einer Haltung seherischer Ekstase – sie mag Trojas Niederlage ahnen oder wissen, daß Hektor nie wiederkehren wird. Am Hals des Kraters sieht man Oinomaos im Kampf gegen eine Furie.

Der Dareiosmaler zeigt einen nächtlichen Überfall, bei dem Odysseus und Diomedes mit Hilfe der Athene die Pferde des Rhesos rauben. Und er stellt uns jenen Widder vor, der zunächst einmal als Reittier göttlich gefügter Flucht dienen sollte, bevor er das legendäre „Goldene Vlies" lieferte. Schließlich erinnert er noch an den Raub der Persephone – der Gemahlin des Hades-Pluton wird man in diesen Bibbertagen besonders nachdrücklich gedenken, muß sie doch gerade ihre von Zeus zugestandene Winterfrist in der Unterwelt abdienen.

Nur etwa drei Wochen werden die Prachtvasen, ein Teller des Unterweltmalers und verschiedene weniger anspruchsvolle Amphoren, humpenartige Skyphoi und Teller in dieser Sonderschau gezeigt. Dann wird man, kurios, aber notwendig, die übermalten Scherben-„Nähte" wieder freilegen, um die Stücke sämtlich für eine Buchdokumentation vorzubereiten und zu restaurieren.

In nicht allzu langer Zeit wird die Stiftung Preußischer Kulturbesitz sich freilich Gedanken für die ständige Präsentation machen müssen. Das derzeitige Vitrinen- und Raum-System dürfte für eine geschlossene Ausstellung ungeeignet sein. Daher der Wunsch nach baulicher Erweiterung (womöglich der Schatzkammer).

Bei dem erwähnten Fragment handelt es sich um einen Krater-Fuß. Er weckt bei den Museumsleuten verborgene Sherlock-Holmes-Instinkte. Weil nämlich sämtiche Prachtvasen traditionsgemäß ein formales und motivisches Pendant besitzen und die Proportionen dieses Fußes just jenen des schönsten Kraters des Fundes entsprechen, wird man nun mit Argusaugen in den Museen der Welt luchsen, wo sich das Schwester-Stück befinden könnte. Vielleicht lebt es, wie so viele ergänzte antike Stücke, auf zu großem Fuß.(bis 3. Februar)

PETER HANS GÖPFERT

Premiere in München: Heiner Müllers „Herakles 5"

Wenn Papas Welt tot ist

In München grassiert derzeit ein Heiner-Müller-Syndrom. Zu „Medea", „Hamlet", „Philoktet", die auf den Theaterplänen rechts und links der Maximilianstraße stehen, kam nun als vierte Premiere „Herakles 5" im Marstalltheater. Die Fünf im Titel steht für die fünfte Großtat des griechischen Helden, das Ausmisten des Augias-Stalles.

Allerdings zimmerte sich Heiner Müller aus dem antiken Mythos eine höhnische Travestie zurecht, die sich mit Fäkalwitzen begnügt. „Kein Ausweg aus der scheißenden Gemeinschaft als in die Demokratie der Toten", räsoniert resignierend der König. Aus Herakles, dem kraftvollen Halbgott, machte der „DDR"-Dramatiker einen aufmüpfigen Jungmann, ohne ein Gramm Götterspeck am Leibe, der irdisch keck den Göttervater Zeus fragt: „Gestatte, daß ich deine Welt ändere, Papa."

Den winzigen, blutleeren Text (ganze neun Seiten) wollte der „DDR"-Regisseur B. K. Tragelehn, der einst seine Karriere mit einem Müller-Stück begonnen hatte, besonders lustig auf die Bühne bringen. Er inszenierte die ganze Geschichte in einem Zirkus als komische Turnstunde. Der Augias-Stall ist ein gewaltiges Trampolin, auf dem nun der Held des Abends gemeinsam mit dem Stier (bravouröses Körpertraining von Ales Vyhnalek) herumspringt.

Auch der Olymp ist verkommen. Zeus und Hebe, die Herakles in seiner *Arbeit bei Laune halten soll, hocken* auf hohen Podesten und hangeln sich auf einem Seil balancierend von einer auf die andere Seite. Die Flüsse, die Herakles über die Ufer treten läßt, um den Stall zu überschwemmen, werden von zwei fleißigen Turnerriegen in blauen Trikots salto- und radschlagend dargestellt. Alles in allem ein recht mühsames Unterfangen, das so gar nichts von unbeschwerter circensischer Heiterkeit aufwies, auch wenn die bunten Lämpchen der Lichterketten noch so fröhlich zuckten und eine Zirkuskapelle lauthals schmetterte.

Herakles, der Schauspieler Michael König, angetan mit Seidenstola und Moonboots an den Füßen, latschte und hüpfte eher unlustig durch seine Stallarbeit, die ohne Zweifel unter seinen Arbeiten die größte Strapaze war: „Lieber die Welt bewegt als ihren Kot." Der Augias von Gerd Anthoff kam als mickriges Männchen im Pyjama mit Gehpelz über die Bretter geschlurft. Am Schluß landet er, nachdem er den Helden um seinen Lohn bringen will, im Fluß. Indessen schnappt sich Herakles Hebe (Elisabeth Niederer), die fröhlich aufquiekt, und holt den Himmel in Form von blauen Bändern herunter, den er eingerollt in die Tasche steckt.

Nur ein sehr gedrückter und quälender Bildungsspaß wurde hier geboten, zu oft glitt die Inszenierung in grobe Clownerie und platte Munterkeit ab. Zu bewundern war allenfalls die Körperartistik der Darsteller auf dem Trampolin und den Matten. Zu bewundern war aber auch der Mut der Intendanz, ein solch lächerliches Stückchen aus vollen Lungen zu einer Abendvorstellung aufzupusten.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Michelangelos Selbstbezichtigung

AFP, Florenz

„Wenn man vor Scham sterben könnte, wäre ich nicht mehr am Leben." Diese Selbstbezichtigung ist in einem bisher unbekannten Brief Michelangelos aus dem Jahr 1557 an seinen Schüler und Freund Giorgio Vasari enthalten. Der Baumeister des Petersdoms beklagt in dem Schreiben Fehler beim Bau eines Gewölbebogens in der südlichen Apsis der Kirche. Die Konstruktion mußte abgetragen und neu gebaut werden. Bisher nahmen Historiker an, daß Michelangelo die Schuld daran seinem Mitarbeiter Bastiano di San Gimignano anlastete, den er damals entlassen hatte. Der Brief, der zeigt, daß der geniale Maler, Bildhauer und Architekt sich für den Fehler selbst verantwortlich fühlte, ist jetzt in dem in Florenz erschienenen letzten Band einer Ausgabe von Michelangelos gesamter Korrespondenz enthalten.

Ein europäisches Zeichentrickstudio

DW. Paris

Im Pariser Vorort Montreuil ist Ende letzter Woche das größte Zeichentrickstudio Europas eröffnet worden. Es wurde unter Beteiligung des zweiten französischen Fernsehens, der AV-Abteilung von Radio Monte Carlo und der Comic-Verleger Casterman (Belgien) und Crawley's (Kanada) eingerichtet. Das Studio mit 80 Zeichnern soll den vorwiegend japanischen und US-amerikanischen Trickfilmen eigene Produktionen entgegensetzen. Die britische Privatfernsehgesellschaft „TVS" und das französische Fernsehen haben bereits Produktionen in Auftrag gegeben.

Ost-West-Rocktreff im Fichtelgebirge

Schm. Wunsiedel

Nachdem Nürnberg bereits seit Jahren ein Ost-West-Jazzfestival durchführt, lädt das benachbarte Wunsiedel zu einem großangelegten „Ost-West-Rocktreff" ein. Am 23. Februar werden in der Fichtelgebirgshalle die polnischen Jazz-Rocker „Crash", die ungarische „Pandoras Box", die „Olympics" aus der Tschechoslowakei sowie die Blues-Company, die Nachfolgeband von „Johnny & the Hurricanes", sowie eine weitere westliche Gruppe spielen. Der Deutschlandfunk überträgt die Konzerte.

Zeffirelli inszeniert an der Scala

SAD, Mailand

Zum erstenmal führt Regisseur Franco Zeffirelli bei einem Ballett Regie, nachdem er mit Operninszenierungen – die letzte war „La Traviata" in Florenz – großen Erfolg gehabt hat. Am 22. Januar hat „Schwanensee" in der Mailänder Scala Premiere. Die Choreographie liegt in Händen von Rossella Hightower, die Hauptpartien werden Italiens berühmteste Solotänzerin Carla Fracci, die hochbegabte Nachwuchstänzerin Alessandra Ferri und der Solotänzer Maurizio Bellezza interpretieren.

Religion, Ritual, Toleranz im Theater

Reg. Basel

Das Dramatische Gedicht „Nathan der Weise" von Lessing und Shermans Schauspiel „Messias" sind der Ausgangspunkt der 9. Thematischen Woche, die die Basler Theater vom 23. Januar bis zum 10. Februar unter den Stichworten „Religion – Ritual – Toleranz" veranstalten. Neben Theateraufführungen (u. a. mit Gardzienice/-Polen, Yoshi Oida/Paris und der Schaubühne/Berlin) gibt es Filmabende, rituelle Musik und Diskussionen. So sprechen am 1. Februar Schweizer Schriftsteller über ihren Glauben, und am 4. und 5. Februar untersuchen Juden, Christen und Muslime die Gemeinsamkeiten, Verschiedenheiten und die Toleranz ihrer Religionen.

Karl Schmitt-Walter †

dpa, München

Der Kammersänger Karl Schmitt-Walter ist im Alter von 85 Jahren in einem Sanatorium in Kreuth gestorben. Der in der rheinpfälzischen Stadt Germersheim geborene Sänger, der zuletzt in München gelebt hatte, galt jahrzehntelang als Inbegriff eines lyrisch timbrierten Kavaliersbaritons. Er sang unter anderem den Don Giovanni, den Grafen in „Figaros Hochzeit", den Figaro im „Barbier von Sevilla" und den Grafen Luna. Schmitt-Walter, der 1923 debütierte und unter anderem Mitglied der Deutschen Oper Berlin und der Münchner Staatsoper war, wechselte im Alter von fast 60 Jahren, von Wieland Wagner animiert, noch einmal sein Fach und sang bei den Bayreuther Festspielen den Beckmesser. Er trat auch bei den Salzburger Festspielen auf und wurde besonders als Mozart- und Wagner-Interpret sowie als Oratorien- und Liedsänger bekannt.

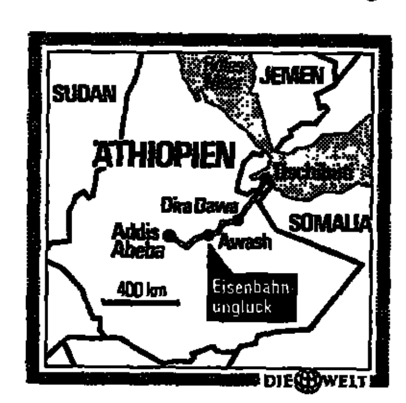
Zugunglück in Äthiopien gibt Rätsel auf

ACHIM REMDE/DW. Bonn

Über die genaue Zahl der Opfer, die bei dem Zugunglück in Äthiopien am Sonntag ums Leben gekommen sind, liegen noch widersprüchliche Angaben vor. Die Zahl der Todesopfer bei diesem schwersten Eisenbahnunglück seit Jahren wurde von einem Sprecher der zwischen der Hafenstadt Dschibuti und der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba verkehrenden französisch-äthiopischen Eisenbahn mit 418 angegeben, die der Verletzten mit 559. Der staatliche äthiopische Rundfunk hingegen sprach von 392 Todesopfern und 373 Verletzten.

Das Unglück ereignete sich, als der mit rund 1000 Reisenden besetzte Zug nahe der Stadt Awash, rund 200 Kilometer östlich von Addis Abeba, auf einer Brücke entgleiste und vier Waggons 18 Meter tief in eine Schlucht stürzten. Der Lokomotivführer des Zuges ist Radio Addis Abeba zufolge festgenommen worden. Mitarbeiter der Bergungsmannschaften berichteten, der Lokführer habe offenbar die Geschwindigkeit nicht zurückgenommen, als er mit seinem Zug in einer leichten Kurve über die Brücke fuhr.

Die äthiopische Regierung hat inzwischen eine Untersuchung des Unglücks eingeleitet. Sabotage wird ausgeschlossen. Es wurden keine Angaben darüber gemacht, ob auch Europäer oder andere Ausländer sich unter den Fahrgästen befunden haben. Offenbar waren die Bergungsarbeiten, bei denen auch Hubschrauber eingesetzt wurden, in dem gebirgigen Gelände sehr schwierig. Unklar war gestern auch noch, wann die rund 800 Kilometer lange, zum Roten Meer führende Bahnlinie, auf der in den vergangenen Monaten auch Nahrungsmittel in die äthiopischen Hungergebiete transportiert wurden, wieder freigegeben werden kann.



In dem zerklüfteten Bergland Äthiopiens gibt es nur wenige Pisten, die zudem meist noch in einem beklagenswerten Zustand sind. Abseits dieser Pisten werden die Wege auch für Geländewagen bald unbefahrbar. Deshalb sind Flugzeug und Eisenbahn das bevorzugte Transportmittel. Neben dem Hafen ist für den nur 23 000 Quadratkilometer großen Staat Dschibuti, der etwa 400 000 Einwohner zählt, die Eisenbahnlinie nach Addis Abeba die Hauptlebensader. Dschibuti hängt vom Handel ab. Es hat keinerlei Naturschätze und besteht zu 90 Prozent aus Felsen und Wüste.

Die Eisenbahnlinie, die 781 Kilometer lang ist, davon 106 Kilometer in Dschibuti, wurde von den Franzosen zwischen 1897 und 1917 gebaut. Sie wird heute gemeinsam von Äthiopien und Dschibuti betrieben. Obwohl Äthiopien inzwischen einen eigenen Hafen in Assab ausgebaut hat, geht immer noch etwa die Hälfte der äthiopischen Im- und Exporte über den Hafen von Dschibuti und die Eisenbahnlinie. Mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft wird die Linie zur Zeit ausgebaut.

Ein zweites Eisenbahnunglück hatte sich ebenfalls am Sonntag in Bangladesch ereignet, als der Simantsa-Express während der Fahrt in Brand geriet. Die Passagiere wurden größtenteils im Schlaf von den Flammen überrascht. Schätzungsweise 300 Menschen kamen ums Leben.

Rund 400 Sendetürme gibt es in Deutschland, um die Programme in den entlegensten Winkel des Landes zu tragen. Trotz des immensen Aufwandes gibt es Gegenden, in denen so gut wie nichts zu hören ist.

Beim Reden über Schnee und Eis legte sich der Lange flach

E. REVERMANN, Bielefeld

Auf WDR zwei plauderten die Moderatoren Christa Kokotowski und Thomas Nehls im Morgenmagazin mit Duisburgs Hafenmeister Günter Kaiser übers eisige Wetter. Im ersten regionalen Hörfunkprogramm ging es in „Guten Morgen aus Bielefeld" bei der Moderatorin Gabriele Sakals mit einem Bericht über einen Bundesbahn-Streckenläufer auch um die eisigen Zeiten. Doch davon haben einige Millionen Hörer nichts mitbekommen: um 6.26 Uhr gestern früh war plötzlich das Programm weg! Eine halbe Stunde später wußte man vom ungewöhnlichen: der 296 Meter hohe Fernsehturm „Teutoburger Wald" in Detmold-Hiddesen", einstmals Europas größter, war in sich zusammengeprasselt. Mutmaßte die Polizei noch bis Mittag auch ein mögliches Attentat – vor drei Jahren hatte es eine Bombendrohung gegeben – so steht seit gestern nachmittag mit ziemlicher Sicherheit fest: Die 230 Tonnen schwere Stahlblechkonstruktion aus neun Millimeter dickem Material ist offensichtlich bei Minus 15 Grad ein Opfer von Väterchen Frost geworden.

In Ostwestfalen hörte man die Hiobsbotschaft von Fremdsendern wie dem hessischen oder norddeutschen Rundfunk. In Detmold selbst wollte man es nicht glauben, und erst, als die Polizei nach zwölf Uhr das Gelände freigab, sahen Hunderte von „Pilgern" die Bescherung. In vier Teile zerbrochen hatte sich der Turm vom Sockel an in eine Waldschneise gelegt. Wäre er in eine andere Richtung gefallen, er hätte das Betriebsgebäude zerschmettert, das





Hochaufgerichtet mit dem Hermanns-Denkmal im Hintergrund und vom Winter flachgelegt – das ist das Schicksal dieses Sendeturms am Teutoburger Wald. Eine 300 Meter lange Wald-Schneise schlug der Gigant, der die Bevölkerung im Raume Bielefeld–Detmold mit seinem Funk- und Fernsehprogramm versorgte. FOTOS: PEKCET/MEIER

glücklicherweise – wegen ferngesteuerter Nachtüberwachung – morgens erst ab 8 Uhr besetzt ist. Niemand hat gesehen, wie's passiert ist – bis auf einen stummen Zeugen: der 800 Meter entfernte weltberühmte Hermann, steinernes Symbol der Römerschlacht im Teutoburger Wald, schaute stets zu der ihn um viele Meter überragende „Bohnenstange" hinauf.

Weder WDR-Studioleiter Werner Höcker (61) noch Dr. Dieter Hoff als WDR-Abteilungsleiter für Senderbetriebstechnik können sich an ähnliches in der Rundfunkgeschichte erinnern. Auch Experten des Materialprüfungsamtes Dortmund sehen die Ursache mit größter Wahrscheinlichkeit in den 15 Stahltrossen, die die „Röhre" gehalten haben: Durch Kälte muß das Material spröde geworden sein.

Der Totalausfall dieses höchsten der 17 WDR-Sender hat für den Großraum Bielefeld, aber auch für Teile Niedersachsens und Osnabrück böse Folgen. Das regionale Fernsehprogramm kann nicht empfangen werden, bei allen vier Hörfunkprogrammen herrscht Sendepause. Was Hörfunk-Ausfall zu bedeuten hat, bekam WDR-Studioleiter Werner Höcker schnell zu spüren: „Innerhalb von zwei Stunden erreichten uns über 400 Anrufer."

Für den WDR begann gestern ein großes Improvisieren. Mit Hilfe der Bundespost soll ab heute morgen mit verringerter Leistung der Sender Hünenburg am Bielefelder Stadtrand angezapft werden. Von hier soll am Mittwochfrüh ein Regionalprogramm, später das zweite Hörfunkprogramm ausgestrahlt werden. Die Bundespost hat inzwischen einen fahrbaren 40 Meter hohen Mast, montiert auf einem Tieflader, in Marsch gesetzt. So können wenigstens einige Zuschauer ab heute wieder TV-regional empfangen. Die Post, die als „Untermieterin" vom Detmolder Teuto-Sender für einige Bereiche auch das ZDF und die dritten Programme weiterstrahlt, kann allerdings wohl nicht so schnell alle Wünscher zufriedenstellen. Betroffen sind immerhin auch Bereiche von Niedersachsen und gar verkabelte Gebiete n Hannover. Die verkabelten im Bielefelder Raum mußten sich gestern abend im regionalen Nord-Import zufriedengeben: Nordschau aus Hannover statt „Aktuelle Stunde" aus WDR-Regionales.

Der Westdeutsche Rundfunk, der gestern morgen in Köln einen Krisenstab bildete, will sich so schnell um Ersatz für den sieben Millionen Mark teuren und 1970 in 600 Meter im Teutoburger Wald erreichten Turm mühen. Mit Herstellerfirmen wird um Bereitstellung eines fahrbaren Mastes bis zu 90 Meter Höhe verhandelt. In einigen Wochen – so gestern WDR-Vorstellungen – könne vom Südwestfunk Baden-Baden ein dort bei Reparaturen und im Notfällen erprobter „transportabler Mast" herangefahren werden. „An einen Neubau können wir im Augenblick wegen des Frostes nicht denken, ein Einbetonieren der Fundamente ist derzeit nicht möglich" – so Dieter Hoff gestern nachmittag. Einen Fernsehturm-Einsturz hat es im WDR-Bereich übrigens nur einmal in Miniform gegeben: Im Jahre 1936 fiel ein hölzerner Turm einer Windböe beim Sender Langenberg im Rheinland zum Opfer.

General Motors schafft 20 000 Arbeitsplätze

HEINZ HORRMANN, Detroit

Der größte Automobilhersteller der Welt, der General Motors Konzern in Detroit, hat seit gestern eine sechste Marke mit dem Namen Saturn im US-Programm. Neben den gegenwärtigen Pkw-Linien Chevrolet, Pontiac, Oldsmobile, Buick und Cadillac wird die neue Division als eigenständige GM-Filiale arbeiten. Die Saturn Corporation wird mit Vermögenswerten von fünf Milliarden Dollar ausgestattet.

Das neue Projekt war vor drei Jahren vom Konzern-Management verabschiedet worden, nachdem man sich entschlossen hatte, das allgemein ungeliebteste Kind der US-Autounternehmen, den kleinen Kompaktwagen nach europäischem und japanischem Zuschnitt, selber zu produzieren. Der Konzern will mit dem Neubeginn beweisen, daß er in der Lage ist, auch technisch anspruchsvolle Kleinwagen zu bauen, die mit den preiswertesten Importprodukten konkurrieren können.

Wie diese Fahrzeuge aussehen sollen, zeigte der erste Mann im GM-Konzern, Vorstandsvorsitzender Roger B. Smith. Er rollte mit dem ersten Saturn-Prototyp zum festlichen Empfang. Der viertürige Wagen, kleiner und leichter als die im Augenblick als kompakt bezeichnete J-Serie des Unternehmens, hatte an Stilelementen von vielen ein wenig: Ein bißchen Opel, ein bißchen Toyota. Lackiert war der erste Saturn in einem leuchtenden Renn-Rot. Dieses Modell und ein zweitüriges Coupé werden die Einführungs-Typen der K-Gruppe sein, die frühestens im nächsten jahr gebaut werden – nach Fertigstellung des Herstellungs- und Montagekomplexes. Smith, von dem kojunkturellen Hoch in Detroit beherrscht, formulierte einen zusätzlichen Vorteil der neuen 100prozentigen Tochter: „Wir sind sicher, daß unsere durch das Saturn-Projekt gewonnenen Erfahrungen General Motors insgesamt zu gute kommen."

Zum Präsidenten der Saturn Corporation wurde Joseph Sanchez ernannt, früher Oldmobile Generaldirektor. Er wird über den eigenständigen Geschäftszweig mit rund 20 000 neuen Arbeitsplätzen an GM-Vizepräsident, Lloyd E. Reuss, dem dritten Mann in der Konzern-Hierarchie, berichten. Saturn wird außerdem – Indiz für die Eigenständigkeit – eigene Arbeitsverträge abschließen, natürlich auf der Basis, die 1984 gemeinsam von GM und der UAW (Automobil-Arbeiter-Gewerkschaft) erarbeitet wurde.

Niedrigere Promille-Grenze gefordert

fuß, Hamburg

Der Bund gegen Alkohol im Straßenverkehr vertritt die Ansicht, daß die geltenden Regelungen zur Bekämpfung des Alkohols am Steuer nicht ausreichen. Er fordert darum nachdrücklich, die Promille-Grenze von 0,8 auf 0,5 Promille herabzusetzen. Noch immer gelte weitverbreitet die Meinung, daß man sich „an 0,8 Promille herantrinken" könne. Bei Fahruntüchtigkeit sei aber ein geringerer Alkoholgehalt im Blut bereits strafbar. In den vergangenen zehn Jahren starben in der Bundesrepublik Deutschland 135 204 Menschen im Straßenverkehr. Eine neueste wissenschaftliche Studie hat ermittelt, daß jeder zweite Unfalltote wegen Alkohols am Steuer umgekommen ist. Diese Zahlen nannte gestern in Hamburg der neue Präsident des Bundes gegen Alkohol im Straßenverkehr, Amtsgerichtsdirektor Hans Hunecke aus Württemberg. Er will gemeinsam mit dem deutschen Verkehrssicherheitsrat eine Aktion unter dem Thema „Nüchtern fahren – sicher ankommen" starten. Der Katalog seiner Forderungen sieht unter anderem eine verstärkte Verkehrserziehung in Schulen, Betrieben, aber auch bei der Bundeswehr vor. In der Ausbildung der Fahrschüler sollen Kenntnisse über den Einfluß des Alkohols auf die Fahrsicherheit vermittelt werden, damit die strikte Trennung von Alkoholgenuß und Fahren zur Selbstverständlichkeit wird.

Mehr Rettungseinsätze

AP, Bremen

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger war im vergangenen Jahr erheblich öfter im Einsatz als 1983. Wie Geschäftsführer Bernd Anders gestern in Bremen mitteilte, stieg die Zahl der Such- und Rettungsmaßnahmen um 168 auf 1651. Die Gesellschaft hat 1984 nach seinen Angaben 207 Schiffbrüchige gerettet und 1066 Menschen aus akuter Gefahr befreit. 473 Kranke oder Verletzte seien von Schiffen, Inseln oder Halligen zum Festland befördert worden. Die 130 Festangestellten und fast 250 freiwilligen Rettungsmänner waren mit ihren 37 Booten zwischen Borkum, Helgoland und Travemünde bei jedem Wetter und jeder Tageszeit im Einsatz.

„Ein Tag für Afrika"

AP, Bonn

In einem gemeinsamen Appell haben 20 Hilfsorganisationen die Bevölkerung der Bundesrepublik aufgerufen, eine besondere Spende zur Linderung der Not in Afrika zu geben. Wie der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, gestern in Bonn bekanntgab, ist die Aktion „Ein Tag für Afrika" auf den 23. Januar angesetzt. Einzahlungen können bei allen Banken und Postämtern geleistet werden.

Mysteriöser Untergang

dpa, Athen

Vor einem Gericht in Piräus begann jetzt der Prozeß um das rätselhafte Verschwinden des 214 000-Tonnen-Frachters „Salem", der am 17. Januar 1980 angeblich mit 193 000 Tonnen Rohöl an Bord vor der Küste von Senegal gesunken ist, ohne einen Ölfleck zu hinterlassen. Bei dem Fall geht es nach Auffassung der griechischen Anklagebehörde um eines der größte Betrugsmanöver in der Geschichte der Handelsschiffahrt. Zu den 25 Personen, die wegen Unterschlagung der Fracht, Versenkung des Frachters und Versicherungsbetrugs angeklagt sind, gehören auch drei Deutsche, die für ihre Beteiligung an der „Salem"-Affäre drei Millionen Dollar kassiert haben sollen.

Eigenes Kind getötet?

dpa, Wolnzach/Bayern

Gegen die Eltern eines neunjährigen Schülers, der am Montag mit zertrümmertem Schädel in deren Haus in Wolnzach (Bayern) gefunden worden war, ist gestern Haftbefehl wegen Totschlags erlassen worden. Die Polizei vermutet, daß der 36jährige Unterhaltungselektroniker und seine 34jährige Frau ihren Sohn erschlagen haben. Die Eltern sind mit ihrem Auto verschwunden. Der 14jährige Bruder des Erschlagenen wurde mit erheblichen Kopfverletzungen in ein Krankenhaus gebracht und konnte noch nicht vernommen werden.

LEUTE HEUTE

Ein 100-Dollar-Mißverständnis?

Die Pressestelle der Polizei von Los Angeles war gestern auf ganz uncharakteristische Weise zugeknöpft. „Von uns kommt keine Erklärung", wehrte ein Sprecher sämtliche Anfragen ab. Nur so viel steht fest: **Edwin Moses** wird am 29. Januar um 8.30 Uhr vor Gericht stehen und sein „Schuldig" oder „nicht Schuldig" sprechen.

Es geht um eine mittlerweile allen Beteiligten peinliche Geschichte. Moses (29), einer der Superstars der amerikanischen Leichtathletik, der Weltrekordmann über 400 Meter Hürden und Olympiasieger von 1976 und 1984 auf dieser Strecke, der Saubermann, der in Los Angeles den olympischen Eid sprach, soll Sonntag morgen auf dem Sunset Boulevard aus seinem Mercedes heraus eine Prostituierte angesprochen haben. Nach Geld sei er von der Frau gefragt worden. 100 Dollar trage er bei sich, soll er geantwortet haben. „Dann komm' mit", will sie ihn daraufhin aufgefordert haben. „Alles ein Mißverständnis", läßt der Superstar heute ausrichten. Dessen Pech nur war, daß er, wie sich jetzt herausstellte, einem unechten Freudenmädchen aufsaß, einem weiblichen Agent provocateur. Prostitution ist in Kalifornien verboten. Zu allem Überfluß wurden bei dem Weltchampion, der sich stets vehement gegen Doping im Sport ausgesprochen hat, noch ein Paar Gramm



Edwin Moses

Marihuana gefunden wurden – unter seinem Autositz.

Dem bärtigen Sportler, dem ein Vertrag mit adidas rund 2,5 Millionen Dollar einbringen dürfte, drohen jetzt sechs Monate Haft und 1000 Dollar Strafe. Wie immer auch die Sache ausgehen mag, ein Spritzer dürfte auf der weißen Weste des farbigen Kassenmagneten bleiben.

Nicht nur eine „reale Bierwirtschaft"

Angestellter eines Münchner Traditionslokals vor Gericht / Gäste betäubt und ausgeraubt?

PETER SCHMALZ, München

Ein Kellner mitten in der Münchner Gemütlichkeit lebt ein gefährliches Leben, das ihn häufig um die Nachtruhe und auch schon mal um die Freiheit bringen kann. Nein, „heiliger als ein Heiliger" sei er nicht gewesen, gibt der 40jährige Rudolf Limmer, Nachtschwärmern um den Marienplatz wohlbekannt als der „Rudi vom Donisl", vor der 26. Strafkammer des Münchner Landgerichts freimütig zu, aber mit der sechzehn Seiten langen Anklageschrift, die ihm Hehlerei, schweren Raub, Bandendiebstahl und Betrug vorwirft, will er nichts zu tun haben: „Das schwöre ich bei allem, was ich besitze."

Der Rudi ist der erste aus der Mannschaft des Münchner Traditionslokals Donisl, das fast so berühmt war wie das Hofbräuhaus und das in seiner 224jährigen zumeist stolzen Geschichte im Schatten des Rathauses den vertrauenserweckenden Beinamen „Reale Bierwirtschaft zur alten Hauptwache" trug. Doch seit die Polizei im Mai vergangenen Jahres bei einer Großrazzia Lokal und Privaträume der Kellner durchleuchtete, gilt der Ort als Räuberhöhle.

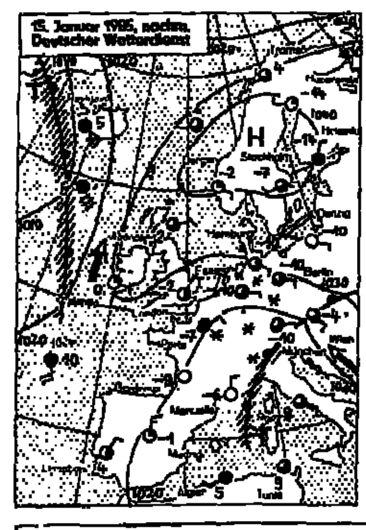
Manchem der alten Donisl-Gäste, die gestern im Sitzungssaal 280 auf den Zuschauerbänken saßen, mag der Appetit vergangen sein, als der Staatsanwalt eine halbe Stunde lang aus der Anklage die von ihm ermittelten Realitäten dieser Bierwirtschaft vortrug: Rudi, der vom Verlagsangestellten zum Kellner umsattelte und im Monat gut 5000 Mark netto kassierte, hatte sich demnach in seinem Service-Bereich, der Schwemme (Rudi gestern: „Eine Goldgrube"), mit einer Gruppe von 15 bis 20 professionellen Taschendieben umgeben. Sah er, so der Staatsanwalt, beim Abkassieren der ersten Maß eine gefüllte Geldbörse oder sonstige Wertgegenstände, gab er den fingerfertigen Profis einen heißen Tip. Oder er schüttelte „schnellwirkende Betäubungstropfen" ins Bier oder in den Schnaps, worauf nach wenigen Schlucken leichte Beute zu machen war. Und Zeugen wollen sich erinnern, daß Rudi als ein Spezialist beim Ankauf gestohlenen Schmuckes galt.

Die Realität, die Rudolf Limmer gestern dem Gericht servierte, sah dagegen ganz anders aus. Danach scheint er eine Art moralischer Fels in einem bodenlosen Sumpf gewesen zu sein. Sie haben ihn geliebt, die Penner, die Raben (Schmuckdiebe), oder die Zieher (Taschendiebe), war er doch hilfsbereit. Da steckte ihm einer einen Fünfziger zu für „einen Hasen" und der Rudi hatte flugs eine Dame parat, die er aber selbst „nicht mit der Beißzange anpacken würde".

Das war die Nachtzeit, wenn seine noblen Stammkunden von den umliegenden Banken schon bei Muttern daheim waren und das, wie Rudi sagte, „Gschwerl" kam, das er auf Nachfrage als „etwas niveauloses Publikum" klassifizierte. Manchmal hat er von denen eine Kamera oder ein Goldarmband genommen, nur als Pfand für eine Zeche, versteht sich. Und daß die Pfänder nicht mehr abgeholt und deshalb bei der Hausdurchsuchung bei ihm gefunden wurden, das kann er nur mit der Unzuverlässigkeit der Mitmenschen erklären. Auch Tropfen hat er angewendet, aber niemals „das Dreckszeug", wie er die K. o.-Tropfen nennt, sondern nur scharfe Tabascosauce, die er eingeschlafenen Trunkenbolden auf die Lippen strich, worauf diese flugs aufwachten. Manchmal erinnert er sich sogar an etwas Strafbares: Aber dann ist es zum Leidwesen des Staatsanwalts schon verjährt. Der Prozeß wird fortgesetzt.

WETTER: Weiterhin kalt

Wetterlage: An der Südflanke des kräftigen Hochs über Skandinavien und Rußland wird kalte Luft nach Deutschland geführt. Die in höheren Luftschichten einfließende wärmere Luft kann sich nicht durchsetzen.



Vorhersage für Mittwoch:

Im Süden zeitweise aufgeheitert, sonst überwiegend stark bewölkt und gelegentlich leichter Schneefall. Tageshöchsttemperaturen minus 10 bis minus 5 Grad. Tiefsttemperaturen minus 9 bis minus 14 Grad, örtlich auch bis minus 20 Grad. Schwacher bis mäßiger, in freien Lagen und im Norden auch frischer Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Leichte Frostabschwächung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	-10°	Kairo	19°
Bonn	-10°	Kopenh.	-1°
Dresden	-5°	Las Palmas	18°
Essen	-10°	London	-2°
Frankfurt	-8°	Madrid	-1°
Hamburg	-10°	Mailand	-2°
List/Sylt	-2°	Mallorca	4°
München	-10°	Moskau	-10°
Stuttgart	-10°	Nizza	4°
Algier	5°	Oslo	-8°
Amsterdam	-10°	Paris	-7°
Athen	10°	Prag	-4°
Barcelona	-1°	Rom	8°
Brüssel	-10°	Stockholm	-7°
Budapest	-3°	Tel Aviv	18°
Bukarest	-7°	Tunis	9°
Helsinki	-14°	Wien	-4°
Istanbul	5°	Zürich	-10°

Sonnenaufgang* **am Donnerstag:** 8.19 Uhr, Untergang: 16.46 Uhr; **Mondaufgang:** 5.08 Uhr, Untergang: 13.04 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mit neuem Taxi zur alten Droschkenherrlichkeit

F. DIEDERICHS, Berlin

Neid macht erfinderisch. „Wir haben immer wieder nach England gesehen und uns gefragt, warum dort Taxis so beliebt und sogar zum Markenzeichen der englischen Hauptstadt geworden sind", erklärte in dieser Woche der Vorsitzende der Berliner Taxi-Innung und Verwalter von genau 4821 Droschken, Heinz Peter. Nach nur zwei Monaten Entwicklungszeit verzogen sich jetzt aus einer Entwicklungsküche im Norden Berlins die Rauchschwaden, und siehe da: Ein neues Taxi war geboren, das nach dem Willen der Berliner bald nicht nur das Stadtbild prägen soll wie die Droschken jenseits des Kanals, sondern auch in ganz Deutschland für Furore sorgen soll.

Es paßt zur Aufbruchstimmung in der Berliner Wirtschaft und dem Drang zur Innovation, daß ausgerechnet an der Spree der Prototyp des Taxis der Zukunft vom Stapel lief. „Sicherer, umweltfreundlicher, größer, wirtschaftlicher" – mit diesen Attributen verbindet sich nach Worten von Berlins Wirtschaftssenator Elmar Pieroth (CDU) ein „völlig neues technisches Konzept", das bisher ungeahnte Einsatzmöglichkeiten eröffne.

Das Wunderding entstand auf der Basis eines VW-Busses und bietet sechs Fahrgästen Platz. Da die mittlere Sitzbank verdrehbar ist, eignet es sich insbesondere zur Mitnahme von Rollstuhlfahrern und Kinderwagen, die nicht mehr zusammengeklappt werden müssen. Ein neuartiges Filtersystem garantiert nach Worten der Konstrukteure den Fahrgästen ständig belebende Frischluft, auch wenn die vielgerühmte Berliner Luft wieder einmal unter dem Smog-Image leiden sollte.

Die Karosserie liegt zwölf Zentimeter tiefer als die des herkömmlichen Volkswagen-Busses. Vorteil: Behinderte können direkt mit dem Rollstuhl in das Taxi einfahren. Die Eingangstür, elektrisch angetrieben, läßt sich vom vielfach verstellbaren Fahrersitz aus bedienen. Der Fahrer selbst wird gegen aggressive Fahrgäste durch eine Plexiglasscheibe geschützt. Der I-Punkt auf der Sicherheits-Tüftelei: Das Fahrgeld kann direkt nach der Bezahlung in einem Tresor verschwinden, der selbst für den Fahrer nicht zugänglich ist, sondern nur vom Betreiber der Taxe geöffnet werden kann. Überfälle auf Taxifahrer würden in diesem Fall also sinnlos werden, falls der Fahrer nicht Bares in eigenen Taschen verschwinden läßt.

Daß die 43 000 Mark teure Konstruktion, eine Gemeinschaftsarbeit von Volkswagen, der Technischen Universität Berlin, einer Berliner Karosseriefirma und dem Wirtschaftssenator, über ein umweltfreundliches Abgasfiltersystem verfügt, erscheint fast schon selbstverständlich. Die Produktion der ersten 500 Großraumtaxis wird in den kommenden Wochen anlaufen, hieß es in Senatskreisen. Einsatzgebiet des „Taxis der Zukunft", die in Berlin schon begonnen hat, wären nach Ansicht der Konstrukteure vor allem ländliche Gebiete, wo diese Taxen unrentable Buslinien ganz ersetzen könnten.

In der Großstadt Berlin werden einige Nachtrouten der städtischen Busse bereits von Taxen ersetzt. Die Fahrgäste zahlen hier nur den üblichen Bustarif. Die Differenz zu den Taxitarifen wird den Droschkenkutschern dann von der städtischen Verkehrsgesellschaft ersetzt. Darüber hinaus bietet sich das „Großraum-Taxi" auch bei Sammelfahrten mehrerer Fahrgäste an, die Geld sparen wollen. Wer vom Süden der Spree-Metropole in den Norden zum Flughafen fährt, zahlt in der Regel Tarife bis zu 50 Mark. Steigen nun auf dieser Route mehrere Fahrgäste zu und wieder aus, verringert sich der Fahrpreis entsprechend.

Das erste Modell des Großraum-Taxis für Berlin. Platz für sechs Fahrgäste bietend, die unterwegs zusteigen können, soll der Versuch 1986 starten. FOTO: DPA

ZU GUTER LETZT

„Schnee und Eis haben in Rom auch unter den Pilgern im Vatikan Opfer gefordert. Etwa 50 von ihnen wurden im Krankenhaus vom Heiligen Geist behandelt." Aus dem „Hamburger Abendblatt".